



17. Sitzung

am Donnerstag, dem 15. Mai 2014, 13.00 Uhr,
in München

Geschäftliches..... 1041

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der CSU-Fraktion

"Bayerns Erfolgsgeschichte fortschreiben - den Freistaat zur Leitregion für den digitalen Aufbruch weiterentwickeln"

Markus Blume (CSU)..... 1041
Annette Karl (SPD)..... 1043
Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER)..... 1045
Verena Osgyan (GRÜNE)..... 1046 1047
Manuel Westphal (CSU)..... 1047
Dr. Florian Herrmann (CSU)..... 1048
Staatsministerin Ilse Aigner..... 1049
Staatsminister Dr. Markus Söder..... 1051

Gesetzentwurf der Staatsregierung
zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen

(Drs. 17/1012)

- Zweite Lesung -

Beschlussempfehlung des Bildungsausschusses
(Drs. 17/1880)

Beschluss..... 1053

Schlussabstimmung..... 1053

Abstimmung
über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Beschluss..... 1053

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. und Fraktion (SPD)

Für ein soziales Europa der Arbeitnehmer!

(Drs. 17/1915)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Für ein soziales Europa der Demokratie, Subsidiarität und der sozialen Marktwirtschaft

(Drs. 17/1946)

Dr. Linus Förster (SPD)..... 1054
Ulrike Müller (FREIE WÄHLER)..... 1056 1057 1060
1062

Klaus Holetschek (CSU)..... 1057
Mechthilde Wittmann (CSU)..... 1057
Christine Kamm (GRÜNE)..... 1059 1060
Staatsministerin Emilia Müller..... 1060 1062

Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag
17/1915..... 1062

Namentliche Abstimmung zum FW-Dringlichkeitsantrag 17/1946..... 1062

Ergebnis der namentlichen Abstimmung 17/1946
(s. a. Anlage 2) 1078

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Kosten für den Rückbau der Kernkraftwerke und die Endlagerung des Atom Mülls nicht auf die Allgemeinheit abwälzen (Drs. 17/1916)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian
Magerl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

**Überführung der Atomrückstellungen in einen
öffentlich-rechtlichen Fonds - keine Entlas-
sung der Atomkraftwerksbetreiber aus der Haf-
tung (Drs. 17/1947)**

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER)..... 1062 1066
1069
Martin Stümpfig (GRÜNE)..... 1064
Dr. Otto Hünnerkopf (CSU)..... 1065 1066
Natascha Kohnen (SPD)..... 1067 1068
Staatsminister Dr. Marcel Huber.... 1067 1068 1069

Beschluss zur Einleitung des GRÜNEN-Dringlich-
keitsantrags 17/1947..... 1069

Beschluss zu Ziffer 1 des GRÜNEN-Dringlichkeits-
antrags 17/1947..... 1069

Beschluss zu den Ziffern 2 und 3 des GRÜNEN-
Dringlichkeitsantrags 17/1947..... 1069

Namentliche Abstimmung zum GRÜNEN-Dringlich-
keitsantrag 17/1947..... 1069

Namentliche Abstimmung zum FW-Dringlichkeits-
antrag 17/1916..... 1069

Ergebnis der namentlichen Abstimmung 17/1916
(s. a. Anlage 3) 1078

Ergebnis der namentlichen Abstimmung 17/1947
(s. a. Anlage 4) 1078

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine
Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE
GRÜNEN)

**Kriegsflüchtlinge aus Syrien unbürokratisch
aufnehmen (Drs. 17/1917)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus
Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher
u. a. und Fraktion (SPD)

**Flüchtlinge aus Syrien sofort und unbürokra-
tisch aufnehmen (Drs. 17/1948)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert
Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.
a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

**Aufnahmeprogramme für syrische Kriegs-
flüchtlinge auflegen - schnellere und unbüro-
kratische Bearbeitung der Fälle durch Aufsto-
ckung des Personals (Drs. 17/1949)**

Christine Kamm (GRÜNE)..... 1071 1077
Angelika Weikert (SPD)..... 1072 1076 1077
Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER)..... 1073
Karl Straub (CSU)..... 1074
Staatsminister Joachim Herrmann. 1076 1077 1078

Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag
17/1917..... 1078

Beschluss zu den Ziffern 1 bis 3 des FW-Dringlich-
keitsantrags 17/1949..... 1078

Beschluss zu Ziffer 4 des FW-Dringlichkeitsantrags
17/1949..... 1078

Namentliche Abstimmung zum SPD-Dringlichkeits-
antrag 17/1948..... 1078

Ergebnis der namentlichen Abstimmung 17/1948
(s. a. Anlage 5) 1087

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas
Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Bernhard
Seidenath u. a. und Fraktion (CSU)

**Abbau der Bürokratie in Pflegeeinrichtungen -
Entbürokratisierung der Pflegedokumentation
(Drs. 17/1918)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus
Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth
Müller u. a. und Fraktion (SPD)

**Entbürokratisierung der Pflege durch klare
Qualitätskriterien - die Staatsregierung ist am
Zug! (Drs. 17/1950)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten
Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner
u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Konzept für umfassende Entbürokratisierung
der Pflege vorlegen - Pflege-Transparenzver-
einbarung reformieren (Drs. 17/1951)**

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Mehr Zeit für gute Pflege, weniger Bürokratie und mehr Rechtssicherheit in der Pflegedokumentation - Erkenntnisse aus Modellvorhaben sofort umsetzen! (Drs. 17/1952)

Bernhard Seidenath (CSU).....	1080
Doris Rauscher (SPD).....	1081
Ulrich Leiner (GRÜNE).....	1083
Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER).....	1084 1086
Staatsministerin Melanie Huml.....	1086

Beschluss zum CSU-Dringlichkeitsantrag 17/1918..... 1087

Beschluss zum SPD-Dringlichkeitsantrag 17/1950..... 1087

Beschluss zum GRÜNEN-Dringlichkeitsantrag 17/1951..... 1087

Beschluss zu Ziffer 1 des FW-Dringlichkeitsantrags 17/1952..... 1087

Beschluss zu den Ziffern 2 und 3 des FW-Dringlichkeitsantrags 17/1952..... 1087

Beschluss zu Ziffer 4 des FW-Dringlichkeitsantrags 17/1952..... 1087

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Volkmar Halbleib, Inge Aures u. a. und Fraktion (SPD)

Steuerliche Bevorzugung von Kapitaleinkünften im Vergleich zu Arbeitseinkommen beenden (Drs. 17/1919)

Verweisung in den Haushaltsausschuss 1087

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Vertrauensschutz für laufende und bereits erfolgte Erweiterungen von Biogas-Bestandsanlagen im EEG gewährleisten (Drs. 17/1920)

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss 1087

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Keine Einführung der Sonnensteuer im EEG (Drs. 17/1921)

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss 1087

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Martin Güll, Kathi Petersen u. a. und Fraktion (SPD)

Berufliche Oberschulen nicht im Stich lassen - kurzfristig auf Schüleranstieg reagieren (Drs. 17/1922)

Verweisung in den Bildungsausschuss 1087

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Karl Vetter u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)

Fehlentwicklung stoppen! Selbständige Altersvorsorge der freien Berufe erhalten! (Drs. 17/1923)

Verweisung in den Wirtschaftsausschuss 1087

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Flüchtlinge nicht kriminalisieren, gegen den Gesetzentwurf des Bundesinnenministeriums Position beziehen (Drs. 17/1924)

Verweisung in den Verfassungsausschuss 1087

Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Neustart bei der Anmeldung von Bundesstraßen und Autobahnen des Freistaats für den Bundesverkehrswegeplan 2015 (Drs. 17/885)

Beschlussempfehlung des Wirtschaftsausschusses (Drs. 17/1792)

Markus Ganserer (GRÜNE).....	1089
Dr. Otmar Bernhard (CSU).....	1089
Bernhard Roos (SPD).....	1090
Jutta Widmann (FREIE WÄHLER).....	1091
Staatsminister Joachim Herrmann.....	1092

Beschluss..... 1093

Mitteilung gem. § 27 Abs. 2 GeschO betr. Wahl der stellvertretenden Vorsitzenden des Ausschusses für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport 1093

Mitteilung betr. Benennung eines neuen Mitglieds des Landessportbeirats..... 1093

Mitteilung gem. § 26 Abs. 2 GeschO betr. Ausschussumbesetzung..... 1093

Schluss der Sitzung..... 1093

(Beginn: 13.05 Uhr)

Präsidentin Barbara Stamm: Verehrte Kolleginnen und Kollegen, ich bitte, die Plätze einzunehmen, damit wir mit der heutigen Plenarsitzung und damit auch mit unserer Arbeit beginnen können. Die, die bei der Eröffnung der Landesausstellung zugegen waren, sind auch da. Wir können also jetzt mit der 17. Vollsitzung des Bayerischen Landtags beginnen. Presse, Funk und Fernsehen sowie Fotografen haben um Aufnahmegenehmigung gebeten. Die Genehmigung wurde wie immer erteilt.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 1** auf:

Aktuelle Stunde gem. § 65 GeschO auf Vorschlag der CSU-Fraktion

"Bayerns Erfolgsgeschichte fortschreiben - den Freistaat zur Leitregion für den digitalen Aufbruch weiterentwickeln"

Für die heutige Sitzung war die CSU-Fraktion vorschlagsberechtigt. Ich darf jetzt die Rednerinnen und Redner bitten. Als Erster hat Herr Kollege Blume für die CSU-Fraktion für zehn Minuten das Wort. Herr Kollege, bitte schön.

Markus Blume (CSU): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir befinden uns im digitalen Zeitalter. "Alles, was digitalisierbar ist, wird digitalisiert, und alles, was vernetzbar ist, wird vernetzt" - so jedenfalls Telekom-Chef Höttges vor wenigen Wochen zu dem, was insbesondere seine Branche bewegt.

Wenn wir die Medien im Moment aufmerksam verfolgen, sehen wir derlei Schlagzeilen viele. Axel-Springer-Chef Döpfner hat vor einigen Wochen in der "Frankfurter Allgemeinen Zeitung" bekannt: "Wir haben Angst vor Google." - Zeitungsverleger waren bei uns im Bayerischen Landtag und haben ihr Herz ausgeschüttet wegen der Entwicklungen, die auch etablierte Geschäftsmodelle bedrängen. Heute lesen wir, dass europäische Internet-Konzerne überlegen, Google zu verklagen. Andere Unternehmen, auch bayerische, reagieren mit Veränderungen. Siemens hat gerade angekündigt, sich bei dem großen Konzernumbau auch entlang des Themas Digitalisierung ausrichten zu wollen und einen Schwerpunkt auf die digitale Fabrik zu legen.

Wir erleben die Digitalisierung als gewaltige Veränderung, die sich hier im Land und international breitmacht. Wir, die CSU-Fraktion, glauben, dass wir darauf mit dem Selbstbewusstsein des bayerischen Löwen reagieren sollten; denn Angriff ist die beste Verteidigung. Deshalb ist es richtig und wichtig – das ist auch der Anlass für die Aktuelle Stunde -, dass der

Ministerpräsident und die Staatsregierung mit dem IT-Gipfel in der vergangenen Woche deutlich gemacht haben, dass dieses Thema auf der politischen Agenda Bayerns ganz oben steht, weil es unser Land in den nächsten Jahren mit am meisten verändern wird. Auch wir als Fraktion haben die Bedeutung dieses Themas bereits vor eineinhalb, zwei Jahren gesehen und mit "Bayern 3.0" erste Grundlagen gelegt.

(Zuruf von der SPD)

- Herr Kollege, immer noch früher als alle anderen Länder in Deutschland. Ich möchte Ihnen schon sagen, dass wir gerade die BITKOM bei uns in der Fraktion zu Gast hatten. Dabei ist uns bestätigt worden, dass das, was Bayern zu diesem Thema in den letzten Jahren gemacht hat, Blaupause für die Regierungen aller anderen Länder in Deutschland ist. Das ist der Maßstab für die Richtung, in die es hier geht.

(Beifall bei der CSU)

Warum ist die Entwicklung so fundamental? Oder sollen wir uns überlegen, ob wir da wirklich dabei sein wollen, weil die Risiken zu groß sind? Ich bin der festen Überzeugung, dass die Digitalisierung die Kraft hat, die Spielregeln für viele Bereiche, für die Wirtschaft, die Politik und die Gesellschaft, fundamental zu ändern. Was wir erleben, wird häufig mit dem Wort Disruption umschrieben, nämlich geradezu mit einer Plattenverschiebung der Grundkonstanten, an denen man sich bislang festgehalten hat.

Wir sehen, dass etablierte Geschäftsmodelle von neuen Gründern überformt werden, die eine gute Idee haben und mit dieser Idee, zum Teil mit gar nicht großem Kapitaleinsatz, ganze Konzerne ins Wanken bringen. Ich erinnere an den amerikanischen Fall Kodak: Früher waren dort 150.000 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, und heute ist das Unternehmen nur noch ein Schatten seiner selbst. Durch die neuen Geschäftsmodelle wird es weitere Veränderungen geben. Bei Big Data, der Revolution durch große Datenmengen, stehen wir erst am Anfang und können uns wahrscheinlich noch gar nicht genau vorstellen, was da alles kommen wird.

Auch das Gemeinwesen und der Staat sehen sich mit Fragestellungen konfrontiert, mit denen wir uns bisher noch gar nicht auseinandersetzen konnten und auf die wir deshalb auch noch keine Antworten geben können. In praktisch allen Bereichen, vom Bildungswesen bis zum Gesundheitsbereich, erleben wir einen gewaltigen Modernisierungsschub und viele neue Möglichkeiten, diese Technologie nutzbar zu machen.

Bei der ersten Welle der Digitalisierung, als die großen Internetkonzerne entstanden sind, mit denen wir

uns heute auseinanderzusetzen haben, war Europa zugegebenermaßen nicht dabei. Das hat viele Gründe, auf die wir heute nicht näher eingehen wollen. Entscheidend ist, was bei der zweiten Welle passiert, wenn es jetzt an die industriellen Kerne und an die Bereiche geht, in denen wir in Bayern und in Deutschland stark sind, an den Maschinenbau, den Fahrzeugbau usw. Wir wollen dabei sein, wir müssen dabei sein, und wir werden dabei sein. Das hat vier Gründe.

Zum Ersten können wir auf etwas aufbauen. Wir fangen in Bayern nicht bei null an. Sie wissen – damit meine ich insbesondere die Kollegen der Opposition –, dass Bayern ein Paradies ist. So hat es unser Ministerpräsident öfter gesagt.

(Zurufe: Eine Vorstufe! – Falsch zitiert!)

- Wenn katholische Bischöfe im Raum waren, hat er das mit der Vorstufe etwas variiert,

(Markus Rinderspacher (SPD): Es ist bei ihm öfter so, dass er variiert!)

also Paradies oder Vorstufe zum Paradies. Fakt ist, dass die Europäische Kommission in einer umfangreichen Studie gerade belegt hat, dass München das europäische Spitzenzentrum der IKT-Branche ist, hundert von hundert möglichen Punkten erreicht und damit London und Paris auf die Plätze verwiesen hat.

Wir haben – zweitens – die Weichen bereits richtig gestellt, und hier ist ganz entscheidend: Wir können zwar viel über die Digitalisierung und über die künftigen Möglichkeiten reden, aber wir müssen insbesondere die Menschen befähigen, von diesen Möglichkeiten zu profitieren. Das heißt zuallererst, für schnelles Internet zu sorgen. Der Kraftakt, den Bayern hierbei geleistet hat – 1,5 Milliarden Euro für schnellstes Internet; der zuständige Staatsminister Söder wird dazu sicherlich noch mehr sagen –, kann sich europaweit sehen lassen. Aber nicht nur beim Ausbau der Infrastruktur, sondern auch im Bildungsbereich erbringen wir eine gewaltige Kraftanstrengung im Bereich digitales Lernen. Den Wissenschaftsbereich möchte ich dabei nicht ausklammern. Auch hier geht es darum sicherzustellen, dass wir die Talente in Zukunft zu uns locken, vor allem auch hier bei uns ausbilden.

Drittens geht es jetzt darum, die Dinge anzugehen, bei denen wir auch die Chance haben, weltweit ganz vorne mitzuspielen, die Bereiche, in denen wir als Freistaat Bayern weltweit ein Alleinstellungsmerkmal haben. Dort wird die Energie sicherlich zuerst darauf zu richten sein, Exzellenz und Vernetzung sicherzustellen, um damit auf der weltweiten Landkarte zu dem Hotspot für den digitalen Aufbruch werden zu können. Was ist dazu notwendig? - Wir müssen zu-

nächst einmal den Strukturwandel und die Unternehmen begleiten und uns auf die Stärken konzentrieren, die unser Land in den letzten Jahren groß gemacht haben. Wenn wir über Maschinenbau und Industrie sprechen, dann heißt die neue Formel "Industrie 4.0": digitale Fabriken, digital vernetzte Produktion – all diese Themen. Unsere Antwort, die Antwort der Wirtschaftsministerin darauf ist, ein Zentrum für digitale Produktion einzurichten.

Wir müssen uns mit der Frage auseinandersetzen: Was ist mit der vielleicht wichtigsten Branche in diesem Land, der Fahrzeugindustrie und dem Automobilbau? In der Kombination von Fahrzeugbau und IT haben wir unglaublich gute Voraussetzungen, um über vernetzte Mobilität und neue Konzepte nicht nur nachzudenken, sondern sie bei uns im Land entstehen zu lassen. Auch dies soll durch eine eigene Plattform gefördert werden.

Wir haben den Mega-Bereich IT-Sicherheit. Hier öffnet sich nicht nur ein besonderer Weg zum Umgang mit den Risiken, sondern er kann auch ein positiver Wirtschaftsfaktor sein. Nirgendwo sonst in Europa gibt es eine solche Dichte von Sicherheitsunternehmen wie bei uns in Bayern. Mit dem Sicherheitscluster haben wir hier bereits gute Voraussetzungen. Wir wollen das auch weiter bespielen und die Möglichkeiten durch ein eigenes Zentrum weiter ausbauen.

Die Reihe lässt sich weiter fortsetzen mit dem großen Thema Big Data. Europas schnellster Computer steht in Garching. Big Data ist ein Megabereich, der in Zukunft viele positive Anwendungen ermöglichen wird, vielleicht gerade auch im Gesundheitsbereich. All dies heißt Stärken stärken, worauf wir einen Schwerpunkt legen möchten.

Wir müssen auch die Gründungsdynamik anregen. Deshalb begrüßen wir außerordentlich, dass die Wirtschaftsministerin eine Gründungsoffensive angekündigt hat – nicht irgendeine, sondern eine, mit der wir es wirklich schaffen, ein digitales Ökosystem aufzubauen, das auf der weltweiten Landkarte einzigartig ist im Kampf um Talente, um Kapital, aber auch um die besten Ideen. Das heißt auch: Wir müssen Orte schaffen, an denen die Menschen zusammenkommen können. Dort können sich nicht nur die neuen Talente, sondern auch die etablierten Industrien einfinden und entsprechende Schnittstellen bieten sowie als Ansprechpartner zur Verfügung stehen.

Ein vierter und letzter Punkt: Wir wollen diese Chancen verantwortungsvoll nutzen, denn nichts ist schlimmer, als blindlings zu sagen, neue Technik sei per se gut, und dabei möglicherweise einer Zukunft entgegenzusehen, in der die Technik die weitere Entwick-

lung dominiert. Dem müssen wir etwas entgegensetzen. Das bedeutet zunächst einmal: Wir müssen sicherstellen, dass unser Gemeinwesen ein moderner Staat ist. Deshalb weise ich an dieser Stelle – auch der Herr Minister wird sicherlich etwas dazu sagen – auf das Projekt Montgelas 3.0 hin. Es gibt eine Antwort auf die Frage: Was macht modernes Bayern aus?

Aber wir brauchen auch die Bewertungskompetenz, um mit diesen neuen Technologien verantwortungsvoll umgehen können. Deshalb ist für uns als CSU-Fraktion ganz entscheidend, dass wir es schaffen, in Bayern ein Institut, einen Thinktank aufzubauen, der sich genau mit diesen Fragen auseinandersetzt: Was macht den Menschen in der digitalen Welt aus? Was ist begrenzend für diese Technologien zu sagen? Wir werden beispielsweise beim Thema vernetzte Mobilität sehr schwierige ethische Fragestellungen haben. Wir werden auch industriepolitische Fragen haben. Um diese Fragen interdisziplinär zu beantworten, meinen wir, ist die richtige Antwort, einen entsprechenden Thinktank auf den Weg zu bringen.

Insgesamt haben wir hier einen Kraftakt vor, den wir als Politik nicht allein stemmen können. Wir brauchen die Industrie. Wir werden es allein nicht schaffen. Wir brauchen alle Kräfte in diesem Land. Dabei brauchen wir nicht Leute, die nur an der Seitenlinie stehen und beleidigt sind, weil sie entweder die Idee nicht hatten oder die Entwicklung nicht sehen oder vielleicht lieber erst einmal einige Jahre lang alle denkbaren Risiken diskutieren. Wir haben uns dazu entschieden, die Chancen verantwortungsvoll zu nutzen. Wir wollen den digitalen Aufbruch und werden deshalb eine Digitalisierungsoffensive auf den Weg bringen, die für künftigen Wohlstand, Arbeitsplätze und soziale Sicherheit sorgt.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege Blume. – Für die SPD-Fraktion hat nun Frau Kollegin Karl das Wort. Bitte schön.

Annette Karl (SPD): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die digitale Zukunft Bayerns wird kommen, sie ist zum großen Teil schon da. Den technischen Fortschritt kann und will niemand aufhalten.

Die digitale Zukunft Bayerns ist allerdings eine große Herausforderung; denn es geht um die Frage: Wie wird diese Digitalisierung eine Erfolgsgeschichte für den Standort Bayern, vor allen Dingen aber für die Menschen in Bayern? Denn die Möglichkeiten der Digitalisierung führten und führen zu unzähligen disruptiven Innovationen, die bestehende Technologien,

Produktionsformen und Dienstleistungen völlig verdrängen und Wertschöpfungsketten massiv verändern; das Thema Zeitungsmarkt ist eben schon angesprochen worden. Es gibt große Auswirkungen auf Arbeitsplätze, auf Formen der Arbeit und auf die Qualität von Arbeit, und wie bei allen großen technologischen Umwälzungen in der Vergangenheit bieten sich riesige Chancen, aber es bestehen auch Risiken und die Gefahr großer sozialer Spreizungen.

Das erste dieser Themen war sicher die Mechanisierung der Webstühle vor langer, langer Zeit; aber es gibt auch andere Beispiele. Angesichts der hohen Bedeutung dieses Themas ist es richtig und wichtig, dass die bayerische Politik diesem Bereich einen herausragenden Stellenwert zumisst, ähnlich wie dem Thema Energiewende.

Leider zeigen sich bei der Umsetzung der Energiewende bei der Staatsregierung vor allem zwei Verhaltensmuster: Zunächst werden in vielen wohlgesetzten Worten und schönen Bildern weitreichende Ankündigungen gemacht. Grundsätzlich kommt jeder denkbare Superlativ zum Einsatz. Startschüsse werden abgegeben – zur Not auch mehrmals, falls man einen überhört hat –, Signale werden gesetzt, am liebsten in jede Richtung eines.

(Beifall bei Abgeordneten der SPD)

Zweitens. Nach den vielen Ankündigungen passiert dann erst einmal gar nichts. Man stellt überrascht fest, dass schöne Worte eine effektive Politik nicht ersetzen. Das große Projekt Energiewende wird mittlerweile zerrieben zwischen Kompetenzstreitigkeiten zwischen Staatsministern und dem Versuch, es auch noch jedem potenziellen Wähler recht zu machen.

(Beifall bei der SPD und den GRÜNEN)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, das muss besser gemacht werden.

Damit hier kein Missverständnis aufkommt, sage ich: Wir begrüßen die Ankündigung der Staatsregierung, 1,5 Milliarden Euro in den Breitbandausbau und weitere Millionen in Forschungsprojekte zu stecken. Wir begrüßen die Ankündigung der Gründung neuer Zentren für Internet und Digitalisierung sowie die Auflage eines Wachstumsfonds, an dem sich nach unserer Meinung auch die Wirtschaft beteiligen muss. Kollege Blume hat das alles dankenswerterweise noch einmal brav referiert. Dafür gibt es später sicher Fleißbildchen. Wie gesagt: Die finanziellen Grundlagen und die möglichen Strukturen für das Projekt der Digitalisierung sind da. Das wollen wir in keiner Weise kleinreden.

Die Frage ist: Reicht das? Wo ist der Plan, die Strategie für den Bereich der Digitalisierung, außer der Strategie, dass jeder der fünf Minister, die irgendwie mit dem Internet befasst sind, ein eigenes Spielzeug in Form eines Projekts bekommt? - Minister Söder den Breitbandausbau, Frau Aigner die digitale Wirtschaft, Herr Herrmann die Cyberkriminalität, Frau Huml die Telemedizin und Herr Spaenle die Schulen und Hochschulen 4.0. Hier handelt es sich eher um die Strategie eines Fußballtrainers, jedem Spieler einen Ball zu geben, damit keiner das Raufen anfängt.

(Beifall bei der SPD)

Ob das effektiv ist, um Digitalisierung durchzusetzen, ist eine andere Frage.

Wir sind der Meinung: Das allein reicht nicht. Als Erstes ist nötig, vom – sagen wir: - Watzmann der digitalen Blümenträume in das Tal der profanen Realität, sozusagen in das Wimbachtal der Digitalisierung, hinabzusteigen. Der Weg ist dort sehr schön, aber manchmal auch schwer begehbar.

Zweitens brauchen wir einen Fokuswechsel weg vom alleinigen Bezug auf die Technologie hin zu den Menschen, die Akteure und gleichzeitig Betroffene dieses Prozesses sind.

Ich komme zur profanen Realität. Der Breitbandausbau, der nach dem ersten Startschuss schon 2011 abgeschlossen sein sollte, dümpelt vor allem im ländlichen Raum weiter vor sich hin. Ob die noch nicht beschlossenen Erleichterungen im Breitbandförderprogramm weiterhelfen, wird sich zeigen; da darf man Zweifel anmelden.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, 1,5 Milliarden Euro im Haushalt nützen nichts, wenn das Geld nicht bei den Kommunen ankommt, weil das Programm nichts taugt.

(Beifall bei der SPD)

Es reicht auch nicht, den Vermessungsämtern neue Türschilder zu verpassen. Lieber Herr Minister Söder, das hat schon bei den FBI-Mützchen für die Steuerfahnder nicht funktioniert.

Die großen Ankündigungen von Telekom und Kabel Deutschland, 70 % des Landes mit Internet schneller als 50 Megabit zu versorgen, klingen sehr gut. Aber was ist denn mit den anderen 30 %? Hierbei handelt es sich genau um diejenigen, bei denen das Internet jetzt noch langsamer ist als die Brieftaube. Damit vergrößert sich die digitale Spaltung immer weiter.

Wo bleibt endlich eine zielführende Anstrengung der Staatsregierung in Berlin, damit auch im Grenzraum zu Tschechien LTE eingesetzt werden kann? Der Einfluss der Staatsregierung in Berlin und in Europa ist doch angeblich so groß. Warum gibt es für die betroffenen Menschen nicht endlich eine Lösung?

(Beifall bei der SPD)

Ich komme zum Bereich digitale Wirtschaft. Nach Umfragen der IHK sehen sich kleine und mittlere Unternehmen auf die Digitalisierung der Arbeitswelt und die damit verbundenen Folgen für ihre eigenen Geschäftsmodelle kaum vorbereitet. "Bayern Digital" darf sich nicht allein auf Großunternehmen und Forschungseinrichtungen fokussieren. Die KMU, die kleinen und mittleren Unternehmen, sind das Rückgrat unserer Wirtschaft, vor allem im ländlichen Raum. Sie brauchen bei diesen Umwälzungen Unterstützung und Begleitung auf Augenhöhe. Das betrifft vor allen Dingen so wichtige Bereiche wie die Vernetzung der einzelnen Glieder der Wertschöpfungskette über eine Cloud und die damit verbundenen Sicherheitsprobleme. Wie wir sehen, liest Google im Zweifel alles. Wenn es nicht Google ist, dann sind es Facebook oder NSA. Bei dieser Thematik brauchen wir Lösungen.

Es gibt den schönen Bereich des Digitalfunks. Der hat natürlich auch etwas mit Digitalisierung zu tun. Die Geschichte der Einführung des Digitalfunks ist eine einzige Schlappe für die Staatsregierung.

(Beifall bei der SPD)

Da hilft es nichts, wenn jetzt im Vorgriff auf den G-7-Gipfel auf Schloss Elmau ein teures potemkinsches Dorf mit Digitalfunk aufgebaut wird, damit die Blamage nicht ganz so groß ist. Das wird nur rund um das Schloss gemacht. Hier gilt es, damit endlich voranzukommen. Vielleicht machen wir erst einmal den Digitalfunk, bevor wir über digitale Ökosysteme schwadronieren.

Ich komme zum Thema Telemedizin. Obwohl ich es ungern sage, soll die Telemedizin die Lösung für Probleme im ländlichen Raum sein. Aber sie kann nicht die Lösung genau dort sein, wo der Telemedizin das "Tele" fehlt, nämlich der vernünftige Internetanschluss. Also bitte, hier müssen erst einmal Grundlagen geschaffen werden.

(Beifall bei der SPD)

Auch was Schule und Wirtschaft betrifft, nützt das Whiteboard in jedem Klassenzimmer nichts, wenn es nicht genügend Lehrer gibt, die diese auch bedienen und die Schüler in Medienkompetenz unterweisen

können, wenn die Ausstattung die Kommunen völlig überfordert.

Lassen Sie mich zum Schluss auf den wichtigen Bereich "Fokus auf die Menschen im Zuge des digitalen Wandels" eingehen. Die Forschungszuschüsse im Bereich Digitalisierung sind zum größten Teil technikzentriert. Die Forschung zum Wandel der Produktionsarbeit in Zeiten des digitalen Wandels hat es in den letzten Jahren, wenn überhaupt, nur punktuell gegeben.

Die Menschen sehen in den Arbeitsprozessen eine Veränderung der Aufgabeninhalte durch den Einsatz von Multimedia, Cloud-Technologien und vielen anderen Dingen vor sich. Sie erkennen eine ständig zunehmende Virtualisierung von Arbeitsschritten und Arbeitsprozessen, gleichzeitig auch eine zunehmende Kontrolle ihrer Arbeit durch massive Datenerfassung. Ein Beispiel dafür mag ein Schuhvertreiber sein, der Mitarbeiter abgemahnt hat, weil sie zweimal fünf Minuten Inaktivität bei der Verteilung von Ware auf Schachteln gezeigt haben. Das zeigt, wie umfassend Menschen in ihren Arbeitsprozessen kontrolliert werden.

Die Mitarbeiter sehen eine verstärkte Flexibilisierung von Arbeitszeit, Rahmenbedingungen und erhöhten Qualifikationsanforderungen vor sich. Aufgabe des Wirtschaftsministeriums ist es, gemeinsam mit Arbeitgeber- und Arbeitnehmerverbänden einen gemeinsamen Kurs zu guter Produktion und guten Produkten, zu guter Arbeit gemäß 4.0 und Strukturen der Mitbestimmung gemäß 4.0 einzuschlagen. Das ist keine Spielwiese für Profilierungsversuche. Lassen Sie uns dies gemeinsam anpacken!

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Kollegin. Als Nächster hat Herr Kollege Muthmann für die Fraktion der FREIEN WÄHLER das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Alexander Muthmann (FREIE WÄHLER): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die heutige Aktuelle Stunde ist auch noch einmal eine Huldigung an die Staatsregierung für den IT-Gipfel der vergangenen Woche. Herr Kollege Blume hat, was die Bewertung der Aufgabe an sich angeht, eingangs eindrucksvoll die Chancen, Perspektiven und Herausforderungen beschrieben. Es ging um 4.0-Maschinenbau, Industrie, Automobilbau, vernetzte Mobilität, IT-Management, auch um IT-Sicherheit sowie um digitale Medizintechnik. Er hat all das vor Augen geführt, was für die Gesamtentwicklung Bayerns wichtig ist. Ein Münchener führt das vor. Wenn man die Ankündigungen und Strategien auf dem IT-Gipfel ein

bisschen genauer betrachtet, kann man da zunächst nicht von einer Strategie für ganz Bayern sprechen. Vielmehr handelt es sich um ein Thema, das in München seinen Fokus hat. Von München aus soll ganz Bayern bedient werden.

Das ist aber, wie wir finden, an vielerlei Stellen nicht die Lösung unserer Probleme. Wir müssen ein weiteres Mal bei der Grundvoraussetzung beginnen, dem Breitbandausbau für ganz Bayern. Geflissentlich wird weitgehend verschwiegen, dass wir trotz der Ankündigung von 1,5 Milliarden Euro beim Breitbandausbau in ganz Bayern genau genommen seit etwa zwei Jahren einen Stillstand haben. Verantwortlich dafür sind die zwei Staatsregierungen, die die dafür notwendigen Förderprogramme noch nicht anwendungsreif gemacht haben.

An dieser Stelle will ich es noch einmal sagen: Angesichts der Bedeutung des Breitbands, wie sie auch Herr Blume vor Augen geführt hat, halten wir es für falsch, dass der Freistaat für die Entwicklung des Breitbandes in ganz Bayern lediglich Informationen und Fördermittel anbietet, aber nicht selbst die Verantwortung dafür trägt, dass sich Glasfaser über ein Gesamtnetz in Bayern verbreitet und die Kommunen dann die Feinverteilung vornehmen können. Das ist ein Systemfehler, der jetzt auch die mangelnde Geschwindigkeit in der Entwicklung zur Folge hat. Wir hätten auf alle Förderprogramme nicht zu warten brauchen, wenn der Freistaat die Aufgabe der Haupterschließung, die für die gesamte Entwicklung Bayerns äußerst wichtig ist, selbst übernommen hätte. Leider stellen wir dabei nach wie vor Fehlanzeige fest. Die Chance, umzusteuern und die richtigen Weichenstellungen vorzunehmen, hätten Sie immer noch.

Digitalisierung, Hochschulforschung, Gründerzentrum für das Internet – das sind sicherlich richtige und gute Ansätze. Das Exzellente an dieser Initiative besteht in der Show der Ankündigung und Selbstdarstellung der Staatsregierung.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Wir hätten auch an dieser Stelle gerne konkrete Ziele und messbare Vorgaben, um bei der Erreichung dieser Ziele Unterstützung gewähren zu können. Leider sind aber diese Ziele und Vorgaben – das ist auch kein neues Phänomen – wieder sehr vage und unverbindlich geblieben; sie sind nur schön präsentiert worden.

Ich will nur noch auf einen Aspekt, den Wachstumsfonds Bayern, hinweisen. Bayern soll in der IT mit jährlichen Großveranstaltungen für Hightech-Gründer, wie wir schon erfahren durften, und Wagniskapitalgebern aus aller Welt zu einer Gründerhochburg wer-

den. Bayern ist dabei aber nicht an der Spitze. Im bundesrepublikanischen Vergleich ist hier Berlin an der Spitze. In Berlin werden für die IT 133 Millionen Euro ausgegeben, in Bayern nur 19 Millionen. Diese Zahlen stammen vom Institut der deutschen Wirtschaft. Berlin hat uns hier abgehängt. Auch das ist die Wahrheit. Auch da möchten wir hören, wie und wann Sie aufholen wollen. Wenn Sie uns sagen, wo und wie Sie ansetzen, und es nicht bei einer sehr vagen und publicityträchtigen Ankündigungsphilosophie belassen, unterstützen wir Sie bei diesem für ganz Bayern so wichtigen Thema gern. Reduzieren Sie Ihre Planungen aber nicht auf München!

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN erteile ich jetzt Frau Kollegin Osgyan das Wort.

Verena Osgyan (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! "Bayerns Erfolgsgeschichte fortschreiben – den Freistaat zur Leitregion für den digitalen Aufbruch weiterentwickeln": Dieses Thema suggeriert, dass die Digitalisierung in Bayern schon bisher eine Erfolgsgeschichte war. Das Gegenteil aber ist der Fall. Beim Breitbandausbau sind wir immer noch eher Leidregion statt Leitregion. Bei uns Franken ist das phonetisch fast dasselbe; das ist aber eine andere Geschichte. Ein flächendeckend schnelles Internet in ganz Bayern wurde uns schon einmal zu Beginn der letzten Legislaturperiode versprochen. Passiert ist nahezu nichts. Der Neustart des bayerischen Breitbandförderprogramms in der neuen Legislaturperiode unter Staatsminister Söder hinkt immer noch gewaltig hinterher. Immer noch haben wir im ländlichen Raum nur 16 bis 18 % schnelles Internet. Statt aufzuholen, wird der ländliche Raum immer mehr abgehängt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Keine einzige Kommune hat das Programm im letzten halben Jahr erfolgreich abgeschlossen. Diese Zahlen sprechen doch schon einmal Bände. Nun soll das Programm deutlich vereinfacht und gestrafft werden, wenn es denn die EU zulässt. Das begrüßen wir natürlich und hoffen auf einen schnellen Erfolg. Wir müssen dem einfach eine Chance geben.

Wenn jetzt aber beim sogenannten Breitband-Pakt Telekom und Kabel Deutschland versprechen, 70 % der bayerischen Haushalte bis 2017 mit schnellem Internet versorgen zu wollen, stellt sich die Frage, warum bisher so wenig ging. Ein Pakt ist für uns keine vollmundige Absichtserklärung, sondern ein verbindlicher Vertrag. Den wird der Freistaat von den Unternehmen bestimmt nicht zum Nulltarif bekommen, so

viel steht fest. Wir alle würden uns wünschen, dass das Versprechen eines schnellen Internets in ganz Bayern endlich Wirklichkeit wird. Das Internet gibt es nun schon seit schlappen 20 Jahren, es geht auch nicht mehr weg, und jetzt wird es Zeit, dass es überall hinkommt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Dabei stellt sich für uns die Frage, wie viele Neustarts es jetzt noch braucht. Nach drei Fehlstarts wird man bei der Leichtathletik normalerweise disqualifiziert. Dazu ist es jetzt nicht mehr lange hin.

Dass die Digitalisierung auch unsere Wirtschaft umkrepelt, ist keine Frage. Auch das ist nicht neu. Umso besser, dass beim IT-Gipfel endlich erkannt wurde, dass Handlungsbedarf besteht. Hier hat sich in Bayern in den letzten Jahren bereits unheimlich viel getan. Kleine und mittelständische Unternehmen aus der Kreativ- und IT-Branche sind der Motor für den Strukturwandel in Bayern. München und übrigens auch Nürnberg gehören bundesweit zu den wenigen Städten, bei denen bereits jetzt über 10 % der Beschäftigten in der IKT-Branche arbeiten. Dort haben wir bereits eine lebendige Gründerszene. Da mit einem Existenzgründerfonds anzusetzen, ist überfällig und besser, als noch mehr Geld den Telekommunikationsanbietern in den Rachen zu werfen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Genauso wichtig ist es aber auch, Freiberuflern und Gründern Beratung und Hilfestellung zu geben. Wir hoffen, dass es mit dem angekündigten Zentrum für Digitalisierung in München nicht so läuft wie mit dem geplanten Zentrum für Kultur- und Kreativwirtschaft in Nürnberg. Dort ist nach vollmundigen Absichtserklärungen jahrelang überhaupt nichts passiert. Wie dort der Stand ist, würde mich wirklich lebhaft interessieren. Auf die diesbezüglichen Anfragen von meinem Kollegen Sepp Dürr kam jedenfalls bisher keine aussagekräftige Antwort. Was die Digitalisierung der Arbeitswelt mit unserer Gesundheit, unseren Arbeitsbedingungen und dem Schutz der Arbeitnehmerrechte zu tun hat und wie wir das positiv gestalten können, davon habe ich bisher vonseiten der Staatsregierung noch kein Wort gehört.

Sehr bedenklich finde ich es genauso wie meine Vordrönerin, dass statt einer Bündelung der Zuständigkeiten wieder eine Zersplitterung stattfindet. Hier Herr Söder als CIO und da Frau Aigner - als was jetzt in dem Zusammenhang? Das Thema ist einfach zu groß und zu wichtig, um den Kuchen wieder nach rein machtpolitischen Gesichtspunkten zu verteilen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Endlich wird es auch Zeit, dass wir die Digitalisierung nicht mehr rein technokratisch begreifen, wie es die Staatsregierung immer noch tut, sondern als gesellschaftliche Herausforderung, die alle Politikfelder betrifft. Datenschutz und Datensicherheit sind nicht nur für unsere Wirtschaft elementar, sondern ganz besonders auch für die Datenbestände des Staates und der Bürgerinnen und Bürger. Wenn wir nach dem Grundsatz verfahren, dass private Daten privat und öffentliche Daten öffentlich sind, ergeben sich daraus im Umkehrschluss große Chancen, Bayern demokratischer und transparenter zu gestalten. Denn eines ist klar: Eine Leitregion für den digitalen Aufbruch kann nicht zeitgleich Entwicklungsland in Sachen Open Government, Open Data und Verwaltungstransparenz sein.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Datenbestände der öffentlichen Verwaltung, sofern sie nicht personenbezogen oder sicherheitsrelevant sind, müssen lizenzfrei und maschinenlesbar im Internet abgerufen werden können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Bayerische Staatsregierung verweigert sich seit Jahren vehement der Einführung eines Informationsfreiheitsgesetzes, obwohl Derartiges in elf Bundesländern und im Bund schon seit Jahren eingeführt ist. Mittlerweile haben auch zahlreiche Kommunen in Bayern Informationsfreiheitsgesetze. In vielen Bundesländern gibt es bereits jetzt die Informationsfreiheit 2.0, nämlich Transparenzgesetze, die die Länder verpflichten, von sich aus für die Menschen relevante öffentliche Informationen barrierefrei ins Netz zu stellen. So können zusammen mit den Bürgern hervorragende Projekte auf den Weg gebracht werden. Tolle Ideen finden sich zum Beispiel bei den Preisträgern des Wettbewerbs "Apps für Deutschland". Schauen Sie einfach einmal nach. Sie können alles im Internet abrufen.

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, ich bitte Sie, auf die Uhr zu schauen.

Verena Osgyan (GRÜNE): In Bayern hütet CIO Söder wie seine Vorgänger die Datenbestände der Verwaltung wie Gollum aus "Der Herr der Ringe" seinen Schatz. Wer sich so verhält, ist nicht Spitze der Bewegung, sondern hält die rote Laterne in der Hand. Herr Söder, machen Sie etwas daraus. Begreifen Sie das als gesamtgesellschaftliche Verantwortung.

(Anhaltender Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat für die CSU-Fraktion Herr Kollege Westphal das Wort.

Manuel Westphal (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, verehrte Kolleginnen und Kollegen! Der digitale Aufbruch ist sicherlich eine zentrale Voraussetzung, damit unsere Unternehmen auch zukünftig erfolgreich sein können, damit sich unsere Unternehmen auch zukünftig auf den Märkten durchsetzen können. Digitalisierung ist aber auch für viele andere Bereiche von großer Bedeutung, etwa für die Wissenschaft, Forschung und Lehre, wo wir uns zukünftig mit der Digitalisierung auseinandersetzen müssen, um weiterhin die Spitzenposition, die wir bisher einnehmen, aufrechtzuerhalten. Auch Kunst und Kultur sind von der Digitalisierung betroffen. Dort bieten sich ganz enorme Perspektiven und Möglichkeiten.

In der wissenschaftlichen Lehre entstehen Chancen durch neue Formen der Zusammenarbeit zwischen Lehrenden und Studierenden. In virtuellen Hörsälen kommt es nicht mehr darauf an, dass sich die Studierenden und der Professor am gleichen Ort befinden. Das ist eine Erleichterung bei der Wissensvermittlung, die effektiver gestaltet werden kann. Nicht zuletzt bietet die Digitalisierung die Möglichkeit, den Austausch zwischen den Hochschulen weiter zu intensivieren.

Entgegen der Ansicht, die bislang von den Rednern der Opposition geäußert worden ist, sind wir bei der Digitalisierung auch heute schon sehr weit. Die Virtuelle Hochschule Bayern, die in den nächsten Jahren zu einem Digitalen Campus Bayern ausgebaut werden wird, ist ein Verbundinstitut, eine gemeinsame Einrichtung unserer Hochschulen, die es ermöglicht, dass unsere Studenten nicht nur das Angebot der eigenen Hochschule nutzen, sondern auch auf das Potenzial und die Ressourcen der übrigen bayerischen Hochschulen zurückgreifen können, und zwar unabhängig vom konkreten Wohnsitz oder Studienort. Damit ist sichergestellt, dass unsere Studenten das gesamte Portfolio, das gesamte Potenzial unserer Hochschulen in ganz Bayern nutzen können. Daraus ergeben sich auch Möglichkeiten, Synergien für die Lehrenden zu schaffen und den Austausch weiter zu intensivieren, wovon letztendlich alle Beteiligten, die Studierenden, die Professoren und die Hochschulen, insgesamt profitieren werden.

Digitalisierung schafft ebenfalls neue Perspektiven in der Forschung. Neue Technologien bringen Arbeitserleichterungen und eröffnen Möglichkeiten, um zeitgleich und ortsunabhängig auf Daten zuzugreifen und größere Datenmengen als bislang zu verarbeiten, zu ordnen und zu analysieren. Das wird einer der Hauptpunkte der Zukunft sein.

Eine bessere Einbindung, etwa der Akademie der Wissenschaften und außeruniversitärer Forschungseinrichtungen, wird durch die Digitalisierung möglich werden. Bereits heute befinden wir uns auf einem guten Niveau. Ein Beispiel hierfür ist das Leibniz-Rechenzentrum, das im Hinblick auf die Anforderungen der Zukunft weiter ausgebaut werden soll. Das betrifft vor allem die Hochleistungsrechner, das Wissenschaftsnetz oder die umfangreichen Datenspeicher.

In Kunst und Kultur, um ein Beispiel aus einem anderen Bereich außerhalb der Wissenschaft zu bringen, wird es möglich sein, Kunstobjekte zu digitalisieren und damit breiter als bislang verfügbar zu machen. Man kann sie gemeinsam und zeitgleich aufrufen und die Objekte somit einer breiteren Masse zugänglich machen.

Wir können unsere Einrichtungen durch Digitalisierung insbesondere für die jüngere Generation attraktiver gestalten. Dafür gibt es heute schon Beispiele. Dazu zählt die Staatsbibliothek, in der ein erheblicher Anteil von Büchern und Handschriften digitalisiert ist. Zu nennen ist auch das Digitale Kulturportal Bayern, das den Zugang zu Kunst und Kultur deutlich erleichtert.

Abschließend möchte ich Folgendes festhalten: Digitalisierung ist bereits heute – wird es aber vor allem in der Zukunft sein - einer der wichtigsten Trends, ein Megatrend, in der Wissenschaft, in der Forschung und Lehre sowie in anderen Bereichen, etwa in dem von mir erwähnten Bereich der Kunst und Kultur. Diesen Megatrend hat Bayern bereits in der Vergangenheit erfolgreich aufgegriffen und vorangebracht. Durch den angesprochenen IT-Gipfel ist das verdeutlicht worden.

Wir werden dafür sorgen, dass dies auch zukünftig so bleibt, indem die erforderliche Infrastruktur ausgebaut, das Wissen um die Digitalisierung in der Gesellschaft breit verankert und die Kompetenz der Hochschule ausgebaut wird. Der Dreiklang Hochschule, außeruniversitäre Forschungseinrichtungen und Wirtschaft wird noch stärker als bislang gespielt. Ich bin der festen Überzeugung, dass wir damit genau die richtigen Maßnahmen ergriffen haben, damit Bayern auch zukünftig dort bleibt, wo es bislang steht, nämlich an der Spitze.

(Beifall bei der CSU – Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Bayern soll nicht stehen bleiben, sondern sich weiterentwickeln!)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die CSU-Fraktion hat Herr Kollege Dr. Herrmann das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Florian Herrmann (CSU): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Wir alle in Bayern, die Menschen, die Unternehmen und der Staat, stehen vor einem tiefgreifenden Strukturwandel. Die digitale Revolution wird das Kommunikationsverhalten sowie die Geschäftsmodelle und Produktionsverfahren völlig umkrempeln. Wir befinden uns bereits mitten in diesem Prozess. Daher ist vieles Neuland. Bei diesem Thema zeigt sich, wer die Chancen erkennt und politisch in der Lage ist, die Chancen für die Menschen umzusetzen. Auch diese Debatte zeigt das. Ich habe in der letzten Stunde gespannt zugehört und auf die Ideen der Opposition zu diesem Thema gewartet. Ganz ehrlich: Eigentlich war es wie immer, nämlich ausschließlich Kritikasterei ohne Esprit. Das war die übliche Nörgelei der Opposition.

(Beifall bei der CSU – Volkmar Halbleib (SPD): Sie sprühen vor Esprit!)

Die FREIEN WÄHLER nörgeln über München und brummen irgendwas vom ländlichen Raum. Die GRÜNEN äußern kryptische Industriekritik.

(Margarete Bause (GRÜNE): Wo waren Sie eigentlich in der letzten Stunde?)

Die SPD bezeichnet Breitbandausbau und Telemedizin als Spielzeug für einige Minister. Leider muss ich konstatieren: Sie haben nichts verstanden. Es fehlt an eigenen Ideen. Ihre Originalität ist nicht mehr im messbaren Bereich.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, zweifelsfrei brauchen wir ein Mehr an Digitalisierung, weil die Menschen dies wollen und die globalisierten Wirtschaftsabläufe dies bedingen. Dies setzt ein hohes Maß an Vernetzung sowie einen schnellen und umfangreichen Datentransfer und damit eine weltweit vernetzte IT-Infrastruktur voraus. Dieses Mehr an Digitalisierung muss jedoch durch ein Besser in Sachen Sicherheit flankiert sein. Cyber Security ist dabei kein Hemmschuh für den digitalen Fortschritt, sondern im Gegenteil ein weiterer, wenn nicht sogar der zentrale Innovationstreiber und damit ein zentraler Baustein für die bayerische Digitalisierungsoffensive.

In letzter Zeit haben wir deutlich erlebt, dass die Cyber-Sicherheit im Fokus der Öffentlichkeit steht, angefangen von nachrichtendienstlichen Überwachungsmaßnahmen bis hin zum Identitätsdiebstahl im großen Stil. Das macht deutlich, dass die Gefahren zwar aus dem virtuellen Bereich kommen, sich auf die Menschen jedoch sehr real auswirken. Den Anspruch, den die Menschen in Bayern in der realen Welt an die innere Sicherheit, ein hohes Gut, haben, stellen sie

ebenfalls an die Sicherheit im Cyberspace. Seit Jahren verfolgen wir eine klare und nachhaltige Strategie. Wir bekämpfen Kriminalität konsequent. Wir stellen uns frühzeitig auf neue Gefahren wie die Cyber-Kriminalität ein. Wir wollen keine rechtsfreien Räume. Wir setzen auf gezielte Prävention. Wir stärken und verstärken insoweit ebenfalls das Personal.

Die Gefahren sind uns allen bekannt. Um ihnen frühzeitig zu begegnen, stellen wir uns entsprechend auf. Ich nenne nur das Cybercrime-Kompetenzzentrum beim LKA, aber auch die flächendeckend arbeitenden Experten in den Polizeiinspektionen und die Spezialisten für Informations- und Kommunikationstechnologie bei der Polizei, die in hochmodernen Cyber-Laboren im Internet unterwegs sind.

Besonders hervorheben möchte ich das Cyber-Allianz-Zentrum, das im letzten Jahr seine Arbeit aufgenommen hat und ein vertrauensvoller und sehr erfolgreicher Ansprechpartner gerade für Unternehmen ist.

Von zentraler Bedeutung ist die enge Kooperation mit den bereits in Bayern ansässigen IT-Unternehmen auf dem Gebiet der Cyber-Sicherheit und insbesondere der Abwehr von Cyber-Kriminalität. Wir können hierbei auf ein breites Netzwerk, auf einen IT-Cluster, in Bayern aufbauen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, neben einer Stärkung der Persönlichkeits- und Urheberrechte im Internet halte ich auch die schnelle und rechtskonforme Regelung zur Speicherung und zum Abruf von Telekommunikations-Verkehrsdaten für sehr wichtig; denn ohne gespeicherte Verkehrsdaten können Kriminelle prinzipiell weltweit über das Internet ihr Unwesen treiben.

(Unruhe – Glocke der Präsidentin)

Sie können sich dabei in nahezu absoluter Anonymität bewegen. Dieser Zustand ist unerträglich.

Das Bundesverfassungsgericht und der Europäische Gerichtshof haben aufgezeigt, wie das Vorhaben rechtssicher auf den Weg gebracht werden kann. Der Bundesgesetzgeber ist jetzt aufgefordert, diese Forderung umzusetzen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Digitalisierung ist der Innovationstreiber Nummer eins unserer Zeit. Nutzen wir die Chancen und sehen wir die IT-Sicherheit als Teil dieser Chancen!

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Herr Kollege. Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin

rin Aigner um das Wort gebeten. Bitte schön, Frau Staatsministerin.

Staatsministerin Ilse Aigner (Wirtschaftsministerium): Frau Präsidentin, meine sehr geehrten Kolleginnen und Kollegen! Digitalisierung ist das Thema für die Wirtschaft schlechthin. Damit meine ich auch, aber nicht nur die klassische Informationstechnik, und nicht nur die klassischen neuen Medien, sondern auch alle Bereiche der Wirtschaft.

Digitale Erfolgsgeschichten gibt es übrigens in allen Teilen des Landes. Es gibt sie in allen Branchen, egal ob im Handwerk, im Mittelstand oder in der Industrie. Es gibt sie auch in Bereichen, wo man sie nicht auf den ersten Blick vermuten würde. Man kann sie zum Beispiel zum Frühstück essen oder auf dem Kopf tragen. Jetzt denken Sie wahrscheinlich, Frau Aigner fehlt es an Verständnis, aber ich erkläre es Ihnen.

Als Beispiele nenne ich das Passauer Unternehmen, das Bio-Müsli vertreibt, und die Firma aus Hof, die Strickmützen herstellt. Meine Damen und Herren, an Müsli und an Mützen ist natürlich nichts digital. Damit handeln auch andere Unternehmen. Die Besonderheit allerdings ist, dass es diesen beiden Firmen gelungen ist, Müslimischungen bzw. Strickmützen zu individualisieren, und zwar mit neuen digitalen Medien. Daraus haben sie einen Erfolgsfaktor gemacht. Sie haben die Onlinekommunikation genutzt. Sie haben aber auch programmierbare Produktionsanlagen genutzt, die diese individualisierten Produkte überhaupt erzeugen können. Auch das würde nicht ohne Informationstechnik gehen. An diesen beiden Beispielen wollte ich zeigen, dass mit den neuen Möglichkeiten Dinge entstehen können, auf die man zuerst gar nicht kommt. Solche Erfolgsgeschichten gibt es in allen Regionen des Freistaats Bayern, etwa in Niederbayern und Oberfranken. Deshalb handelt es sich um Chancen für alle Landesteile, gerade auch für den ländlichen Raum.

Wie wir alle wissen, werden gerade durch die digitalen Möglichkeiten Distanzen überwunden. Diese Möglichkeiten gibt es in Stadt und Land gleichermaßen. Deshalb bedeutet die Digitalisierung eine große Chance, dass die Einkommen gerade in unserem Land steigen. Studien zufolge wird es durch die Digitalisierung einen Wachstumsschub in Bayern von 50 Milliarden Euro bis 2025 geben. Diese Chancen wollen wir nutzen. Wir wollen, dass Bayern die Leitregion des digitalen Aufbruchs wird. Deshalb haben wir letzte Woche gemeinsam einen IT-Gipfel organisiert. An dieser Zusammenarbeit erkennt man, dass es sich um einen Querschnittsbereich handelt, für den viele Ministerien zuständig sind. Mit diesem Gipfel haben wir Bayern digital auf den Weg gebracht.

Meine Damen und Herren, die Grundlage besteht natürlich im Aufbau des Hochgeschwindigkeitsnetzes. Markus Söder wird dazu nachher Näheres ausführen. Ich traue ihm voll und ganz zu, dass er diesen Ausbau mit sehr großem Engagement voranbringt. Das Hochgeschwindigkeitsnetz bietet die nötige Infrastruktur; es beinhaltet die Straßen des 21. Jahrhunderts. Entscheidend ist natürlich auch, wie wir damit umgehen und unsere Unternehmen dazu befähigen, in die digitale Wirtschaft der Zukunft durchzustrahlen. Es geht um die Standortpolitik 2.0.

Meine Damen und Herren, die Voraussetzungen in Bayern sind sehr gut. Bayern ist der drittstärkste Industriestandort weltweit. Wir sind ein traditionell sehr starker IT-Standort. Wenn es noch eines Beweises bedürfte: Die EU-Kommission hat Bayern vor Kurzem auf Platz eins in Europa gesetzt, vor London und vor Paris. Markus Blume hat das vorhin ausgeführt.

(Beifall bei der CSU)

Das gelang nicht von heute auf morgen, sondern hierfür bedurfte es auch einer hervorragenden Infrastruktur, die wir hart erarbeitet haben. Das zeigt, dass wir sehr gut dastehen.

Außerdem möchte ich hervorheben, dass es in Bayern bereits eine hervorragende Gründerszene gibt. Wir brauchen uns hier nicht vor Berlin zu verstecken. Die Zahl allein entscheidet nicht. Entscheidend ist auch, was nachhaltig entsteht, wie lange die Firmen auf dem Markt sind, ob sie aufgekauft werden und ob die Aktivitäten in ein Netzwerk eingebunden werden, das in Bayern sehr stark ist, und wie wir Unterstützung leisten können.

Gerne gehe ich konkret auf den Wachstumsfonds ein, Frau Karl. Selbstverständlich wird sich auch privates Kapital darum bemühen müssen. Deshalb haben wir den Wachstumsfonds so gestaltet, dass wir als Staat nur ergänzend eintreten. Wenn es in der Struktur gut vorangeht, können wir aus 30 Millionen Euro 250 Millionen Euro machen. Das ist ein guter Ansatz für Firmen, die auf diesem Gebiet Schwierigkeiten haben und zwar schon existieren, aber in das Wachstum übergehen wollen. Bayern ist ein Land mit hervorragenden Voraussetzungen und kann zu einem digitalen Chancenland aufsteigen.

Meine Damen und Herren, deshalb brauchen wir wegweisende Zukunftsprojekte in allen Landesteilen. Daneben brauchen wir ein Zentrum, in dem wir die Aktivitäten bündeln und das auf andere Landesteile ausstrahlen soll. Das eine ist das Zentrum für Digitalisierung in Bayern. Es soll sehr stark an den Hotspot IKT angeknüpft werden, aber auch die Verknüpfung zu anderen Regionen in den Bereichen Forschung

und Entwicklung sowie angewandte Forschung, die wir stützen wollen, herstellen. Außerdem nenne ich das Zentrum für Internet und digitale Medien. Es soll Räumlichkeiten für Start-ups zur Verfügung stellen und umfassende flankierende Dienstleistungen anbieten, weil hierbei die Vernetzung sehr wichtig ist, und zwar eine Vernetzung in einer Art Ökosystem mit den kreativen Akteuren, die mit den etablierten und den neuen Start-ups gemeinsam für eine gute Zukunft stehen.

Meine Damen und Herren, viele Möglichkeiten der Digitalisierung kennen wir heute womöglich noch gar nicht. Vor zehn oder fünfzehn Jahren war auch nicht so genau vorauszusehen, dass Smartphones, E-Commerce oder Tablets einen derartigen Siegeszug antreten. Das erschien eher noch etwas utopisch.

Von großer Bedeutung sind die Forschung und die Frage, wie wir Forschung unterstützen können. Wir werden 100 Millionen Euro in anwendungsorientierte, wirtschaftsnahe Forschung und in Projekte investieren, und zwar überall im Freistaat.

Das größte Potenzial hat die Verbindung von der etablierten Industrie – so kann man sie nennen –, das heißt von unseren großen Flaggschiffen im Fahrzeug- und Maschinenbau, und den Kompetenzen in der Informations- und Kommunikationstechnik. Das ist das Interessante am Standort Bayern.

Nicht von ungefähr setzt Siemens in der neuen Unternehmensstruktur auch auf die digitale Fabrik. Was bedeutet eine digitale Fabrik konkret? - Maschinen können Probleme schon frühzeitig melden, sodass eine Wartung vielleicht überflüssig wird. Produktionsentwicklung geschieht mittlerweile virtuell. Das schont Ressourcen. Nicht zuletzt gibt es intelligente Maschinen, die untereinander kommunizieren und damit vielleicht sogar Energie sparen können. Das ist "Industrie 4.0". Wir wollen die großen Erfolgsgeschichten in der bayerischen Industrie im digitalen Zeitalter fortschreiben. Überall im Freistaat sollen dafür schlagkräftige Kompetenzzentren entstehen. Ich belasse es hier bei den Stichworten Zentrum für digitalisierte Produktion, vernetzte Mobilität und damit einhergehend IT-Sicherheit. An dem Beispiel sieht man: Wir wuchern mit unseren Kompetenzen. Viele Firmen in Bayern haben im Sicherheitsbereich höchste Kompetenzen, nicht nur deutschlandweit, sondern sogar weltweit. Deren Vernetzung ist ein wesentlicher Standortvorteil.

Wir wollen mutig investieren. Wir wollen, dass unsere Unternehmen in Mittelstand und Handwerk, aber natürlich auch in der Industrie und den Dienstleistungsbereichen die Chancen der Digitalisierung ergreifen können. Meine Damen und Herren, ich bitte Sie dafür

natürlich auch um Ihre Unterstützung. Das ist eine gute Startposition. Wir müssen die PS im wahrsten Sinne des Wortes auf die Straßen des 21. Jahrhunderts bringen. Wir wollen dafür sorgen, dass Bayern auch in den nächsten Jahrzehnten der erfolgreichste Standort Deutschlands – jetzt bin ich frech: und Europas – ist.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Vielen Dank, Frau Staatsministerin. Für die Staatsregierung hat Herr Staatsminister Dr. Söder ebenfalls ums Wort gebeten. – Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Markus Söder (Finanzministerium): Frau Präsidentin, meine sehr verehrten Damen und Herren! Digitalisierung und Globalisierung sind zwei eng miteinander verknüpfte Megatrends unserer Zeit. Sie führen zu einem weltweiten Wettbewerb und einer weltweiten Wachstumsbeschleunigung, die nicht nur von einem Landtag oder dem Bundestag, sondern gesamtgesellschaftlich erfasst wird. Die Digitalisierung ist wahrscheinlich in ihrer Tragweite nur mit der Erfindung der Dampfmaschine vergleichbar. Zu glauben, dass man die Probleme mit kleinen Federführungsfragen lösen kann, ist veraltetes Denken. Wir zeigen es heute in der Staatsregierung: Die Digitalisierung ist eine gesamtstaatliche Aufgabe mit unterschiedlichen Teilaufgaben. Insofern heißt Digitalisierung auch vernetztes Denken, das heißt, nicht vertikal, sondern horizontal heranzugehen. Insofern hat es Sinn, die verschiedenen Bausteine und Arbeitsfelder miteinander zu vernetzen. Ich glaube, man kann sagen: Die Staatsregierung ist ein starkes digitales Team, meine sehr verehrten Damen und Herren.

Es heißt immer, wir stünden am Anfang der Digitalisierung. Das ist natürlich völliger Unsinn. Weder Wirtschaft noch Staat, weder Unternehmen noch Bürger stehen am Anfang, ganz im Gegenteil. Ich persönlich bin der Auffassung, dass die Debatten, die häufig in Parlamenten und Akademien geführt werden, weit hinter dem zurückbleiben, was an praktischer Nutzung von Digitalisierung bei den Menschen stattfindet. Wer anschaut, wie Angehörige jüngerer Generationen digitale Modelle und Methoden im Alltag nutzen, der ist häufig sehr überrascht, wie weit und wie wenig unter Kulturschock stehend diese neue Generation mit diesen Dingen umgeht. Darin liegt neben technischen und investiven Fragen übrigens die eigentliche Herausforderung, nämlich zu erreichen, dass es alle schaffen, den digitalen Kulturwandel zu verstehen.

Der Freistaat Bayern leistet jedenfalls seinen Beitrag, um Bayern stark zu machen. Frau Staatsministerin Aigner hat schon erwähnt, was in der Wirtschaft pas-

siert. Damit Sie sehen, was wir machen, sage ich: Im letzten Doppelhaushalt wurden insgesamt 1,4 Milliarden Euro für Digitalisierungsaufgaben ausgegeben. Ich kenne kein anderes Bundesland, das ebenso viel in digitale Verwaltung, in digitale Investitionen steckt. Wenn Sie ein anderes Land kennen, nennen Sie es bitte. Wir stehen mit unseren Investitionen in die Digitalisierung in Deutschland an der Spitze, meine Damen und Herren. Wir haben modernste Infrastrukturen für die Digitalisierung geschaffen, zum Beispiel in der öffentlichen Verwaltung. Unsere Rechenzentren, die jetzt zum "Bayern-Server" zusammengelegt werden, zum Beispiel in der öffentlichen Verwaltung, versorgen rund 135.000 staatliche Arbeitsplätze in allen Ressorts der Staatsregierung mit sicherer IT und unterhalten das bayerische Behördennetz. 750 Programmierer arbeiten daran, die unterschiedlichen Arbeitsfelder zusammenzubringen. Man kann sagen: "Bayern-Server" bedeutet sechs Petabyte Daten, 2.500 IT-Fachverfahren, 7.500 Server in einzelnen Verwaltungen. Wenn man das alles zusammenrechnet, kann man sagen: Bayern wird für die Zukunft perfekt programmiert. Wir sorgen dafür, dass öffentliche Verwaltung digital wird.

(Beifall bei der CSU)

Wir programmieren aber nicht nur. Wir entwickeln nicht nur innovative Modelle, wir schützen auch Bayerns Daten. Unsere Server sind geschützt, obwohl sie jeden Tag Angriffen ausgesetzt sind. 40.000 Angriffe gibt es pro Tag aus dem Netz auf die bayerischen Behördenstrukturen. Unsere Daten liegen sicher im Bayernsafe. Sie werden sowohl durch automatisierte neue Technologien als auch durch IT-Sicherheitsteams geschützt. Wir machen zum Beispiel kein Outsourcing vertraulicher Daten; das ist ganz wichtig. Das ist übrigens auch Folge eines Philosophiewandels. Wir sagen von vornherein, unsere Daten sollten nicht auf Server außerhalb des Staates gegeben werden, worauf möglicherweise andere Zugriff haben. Wir setzen vielmehr ganz bewusst auf Sicherheit. Wir haben geschützte Netze. Was den Sicherheitsstandard betrifft – Kollege Herrmann hat das sehr schön in Relation zu den Wortbeiträgen der Opposition herausgestellt –, sind wir unter den deutschen Bundesländern federführend. Die Steigerung im letzten Haushalt für IT-Sicherheit und -Standardverfahren beträgt übrigens 12 %. Das heißt, die gesamte öffentliche Verwaltung ist auf dem Weg zu einer modernen Digitalisierung.

Aber nicht nur innerhalb der Verwaltung soll der zweite Schritt gegangen werden, sondern auch im Verhältnis zwischen Verwaltung und Bürger. Unter dem Motto "Montgelas 3.0", das Kollege Blume erwähnt hat, versuchen wir, die digitalisierte Verwaltung und

E-Government auf ganz Bayern auszuweiten. Warum? – Weil das auch ein Stück weit Demokratiechancen bedeutet, Transparenz und Partizipation schafft, wenn wir die Möglichkeit eröffnen, dass die Bürger alles, was sie mit der öffentlichen Verwaltung zu tun haben, im Bayernportal finden, einer zentralen Einheit von Staat und Kommunen für ein sicheres, personalisiertes, elektronisches Zugangsverfahren, angefangen von der Steuererklärung bis hin zu allen Prozessen in der öffentlichen Verwaltung, die einen Bürger betreffen. Wir haben kein Portal Behörde A, Portal Behörde B, Portal Behörde C, sondern wir haben ein einheitliches Portal, in dem dem Bürger alle staatlichen Leistungen zugänglich sind. Das ist deshalb wichtig, weil wir fast 1.000 kommunale und staatliche Anwendungen haben. Diese werden vereinheitlicht auf einem System zusammengeführt, sodass der Bürger die Möglichkeit hat, mit seinem Postfach den digitalen Kreislauf zwischen Staat und Bürger zu schließen. Dazu werden wir in diesem Jahr ein bayesisches E-Government-Gesetz vorlegen, das alle Fragen regelt, von digitaler Signatur und digitaler Schlüsselzuweisung bis zu digitaler Sicherheit für den Bürger.

Wir werden in einem E-Government-Pakt mit den Kommunen diesen Weg mit dem Ziel weiter beschreiben, dass alle Gemeinden ihre Leistungen für den Bürger an dieser Stelle anbieten. Wenn Sie woanders einen vergleichbaren Weg finden, nehmen wir Ideen gerne auf. Wir glauben, dass wir nicht nur bei der IT-Sicherheit, sondern auch im Verhältnis von Bürger und Staat ganz neue Möglichkeiten schaffen, damit Bürger an öffentlicher Diskussion teilhaben können, wobei Service und Effizienz für die Bürger erhöht werden. Die Digitalisierung dient keinem Selbstzweck; sie soll das Leben der Menschen besser machen. Das wollen wir hier in Bayern anstoßen.

(Beifall bei der CSU)

Wir rechnen und programmieren, wir gestalten Bayern für die Bürger.

Ich komme zum Stichwort Breitband. Die Kritik wundert mich jedes Mal. Wenn ich alle Bundesländer miteinander vergleiche und betrachte, wer wo regiert und wer was macht, dann sehe ich: Die Europäische Union setzt eine Rekordmarke mit 120 Millionen Euro Förderung. Das Land Baden-Württemberg sagt: Wir sind Schrittmacher, indem wir 50 Millionen ausgeben. Der Freistaat Bayern hat sich festgelegt, bis zum Jahr 2018 1,5 Milliarden Euro in den Breitbandausbau zu stecken.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Weil wir den größten Nachholbedarf haben!)

- Alle Teilnehmer des IT-Gipfels, Herr Aiwanger – das waren nicht etwa nur Vertreter Bayerns, sondern sie waren aus ganz Deutschland –, haben gesagt: Es gibt in Deutschland und möglicherweise in Europa kein besser angelegtes Breitbandförderprogramm als das des Freistaates Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Wenn es heißt, es gebe Stillstand, dann kann ich nur eines sagen: Ich habe die Aufgabe im vergangenen Oktober übernommen. Damals waren ungefähr 300 Kommunen im Verfahren, mittlerweile sind es 632. Bei 182 Kommunen steht die Auftragsvergabe bevor. Das heißt, selbst während in Brüssel die Notifizierung der neuen Strukturen läuft, wird in den Kommunen gearbeitet und alles für den Tag vorbereitet, ab dem das Programm laufen kann und die Zuschüsse kommen.

Eine Kommune wäre übrigens schlecht beraten, das zu tun. Wir beraten sie auch nicht so. Wir sagen nicht: Mach jetzt schnell, sonst hast du Pech und kommst nicht in das neue Förderprogramm. Wir wollen genau das Gegenteil. Wir wollen erreichen, dass viele daran teilhaben können. Übrigens haben 217 Kommunen das Startgeld bereits abgerufen. Über 2.500 Beratungsgespräche wurden mit den Kommunen geführt, um das Ganze voranzubringen.

Die berühmte Wirtschaftlichkeitslücke, die eine große Herausforderung für viele Kommunen ist, wird durch die gemeinsame Anstrengung auf nationaler Ebene der Privatwirtschaft, des Bundes und durch das, was wir leisten, geschlossen. Dadurch entsteht eines der größten Förderprojekte. Das gilt nicht in Bezug auf die Investition, sondern mit Blick auf die Struktur Bayerns. Das ist eines der größten Förderprogramme in den letzten 30 Jahren. Das ist für den ländlichen Raum – dabei bleibe ich – vielleicht die Schlüsselqualifikation für die Zukunft, die Zukunftschance überhaupt. Sie ist der Weg, da wir kein Bayern der zwei digitalen Geschwindigkeiten haben wollen, wo es sich nur lohnt, in der Stadt zu investieren. Wir wollen, dass das Land genauso erschlossen wird.

(Beifall bei der CSU)

Damit bin ich beim letzten Punkt: Wir müssen lernen – das ist die größte Herausforderung, wie schon angesprochen wurde –, dieses kleingeistige Denken, das auch aus dem einen oder anderen Zuruf hervorgeht, zu überwinden. Die Digitalisierung bewegt sich nicht auf einer Gemeinde- oder Ortsteilgrenze, und sie wird auch mit den klassischen Methoden der politischen Auseinandersetzung nicht einen Zentimeter an Bodengewinn bringen. Das digitale Genom der Welt halten weder die CSU noch die SPD und nicht einmal,

Herr Aiwanger, verzeihen Sie, die FREIEN WÄHLER in den Händen.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

Sehen Sie, Herr Aiwanger: Wer glaubt, dass die Digitalisierung mit dem Aufstellen von Laternen zu lösen ist, wird Bayerns Zukunft nicht voranbringen.

(Beifall bei der CSU – Zurufe)

- Hören Sie doch einmal zu. Es nützt nichts, nur zu schreien, bevor man weiß, was derjenige sagt, den man kritisiert.

Das digitale Genom der Welt liegt nicht in den Händen von Herrn Aiwanger, sondern in den Händen der Vereinigten Staaten von Amerika. Wir in Europa – nicht nur in Bayern oder Deutschland – regulieren derzeit alles, weil wir glauben, dass es nur einen europäischen Markt gibt. Die Digitalisierung ist aber die entscheidende Wettbewerbsfrage für die Märkte der Zukunft überhaupt. Heute werden die Breitbandnetze und die Telekommunikationsunternehmen von Amerikanern gekauft. Darum brauchen wir ordnungspolitisch einen größeren Denkanstoß. Wir müssen uns europäisch so stark machen, dass wir Player haben, die nicht nur in Bayern bzw. in Niederbayern oder Franken oder München erfolgreich sind, sondern wir müssen national erfolgreich sein. Darum braucht es eine Veränderung der Regulation und eine Stärkung großer Player in der Wirtschaft. Darum braucht es auch einen Kulturwandel. Man darf bei der Digitalisierung nicht zuerst die Frage stellen, was passieren könnte und welche Risiken da sein könnten, sondern es ist wichtig, zuerst die Chancen und Möglichkeiten zu sehen. Andere Staaten haben ihre Stärke darin, mehr die Chancen als die Risiken zu sehen. Ich werbe leidenschaftlich dafür, das auch zu tun. Machen Sie mit bei den Chancen und Möglichkeiten und kritisieren Sie nicht nur im Detail herum; das wäre besser für Bayern.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aktuelle Stunde beendet.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 2** auf:

Gesetzentwurf der Staatsregierung zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen (Drs. 17/1012) - Zweite Lesung -

Die Fraktionen haben sich einvernehmlich darauf verständigt, auf eine Aussprache zu verzichten. Deshalb kommen wir gleich zur Abstimmung.

Der Abstimmung liegen der Gesetzentwurf auf Drucksache 17/1012 und die Beschlussempfehlung des federführenden Ausschusses für Bildung und Kultus auf Drucksache 17/1880 zugrunde. Der federführende Ausschuss empfiehlt die unveränderte Annahme. Wer dem Gesetzentwurf zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Stimmenthaltung? – Keine. Dann ist das so beschlossen.

Da ein Antrag auf Dritte Lesung nicht gestellt wurde, führen wir gemäß § 56 der Geschäftsordnung sofort die Schlussabstimmung durch. Ich schlage vor, sie in einfacher Form durchzuführen. - Widerspruch erhebt sich nicht.

Wer dem Gesetzentwurf seine Zustimmung geben will, bitte ich, sich vom Platz zu erheben. – Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Ich bitte Sie darum, dass Sie sich bei der Abstimmung auf Ihren Plätzen befinden. – Stimmenthaltung? – Keine. Damit ist das Gesetz einstimmig angenommen und hat den Titel: "Gesetz zur Änderung des Bayerischen Gesetzes über das Erziehungs- und Unterrichtswesen."

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 3** auf:

Abstimmung über Anträge, die gemäß § 59 Abs. 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden (s. Anlage 1)

Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlage mit den einzelnen Voten der Fraktionen - -

(Unruhe)

- Ich weiß nicht, wir haben gerade ein Gesetz im Bereich der Erziehung verabschiedet. Vielleicht muss ich hier noch einmal darangehen. Ich schicke Ihnen in Zukunft alle Briefe und E-Mails zu und lasse sie von Ihnen beantworten.

Wir befinden uns in der Abstimmung über die Anträge, die gemäß § 59 Absatz 7 der Geschäftsordnung nicht einzeln beraten werden. Hinsichtlich der jeweiligen Abstimmungsgrundlagen mit den einzelnen Voten der Fraktionen verweise ich auf die Ihnen vorliegende Liste.

(Siehe Anlage 1)

Wer mit der Übernahme seines Abstimmungsverhaltens bzw. dem jeweiligen Abstimmungsverhalten seiner Fraktion entsprechend der aufgelegten Liste einverstanden ist, den bitte ich um das Handzeichen. Gegenstimmen bitte ich anzuzeigen. – Keine. Stimmenthaltung? – Auch keine. Damit übernimmt der Landtag diese Voten.

Ich rufe **Tagesordnungspunkt 4** auf:

Beratung der zum Plenum eingereichten Dringlichkeitsanträge

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann u. a. und Fraktion (SPD)
Für ein soziales Europa der Arbeitnehmer!
(Drs. 17/1915)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Für ein soziales Europa der Demokratie, Subsidiarität und der sozialen Marktwirtschaft
(Drs. 17/1946)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache und darf vorab bekannt geben, dass namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Für mich ist nicht ganz ersichtlich, ob diese den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER betrifft. – Wir stimmen also namentlich über den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER ab. Ich darf als Erstem dem Kollegen Dr. Förster das Wort erteilen.

Dr. Linus Förster (SPD): (Vom Redner nicht autorisiert) Frau Vorsitzende, meine sehr verehrten Damen und Herren! Am 25. Mai sind die Wahlen zum Europäischen Parlament. Diese Europawahl ist eine der wichtigsten Europawahlen seit Langem. Es geht darum, Vertrauen für die europäische Idee zurückzugewinnen. Viele Menschen sehen Europa mittlerweile zwiespältig. Die anstehende Frage, wie sich Europa entwickeln soll, damit es seine Bürgerinnen und Bürger wieder mitnimmt, ist eine Richtungsentscheidung. Wer die EU zukunftsfest machen will, muss sie vom Kopf auf die Füße stellen. Es lohnt sich, darüber zu diskutieren, gerne auch streitig zu diskutieren. Denn Frau Merkel hat nicht recht. Ihre Politik ist nicht alternativlos, und die Vorstellung Frau Merkels von einer marktgeprägten Demokratie ist nicht alternativlos; sie ist schlicht und einfach grundfalsch, sogar brandgefährlich.

(Beifall bei der SPD)

Wer Europa wirklich zukunftsfest machen und seinen Gegnern am rechten und linken Rand des Spektrums nicht seine Zerstörung überlassen will, muss es jetzt vom Kopf auf die Füße stellen. Aus sozialdemokratischer Sicht gehört neben vielen anderen Maßnahmen die Schaffung eines zweiten Standbeins, eines sozialen Europas, dazu, damit die EU bei den Arbeitnehmern wieder mehr Zuspruch erhält.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, dies hat unser Dringlichkeitsantrag zum Inhalt, für den ich hier um Ihre Zustimmung bitten möchte. Es gibt Alternativen. Wir brauchen einen Wechsel hin zu einem gerechten und demokratischen Europa, zu einem Europa mit Sozialstaatlichkeit und Mitbestimmung, zu einem Europa, in dem die Menschen in Würde leben und arbeiten können. Wir erwarten, dass diese Politik auf die Menschen, nicht vorrangig auf die Märkte ausgerichtet wird; denn Europa hat sich in den europäischen Verträgen das Ziel gesetzt, die Lebens- und Arbeitssituation der Menschen zu verbessern.

In diesem Sinne haben wir beschlossen, mit unserem Dringlichkeitsantrag ein Zeichen zu setzen. Ja, noch vor diesem 25. Mai 2014 legen wir einen thematisch klaren Antrag vor, der viele Punkte enthält, wie wir uns das zukünftig bessere Europa vorstellen. Wir haben uns bewusst auf ein Thema konzentriert, anders als die FREIEN WÄHLER, die mit ihrem Antrag einen Blumenstrauß an Forderungen erhoben haben.

(Florian Streibl (FREIE WÄHLER): Europa ist ja auch bunt!)

- Das stimmt. Wir wollten aber ein Zeichen setzen, indem wir konkret und klar an einem Thema dranbleiben und es nicht nur anreißen. Dies passiert in diesem Wahlkampf mit sehr vielen Themen, bei denen Teilinformationen zu ganzen Kampagnen führen. Diese schaden unter dem Strich nur Europa und Bayern und erschweren uns das politische Arbeiten unnötig. Hier waren wir uns am Dienstag im Europaausschuss weitgehend einig.

Heute bringen wir einen Dringlichkeitsantrag mit einem klaren Bekenntnis des Landtags zu einem starken und sozialen Europa ein. Wir fordern faire Löhne für gute Arbeit. Machen Sie sich darauf gefasst: Das ist nur der Anfang. Wir werden auf ebenso gründliche Art und Weise qualifizierte Anträge für Freizügigkeit, für die Gestaltung der neuen Finanz- und Bankordnung, für die europäische Klima- und Energiestrategie und zum bunten Europa nachreichen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, Europa ist gut und wichtig. Es gilt, Europa zu gestalten. Wenn wir etwas für die Menschen in Bayern gestalten wollen, macht es Sinn, die Dinge konstruktiv und konkret zu benennen und das Ob und Wie klar zu verfolgen. Das ist möglich. Wie eingangs gesagt, ist der bisherige Weg der Europapolitik nicht alternativlos. Aber nicht nur die politische Ausrichtung, auch der politische Stil der Auseinandersetzung über den richtigen Weg ist nicht alternativlos. Auch darüber muss heute in diesem Parlament gesprochen werden. Wer mich kennt, weiß, dass ich nicht nur europapolitischer Sprecher, sondern auch jugendpolitischer Sprecher bin. Mein Lieblingsspruch lautet: Beides passt gut zusammen; denn Europa ist die Zukunft für die Jugend, und die Jugend ist die Zukunft für Europa.

(Beifall bei der SPD)

Diese Meinung vertrete ich mit Überzeugung. Meine sehr verehrten Damen und Herren, in manchen Situationen macht mir das Verhalten der CSU auf Europalebene immer wieder klar, wie ähnlich sich beide Beiräte sind.

(Beifall bei der SPD – Bernhard Roos (SPD): Bravo!)

Als jugendpolitischer Sprecher kommt man meistens dann zum Einsatz, wenn etwas falsch läuft. Dann interessiert sich jeder in diesem Hause, auch die CSU, für die Jugend. Nehmen wir zum Beispiel die neuen Probleme auf dem Drogenmarkt, die durch Crystal Meth entstanden sind, und deren Auswirkungen auf die jungen Drogenkonsumenten. Crystal Meth ist auch unseren Innenpolitikern bekannt, weil wir damit Probleme an der deutsch-tschechischen Grenze haben. Crystal Meth ist eine extrem gefährliche synthetische Droge, die vergleichsweise billig ist, aber schnell süchtig macht und schwerste gesundheitliche Schäden hervorruft. Crystal Meth ist illegal. Die jugendlichen Konsumenten wissen das. Sie wissen, es ist nicht richtig, wenn sie diese Drogen kaufen und konsumieren. Aber sie tun es; denn wer es nimmt, fühlt sich mutiger und fitter. Alles wird schöner und besser, wie das halt bei Drogen ist. Meine sehr verehrten Damen und Herren von der CSU, Sie agieren genau wie diese Junkies.

(Beifall bei der SPD)

Sie wissen ganz genau, wie gefährlich es ist, im Europawahlkampf zu zündeln. Sie wissen, dass es Europa und Bayern schadet, wenn Sie populistisch falsche Behauptungen aufstellen oder wenn Sie antieuropäische Stimmungen aufladen für einen Augenblick bierseliger Glückseligkeit in einem Bierzelt in Passau, in

dem CSU-Anhänger, von anderen Drogen beflügelt, einem plump agitierenden Gauweiler zujubeln.

(Beifall bei der SPD)

Sie wissen, dass es falsch ist, wenn Sie in Brüssel Hü und in München Hott sagen, weil die ganze Breite einer Volkspartei zwischen die proeuropäischen Positionen in Brüssel und die antieuropäische Hetze Gauweilers passt, wie der CSU-Vorsitzende Seehofer zu sagen wagt. Sie wissen, dass dies falsch ist, ebenso wie die jungen Konsumenten der Droge Crystal Meth wissen, dass ihr Verhalten falsch ist. Die Konsumenten von Crystal Meth fühlen sich mutiger, geradezu unschlagbar. Das ist für sie sehr wichtig. Auch das verbindet die bayerische CSU mit den Drogenkonsumenten. Aber sie sind nicht unverwundbar. Sie sind nicht unschlagbar. Bedenken Sie: Die Sucht zieht ihre Konsumenten rasch in den Abgrund. Sie verwahrlosen, bauen körperlich ab, und das schlimmste ist: Die Droge zersetzt das Gehirn.

Liebe Kollegen und Kolleginnen von der CSU, anders kann Mann oder Frau es sich kaum erklären, warum Sie sonst im Großen und Ganzen als bekennende Europäer, die um die Wichtigkeit einer funktionierenden EU für Bayern wissen, auf so einen plumpen Wahlkampfmodus umschwenken. Wie gesagt, nicht nur die politische Auseinandersetzung, auch der politische Stil der Auseinandersetzung über den richtigen Weg ist nicht alternativlos. Ich meine den Stil, den der Ministerpräsident durch seinen Stellvertreter im CSU-Vorsitz Peter Gauweiler, durch seinen Generalsekretär, den ehemaligen kleinen Doktor aus Passau, und den vom Ministerpräsidenten, glaube ich, nicht unbedingt geschätzten Spitzenkandidaten aus Schwaben in diesem Wahlkampf pflegen lässt. Dieser von Ihnen seit Wochen praktizierte Stil ist nicht alternativlos, sondern unanständig, unverschämt und inakzeptabel.

(Beifall bei der SPD)

Wenn die Lautsprecher des Ministerpräsidenten, Scheuer und Ferber, über den Spitzenkandidaten der europäischen Sozialdemokraten Martin Schulz Schmutz ausschütten, über einen Mann, der als Präsident des Europäischen Parlaments endlich die Stimmen der Bürger und Bürgerinnen in der EU hörbar gemacht hat, ist das eine Frechheit!

(Beifall bei der SPD – Inge Aures (SPD): Jawohl!)

Wenn der Ministerpräsident des Freistaats Bayern den Präsidenten des Europäischen Parlaments von seinem Lautsprecher Scheuer als fremdgesteuerten undeutschen Agenten darstellen lässt, sind dies nicht nur Schmutzeleien, wie sie der charakterlich bekanntermaßen auch so einwandfreie CSU-Vorsitzende dem

seiner Meinung nach charakterlich ach so unanständigen Rivalen Markus Söder normalerweise zuschreibt, sondern handfeste große Sauereien.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Herr Söder, der jetzt leider nicht mehr da ist, hat in den Herren Scheuer und Ferber Gesellen gefunden.

(Zuruf von der CSU)

- Ach, er hat nur die Fronten gewechselt? – In Herrn Seehofer hat er seinen Meister gefunden. Über Herrn Scheuer will ich hier weiter nichts sagen. Er hat nicht nur seinen kleinen Doktor verloren, sondern auch seinen Ruf. Kein Wunder, dass er umso lauter poltert.

Aber ein Wort über Herrn Ferber: Wie perfide sein jüngster Ausfall in Nürnberg gegen Martin Schulz war, wird noch dadurch unterstrichen, dass derselbe Herr Ferber eben diesen Martin Schulz vor vier Wochen als Ehrengast in dieses Haus eingeladen hat, damit er auf der Landesveranstaltung der Europa-Union für die europäische Idee wirbt. Ich war dabei, weil ich Mitglied der Europa-Union bin. Damals hat Herr Ferber ihn noch als hochgeschätzten Parlamentarier bezeichnet. Und nun der Ausfall in Nürnberg! Jetzt geifert Herr Ferber über seinen Ehrengast.

(Klaus Holetschek (CSU): Herr Ferber ist ein guter Mann! Sie können froh sein, dass er in Europa ist!)

Die Äußerung, dass Martin Schulz für die Schlepperbanden in Afrika sei, die Flüchtlinge unter Gefährdung ihres Lebens nach Europa bringen, ist unerhört. Das ist eine Brunnenvergiftung, die an ganz andere Zeiten erinnert.

(Beifall bei der SPD)

Das hat freilich Methode. Das gilt nicht nur für Silvio Berlusconi mit seinem unseligen KZ-Vergleich in Bezug auf Martin Schulz. Das ist Dreck und dieses Hauses nicht würdig.

(Beifall bei der SPD)

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die Bürger und Bürgerinnen verdienen diesen Stil nicht. Er ist unserer Demokratie abträglich; er ist unwürdig. Wer die Bürgerinnen und Bürger für die europäische Idee gewinnen will, muss sie zur Stimmabgabe bei der Europawahl motivieren, muss redlich und anständig bleiben. Dies hat Ihnen Ihr CSU-Parteifreund Günther Oettinger ins Stammbuch geschrieben. Wenn Herr Oettinger nicht der Vorstellung des Herrn Ministerprä-

sidenten von einem Politiker auf Augenhöhe entspricht, sollte er wenigstens auf den Papst hören; denn der ist kraft Amtes unfehlbar. Der Papst hat angesichts der humanitären Katastrophe im Mittelmeer vor Lampedusa und des menschenverachtenden Umgangs mit Bootsflüchtlingen von uns Europäern einen humaneren, also christlicheren Umgang mit diesen Menschen eingefordert. Martin Schulz hat nichts anderes gesagt als der Papst. Der Papst hat über Radio Vatikan, die Stimme des Papstes in der Weltkirche, den Kurs, den Herr Seehofer momentan zu verantworten hat, nicht als den einer Partei bezeichnet, die sich christlich nennt. Diese päpstliche Stimme sollte Herr Seehofer, der sich sonst gerne mit dem Heiligen Vater fotografieren lässt, beherzigen.

(Beifall bei der SPD)

Christlich zu sein ist etwas anderes als christlich zu tun, meine sehr verehrten Damen und Herren von der CSU. Deswegen komme ich nun zurück zum Antrag und zu einer Bitte. Kommen Sie zu einem sachlichen und vernünftigen Umgang und

(Lachen bei der CSU)

zu einer konstruktiven Gestaltung des europäischen Prozesses zurück. Stimmen Sie unserem Antrag zu.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Ich erteile Frau Kollegin Müller das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der SPD-Antrag hat uns anfänglich verwundert, da er sehr allgemein gefasst ist. Eine Dringlichkeit der vorgebrachten Punkte erschließt sich aus unserer Sicht aktuell nicht. Wir haben uns schon gefragt, warum die SPD jetzt im Bayerischen Landtag diesen Antrag einbringt, obwohl es eigentlich ein Bundesthema wäre und die SPD im Bund mitregiert und auch im Europäischen Parlament 23 Abgeordnete hat, die nach eigenen Aussagen täglich für ein soziales und starkes Europa arbeiten. Wir FREIE WÄHLER wissen natürlich um die Arbeitsmarktpolitik und auch um die vielen Baustellen, die es dort gibt. Das Motto "Höher, schneller, weiter" kennen wir alle, und es beschäftigt uns natürlich, dass Arbeitnehmer erhöhte Flexibilität zeigen und nachweisen müssen. Die fehlende Lohngleichheit bei Männern und Frauen und die Anteile der befristeten Arbeitsverträge lehnen wir genauso wie die Kollegen der SPD ab. Allerdings glauben wir, dass der Antrag zu einseitig gefasst ist und sich nur auf die Arbeitnehmer bezieht. Deshalb wollten wir den Antrag eigentlich ablehnen. Ich sage bewusst, "wollten", lieber Herr Kollege. Nachdem ich

gesehen habe, dass Sie diesen Antrag genutzt haben, um die Entgleisungen der CSU im Bereich des Europawahlkampfes darzustellen,

(Zuruf des Abgeordneten Klaus Holetschek (CSU): Komm jetzt!)

haben wir jetzt natürlich ein bisschen mehr Sympathie für Ihren Antrag und werden ihm trotzdem zustimmen, obwohl wir glauben, dass es bei einem solchen Schritt, wie Sie ihn in Ihren Anträgen formuliert haben, nämlich mehr Kompetenzen nach Europa abzugeben, tatsächlich einer Volksabstimmung bedarf. Wir geben nur dann Kompetenzen an Europa ab, wenn dies von den Bürgern mitgetragen wird. Deshalb haben wir unseren Antrag etwas anders formuliert.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Trotzdem werden wir diesem Antrag zustimmen. Für uns gilt, dass wir bei Fragen von so großer Tragweite das Volk mitreden lassen müssen. Deswegen ist das in unserer Ziffer 2 aufgeführt. Wir brauchen Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen in Europa nicht nur für Arbeitnehmer, sondern auch für die kleinen und mittelständischen Unternehmen. Wir brauchen ein soziales Europa genauso für die familiengeführten bäuerlichen Betriebe. Wir dürfen nicht zulassen, dass Großkonzerne das Rückgrat unserer Wirtschaft gefährden. Der Mittelstand sorgt für Ausbildung, Beschäftigung und Wohlstand. Das gehört auch zu einem sozialen Europa. Wir brauchen Verbesserungen bei den Arbeitsbedingungen.

Wir haben viele Themen aufgegriffen. Wir kennen die Problematik der Jugendarbeitslosigkeit genauso und wollen mit diesem Antrag massiv dazu beitragen, dass es zu Verbesserungen kommt.

Wir stellen in unserem Antrag aber die Soziale Marktwirtschaft in einen Rahmen. Wir treten für Eigenverantwortung verbunden mit Solidarität ein, den Schutz des privaten Eigentums und für Subsidiarität. Wir fordern in unserem Antrag ein klares Bekenntnis zu den sozialen Rechten der europäischen Grundrechts-Charta. Wir wollen ein Bekenntnis zu den ILO-Standards zum Schutz von Arbeitnehmerrechten und zur Sozialen Marktwirtschaft als Modell, das am besten für Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand in Bayern, Deutschland und Europa sorgen kann, ein Bekenntnis zur Stärkung des Mittelstandes und ein Bekenntnis zu einem Europa, das im Rahmen seiner bestehenden Zuständigkeiten unter Wahrung der Subsidiarität den Arbeits- und Gesundheitsschutz verbessert. Wir wollen ein Bekenntnis zur Zurückdrängung prekärer Beschäftigungsverhältnisse und dazu, für angemessene Bezahlung und für faire Regeln auf dem EU-Arbeitsmarkt zu sorgen.

Die Punkte, die wir in unserem Antrag aufgeführt haben, sind richtig und wegweisend. Ich bitte Sie daher zu einem Bekenntnis zur Stärkung der europäischen Zusammenarbeit von Polizei und Justiz, um Schwarzarbeit, Schattenwirtschaft, Schlepperunwesen und Korruption effektiv bekämpfen zu können. Ich würde mich freuen, wenn Sie unserem Antrag zustimmen würden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin, würden Sie bitte für eine Zwischenbemerkung des Herrn Kollegen Holetschek noch einmal ans Rednerpult kommen?

Klaus Holetschek (CSU): Habe ich mich jetzt getäuscht, oder habe ich Sie richtig verstanden, dass Sie den SPD-Antrag eigentlich ablehnen wollten, ihm aber jetzt zustimmen, weil er gegen die CSU gerichtet ist? Ist das jetzt Ihr Ernst, dass Sie von der Sache abweichen, Hauptsache, man prügelt auf die CSU ein? Und dann seid ihr so flexibel und stimmt dem Antrag zu, oder?

(Beifall bei der CSU)

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Nein. Herr Kollege, ich glaube, Sie haben den Antrag, dem man zustimmen oder den man ablehnen kann, genau gelesen. Mir ging es zuerst darum, dass wir sagen, wir wollen keine Kompetenzen nach Brüssel verlagern, bevor wir nicht das Volk befragt haben. In diesem Zusammenhang hat sich mir erschlossen, warum die SPD diesen Antrag so gestellt hat, nämlich um im Europawahlkampf Dinge herauszustellen, die von Ihrer Partei gekommen sind. Ob wir intern sagen, dass wir dem Antrag zustimmen oder ihn ablehnen, müssen Sie den FREIEN WÄHLERN schon selber überlassen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Wittmann. Bitte schön, Frau Kollegin.

Mechthilde Wittmann (CSU): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Erlauben Sie mir eine erste Bemerkung zu Herrn Kollegen Dr. Förster. Herr Dr. Förster, wir haben im Europaausschuss in den letzten Wochen in ganz hervorragender Art und Weise zugunsten Bayerns und Europas zusammengearbeitet. Ihr Vortrag hier ändert das.

(Beifall bei der CSU – Heiterkeit bei den FREIEN WÄHLERN – Zuruf von der SPD)

Erlauben Sie mir ein direktes Zitat des Ministerpräsidenten: "Die lautesten Kühe geben die wenigste Milch." Sie haben zu Ihrem Antrag, nachdem Sie dazu lediglich gesagt haben, Sie bitten ganz generell um Zustimmung, leider kein weiteres Wort mehr verloren. Ich weiß auch, warum, und werde es gleich darstellen. Sie haben gesagt, mit der CSU ist es wie mit Crystal Meth: Die Droge zersetzt das Gehirn - und im Interesse des Stils der Auseinandersetzung wollen Sie das nicht. Wenn das Ihr Stil der Auseinandersetzung ist, werden wir uns dem nicht anschließen. Das ist der Würde dieses Hauses nicht angemessen.

(Beifall bei der CSU)

Frau Kollegin Müller, zu Ihrer Rede braucht es keine weiteren Erläuterungen. Der Kollege Holetschek hat es bereits gesagt: Wenn ein Antrag, dem Sie nicht zustimmen wollen, dadurch zustimmungsfähig wird, dass in einer dermaßen polemischen Art und Weise einmal kurz ein Querschläger gelandet wird, dann tun Sie das bitte. Ich bin nicht ganz davon überzeugt, dass wir die Wahlbeteiligung in Europa mit diesem Stil exzessiv erhöhen werden.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt würde ich vorschlagen, dass wir auch noch ein paar Worte zum Dringlichkeitsantrag der SPD verlieren, nachdem die SPD selber darauf verzichtet hat. Die SPD beantragt ein Bekenntnis zu einem starken und sozialen Europa mit "guter Arbeit". Ich meine, dem können wir alle nur zustimmen. Das ist ein ganz hervorragender Satz, und dieses Bekenntnis wird durch die Politik Europas in den letzten Jahren gestärkt. Denken Sie an das ISF, das die Wirtschafts- und Währungsunion in Europa seit 50 Jahren begleitet, das Beschäftigungsmaßnahmen stützt und die Förderung sozialer und wirtschaftlicher Koalitionen zum Ziel hat, und nehmen Sie zur Kenntnis, wie hoch hier der Etat ist. 75 % des gesamten EU-Haushaltes fließen nur in solche Maßnahmen. Meine Damen und Herren, das ist ein ganz hervorragender Erfolg der europäischen Politik auf dieser Ebene.

Wenn Sie zur Kenntnis nehmen, dass Deutschland allein ein Drittel des Budgets für diese Maßnahmen aufbringt, sehen Sie, dass Deutschland seiner Verantwortung für die EU-Länder aus eigener Stärke heraus, aus seiner Stärke am Arbeitsmarkt und aus seiner Stärke der sozialen Systeme in ganz außergewöhnlicher Art und Weise gerecht wird. Darauf bin ich als Deutsche und Bayerin sehr stolz.

Wir haben aus der Krise heraus das Programm "Europa 2020" aufgelegt, ein Programm, das als intelligent, nachhaltig und integrativ bezeichnet wird, weil es Investitionen in Bildung, Forschung und Innovation för-

dert und weil es vorrangig die Schaffung und Stärkung der Wettbewerbsfähigkeit der europäischen Arbeitskraft zum Ziel hat. Das ist genau das, was wir tun müssen. Wir müssen die Menschen vor Ort genau dafür stärken.

Lassen Sie mich auch noch das Zielprogramm ansprechen, das mit 920 Millionen Euro besonders eine hochwertige und nachhaltige Beschäftigung fördern und gewährleisten will, dass es einen fairen sozialen Schutz mit dem absoluten Schwerpunkt auf der Bekämpfung von Armut und sozialer Ausgrenzung gibt. Allein dorthin fließen über 61 % dieser Gelder. Die europäische Jobbörse EURES hat 18 % gleich 160 Millionen Euro Mikrofinanzierung etc. Sie sehen, es gibt einen bunten Strauß von Maßnahmen, die bereits geleistet werden. Schließlich geht es um die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in den anderen Ländern. Die Mittel hierfür wurden allein in diesem Jahr um weitere 6 Milliarden Euro aufgestockt. Wer da sagt, Europa ist nicht sozial und kümmert sich nicht um die Jugend, hat einfach keine Ahnung von Europa.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Die Hohlmeier hat gesagt: mehr in Rumänien und Bulgarien investieren!)

Ich komme zum zweiten Teil des Antrags, den, wie mir scheint, keiner wirklich gelesen hat. Dort werden alle politischen Ebenen aufgefordert, in der Europäischen Union in der nächsten Wahlperiode für diese Dinge Rechnung zu tragen. Sie wollen, dass die Sorge um Soziales, Arbeit, Beschäftigung und regionale Förderung auf die EU-Ebene übertragen wird. Dafür bekommen Sie niemals unsere Zustimmung. Für mich ist nichts so wichtig, wie dass die regionale Zuständigkeit gerade für Soziales und Arbeitsmarktpolitik bei den Ländern und den Regionen bleibt; denn nur dort kann individuell gefördert werden, was individuell gefördert werden muss.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Und dann unterstützen Sie das Freihandelsabkommen!)

- Herr Kollege Aiwanger, es würde Ihrer Entscheidungsfindung und Wissensfindung helfen, wenn Sie mir zuhören würden.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich höre Ihnen zu!)

Ich habe beim letzten Mal zum Freihandelsabkommen gesprochen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich hinterfrage nur Ihre Sätze!)

Davon haben Sie offensichtlich nichts mitbekommen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja, Frau Lehrerin!)

Wir werden nichts nach Europa verlagern, und ich sage Ihnen, warum: weil Bayern mit seiner Sozial- und Arbeitsmarktpolitik außergewöhnlich erfolgreich ist. Wir haben die niedrigste Arbeitslosenquote und die höchste Erwerbstätigenquote. Wir haben die ohnehin niedrige Arbeitslosenquote in den letzten fünf Jahren in Bayern noch einmal halbieren können. In den meisten Regionen herrscht faktisch Vollbeschäftigung.

Lassen Sie mich zu den Kernpunkten kommen, die Indikatoren für Entwicklung und Zukunft sind. Wir haben in Bayern die europaweit beste Ausbildungsstellensituation. Auf 100 unversorgte Bewerber kommen 834 freie Stellen. Wir wollen nicht, dass das von Europa neu reguliert wird. Wir wollen in Bayern dafür sorgen, dass diese Angebote da sind. Wir wollen viel lieber, dass Europa von Bayern lernen kann.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben – darauf lege ich ganz großen Wert – den niedrigsten Anteil Langzeitarbeitsloser und sind erfolgreich darin, die Menschen, wenn sie denn aus dem Netz fallen, wieder in Arbeit zu bringen. Das bringt die Menschen zurück in die Gesellschaft und gibt ihnen Selbstbewusstsein zurück. Das ist besser als jedes Gießkannenprinzip, bei dem man nicht weiß, wo etwas ausgekippt wird.

Lassen Sie mich schließlich ein letztes Argument dafür ausführen, warum die Regionen zuständig bleiben müssen. Wir haben die Spanne zwischen der höchsten und der niedrigsten Arbeitslosigkeit in den Regierungsbezirken, also die Spanne zwischen den Bezirken, die aufgrund von Tourismus usw. stark sind, und den Bezirken, die wegen Abwanderungen oder ihrer Randlage gewisse Schwächen haben, in den letzten fünf Jahren halbieren können. Das sind nur noch 1,3 % und ist fast schon nicht mehr nennenswert, und daran arbeiten wir weiter.

Meine Damen und Herren, fallen Sie nicht auf den Placebo-Antrag der SPD herein, der nichts anderes ist als eine Auftaktveranstaltung zur Beschimpfung Einzelner.

(Inge Aures (SPD): Das sagt die Richtige!)

Wir werden dem Antrag nicht zustimmen.

(Anhaltender Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Frau Kollegin Kamm. Bitte schön, Frau Kollegin.

Christine Kamm (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Ja, wir brauchen ein Europa, in dem auch die sozialen Interessen der Menschen ernst genommen werden und in dem die Menschen nicht zu kurz kommen. Wir wollen ein Europa, das die Schicksale der Bürgerinnen und Bürger ernster nimmt als bisher und die Lobby-Interessen zurückdrängt. Wir wollen ein Europa, das fair und solidarisch ist und wieder mehr das Gemeinwohl im Auge hat. Wir wollen ein Europa, in dem die Krise nicht mehr länger durch eine einseitige Kürzungspolitik verschärft wird.

Wir wollen stattdessen Arbeitsplätze durch einen grünen Umbau der Wirtschaft und im Bereich der Umweltinvestitionen. Wir wollen sinnvolle Investitionen und vermehrte Bildungsausgaben, und wir wollen ein Europa, das den Menschen wieder mehr Perspektiven und Arbeitsplätze verschafft. Wir wollen ein Europa, das die Menschenrechte verteidigt und die Rechte und die Würde der Menschen – auch die von Flüchtlingen – schützt.

Wir stimmen dem Antrag der SPD zu, in dem es heißt, dass sich der Bayerische Landtag zu einem starken sozialen Europa bekennt und in der nächsten Wahlperiode für eine grundlegende Verbesserung der Lebens- und Arbeitsbedingungen Sorge tragen will. Das bedeutet nicht, dass man Kompetenzen auf die nächste Ebene verlagern muss. Das bedeutet aber, dass wir uns gemeinsam im Europaparlament und durch die Nationalstaaten mehr um die Belange der Menschen in Europa kümmern, auch derjenigen, denen es vielleicht nicht ganz so gut geht wie denen in Oberbayern.

Wir stellen uns gegen die Politik des einseitigen Sparens, das Sozialabbau und Armut befördert und die Arbeitslosigkeit in vielen Ländern leider verstärkt hat. Wir wollen ein Europa, das der Jugend eine Zukunft bietet. Da muss sich die Europapolitik ändern, aber 6 Milliarden Euro reichen nicht, wenn man den Betrag auf derzeit 6 Millionen arbeitslose junge Menschen umrechnet. Das ist ein Klecks auf einen heißen Stein.

Wir wollen nicht, dass die Jugend die Zeche für eine falsche Finanzpolitik zahlen muss. Europa muss mehr Geld für die Jugend, für Zukunftsinvestitionen und für Bildung in die Hand nehmen, und da reichen 6 Milliarden Euro nicht.

Wir haben uns im Wahlkampf immer wieder die Europaprogramme der Parteien angeschaut. Ich habe festgestellt, dass es in allen Parteiprogrammen Aussagen zur Jugendarbeitslosigkeit gibt, nur leider nicht im

Parteiprogramm der bayerischen CSU. Ich stelle fest, dass die CSU eine Partei ist, die wenig Ahnung von Europa hat. Vielleicht ist das einfach das Schicksal einer Regionalpartei. Das Wort "Jugend" kommt bei Ihnen nicht vor.

(Widerspruch bei der CSU)

Sie sollten dieses Problem wirklich ernster nehmen. 6 Millionen jugendliche Arbeitslose in Europa sind ein Thema, das Sie komplett ignorieren und das an Ihnen komplett vorbeigeht, Hauptsache, uns geht es gut.

(Beifall bei den GRÜNEN)

So ist es leider. Lassen Sie andere Leute die Programme schreiben, dann müssen Sie sich nicht dafür schämen.

(Karl Freller (CSU): So etwas Seichtes habe ich schon lange nicht mehr gehört!)

Wir wollen nicht, dass in Bayern im Wahlkampf weiter billige Schmutzelei zulasten von Saisonarbeitern betrieben wird. Wir wollen eine Politik, die mit anderen Ländern auf Augenhöhe kommuniziert und mit der wir die sozialen Probleme der Menschen lösen können, was besser ist, als nur darüber nachzudenken, wie man die Schuldenprobleme lösen kann. Das ist wichtig; aber wir wollen auch die sozialen Probleme lösen.

Wir stimmen dem Antrag der SPD zu,

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

wir haben aber leider, liebe Kollegin, ein Problem mit Ziffer 2 Ihres Antrags.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

– Lieber Kollege Aiwanger, dem Teil 1 stimmen wir gerne zu. Mit Ziffer 2 haben wir ein Problem, das ich Ihnen gerne erläutere: Wir wollen die Rechte des Europäischen Parlaments stärken. Wir wollen die Rechte der Bürgerinnen und Bürger auf Mitwirkung stärken, und wir glauben, dass wir über europäische Fragen auf europäischer Ebene abstimmen sollten und nicht auf nationalstaatlicher Ebene. Das wäre ja so ähnlich, wie wenn wir beide in Schwaben ein Volksbegehren für irgendeine landesrelevante Frage durchführen. So funktioniert Bayern nicht, und so funktioniert Europa auch nicht. Deshalb können wir leider Ihren Antrag nicht mittragen; Ziffer 1 können wir jedoch sehr wohl mittragen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Barbara Stamm: Frau Kollegin Müller hat für eine Zwischenbemerkung das Wort.

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Liebe Kollegin, ich glaube, ich habe in meinen Ausführungen klar und deutlich gemacht, dass es in dem Antrag der SPD darum geht, Kompetenzen nach Europa abzugeben. Wir FREIEN WÄHLER sind der Meinung, dass wir Kompetenzen nur abgeben können – in diesem Fall ist das Soziale eben Bundesaufgabe –, wenn das Volk zustimmt. Deshalb wollten wir, wenn man Kompetenzen verlagert, eine Volksabstimmung. Darum steht Ziffer 2 drin. Wir können über sie leider nicht getrennt abstimmen lassen, sondern lassen den Antrag als Ganzes stehen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Christine Kamm (GRÜNE): Liebe Kollegin Müller, ich verstehe den Antrag der SPD so, dass sich Europa mehr um die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer und insbesondere auch der arbeitslosen Jugend kümmern soll. Dies bedeutet nicht, dass wir Kompetenzen abtreten. Das können wir auch gemeinsam tun, ohne Kompetenzen abzutreten. Solidarität ist ein wichtiges Stichwort. Wir müssen insgesamt die europäische Demokratie stärken. Nationale Volksabstimmungen sind für uns in dieser Frage nicht der richtige Weg.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Präsidentin Barbara Stamm: Für die Staatsregierung hat Frau Staatsministerin Müller um das Wort gebeten. Bitte schön.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Dr. Förster, Sie haben mit Ihrer Rede dick unterstrichen, dass der Dringlichkeitsantrag der SPD natürlich ein Wahlkampfantrag ist, gar keine Frage.

(Beifall bei der CSU)

Herr Dr. Förster, Sie sagten auch, dass wir zu einem sachlichen Umgang zurückkehren sollten. Dies tue ich jetzt, so wie Sie es vorhin gewünscht haben.

(Dr. Simone Strohmayr (SPD): Das machen Sie ja nie!)

Für uns als CSU und vor allem als Staatsregierung ist klar: Wir sagen Ja zu Europa, aber wir wollen in Europa keinen Zentralismus, sondern wir wollen Subsidiarität, und wir wollen vor allem auf keinen Fall einen EU-Supersozialstaat, der auf Gleichmacherei setzt.

(Beifall bei der CSU)

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist normalerweise nicht meine Art und auch nicht in meiner Zuständigkeit, europapolitische Lehrstunden zu erteilen. Aber ich erlaube mir aus meiner Erfahrung heraus schon den Hinweis, dass sich die Europäische Union in ihren Verträgen eindeutig zum Leitbild der Sozialen Marktwirtschaft bekennt und in ihrer Charta der Grundrechte ausdrücklich soziale Rechte formuliert. Dadurch macht die Europäische Union nach außen deutlich, dass die gemeinsame europäische Wertordnung neben politischen, wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Rechten auch soziale Rechte beinhaltet.

Um sie umzusetzen, haben die Staats- und Regierungschefs vor mehr als drei Jahren die Strategie "Europa 2020" beschlossen und damit die soziale Dimension der Wirtschafts- und Währungsunion definiert und unterstrichen; die Kollegin Wittmann hat vorhin darauf hingewiesen. Das Ziel ist ein wirtschaftlich starkes Europa, und Wachstum soll dabei allen zugutekommen und niemanden ausgrenzen. So hat sich die Europäische Union erstmals in ihrer Geschichte ein konkretes Ziel zur Armutsbekämpfung gesetzt, nämlich – es steht wirklich darin –: Bis zum Jahr 2020 sollen europaweit 20 Millionen Menschen aus der Armut geholt werden, auch mithilfe des Europäischen Sozialfonds. Deutschland und die Bundesregierung bekennen sich ausdrücklich zur "Europa 2020"-Strategie, und Bayern und die Bayerische Staatsregierung tun dies übrigens ebenfalls. Deshalb muss jeder Mitgliedstaat zunächst einmal seine eigenen Hausaufgaben machen. Deutschland hat dies getan. Unsere Zahlen zur Jugendarbeitslosigkeit sprechen für sich. Kollegin Wittmann hat vorhin auch die bayerischen Zahlen noch einmal im Detail erörtert, und ich kann nur sagen, ich unterstreiche dies. Wir stehen hierbei sehr gut da, weil wir unsere Hausaufgaben in der Vergangenheit gemacht haben.

(Beifall bei der CSU – Dr. Simone Strohmayr (SPD): Es geht ja nicht darum!)

Wir haben rechtzeitig wichtige Strukturreformen angepackt, und ich darf Ihnen sagen: die Union und die SPD gemeinsam und nicht irgendjemand anders. Ich erinnere nur an die Agenda 2010, die ein Bundeskanzler der SPD geschaffen hat und die wir alle mitgetragen haben, und wir tun es noch immer ohne Wenn und Aber. Ich sage Ihnen in aller Deutlichkeit, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen der SPD: Die Große Koalition im Bund hat mit Unterstützung des Freistaates wichtige sozialpolitische Ziele vereinbart und steckt derzeit mitten in der Umsetzung.

Wir haben uns auf einen gesetzlichen Mindestlohn geeinigt, der von den Sozialpartnern gemeinsam fest-

gelegt wird. Die Entsenderichtlinie ist in deutsches Recht überführt. Unser Arbeitnehmerüberlassungsgesetz und das Teilzeit- und Befristungsgesetz setzen die bestehenden europarechtlichen Grundlagen um. Wir haben im Koalitionsvertrag des Bundes weitere Verbesserungen vereinbart, wie die Höchstüberlassungsdauer von 18 Monaten bei der Zeitarbeit und eine Erleichterung der Rückkehr aus der Teilzeit.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, auch die Bekämpfung der Schwarzarbeit funktioniert. Nur eine Zahl: Der Zoll hat im Jahr 2013 in 135.000 Verfahren wegen Schwarzarbeit ermittelt und dabei einen Schaden von insgesamt 777 Millionen Euro aufgedeckt. Auch die Mütterrente kommt und die abschlagsfreie Rente ab 63, die Ihnen so ganz besonders am Herzen liegt. Nur dürfen wir keine Frühverrentungsansätze schaffen.

Auch in Sachen Arbeits- und Gesundheitsschutz sind wir in Deutschland und in Bayern Vorreiter. Wir sind die Messlatte für andere Länder in ganz Europa. Bayern liegt auch an der Spitze in Europa, was die Chancen von jungen Menschen betrifft. Die Jugendgarantie ist wichtig, vor allem für die jungen Menschen in Portugal, Spanien und Griechenland. Wir wollen keine verlorene Generation in Europa haben. Deshalb verstehe ich überhaupt nicht, Frau Kamm, dass Sie behaupten, dass es im CSU-Programm keine klare Aussage zur Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit gäbe. Auf Seite 10 des CSU-Programms finden Sie ganz konkret, was die CSU einfordert. Wir wollen für die Bekämpfung der Jugendarbeitslosigkeit in Europa die Weichen stellen, damit junge Menschen eine Perspektive und eine Chance haben.

(Beifall bei der CSU)

Auch die Frauenquote kommt, aber wichtig für uns ist nicht nur die Vorstandsetage, sondern gerade auch die mittlere Führungsetage, in der Frauen nach wie vor nicht nach oben kommen. Die Ausgestaltung des Entgeltgleichgesetzes werden wir kritisch begleiten, um die Lohnlücke zwischen Frauen und Männern zu schließen. Darauf haben wir uns im Koalitionsvertrag ebenfalls verständigt.

Liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD, schauen Sie sich unseren gemeinsamen Koalitionsvertrag in Deutschland an. Sie werden das Allermeiste, was Sie hier fordern, darin wiederfinden. Deshalb legt Bayern größten Wert auf die Feststellung, dass die Zuständigkeit, aber auch die Verpflichtung für die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik bei den Mitgliedstaaten liegt. Dabei muss es in der Zukunft bleiben; denn sie gehören zum Kernbereich der nationalstaatlichen Souveränität. Abstrakte Debatten sind deswegen aus

meiner Sicht kontraproduktiv. Es darf nicht sein, dass wir die versäumten Strukturreformen anderer Staaten nachholen. Deshalb ist der Duktus Ihres Antrags europarechtlich und europapolitisch falsch.

Wer glaubt denn ernsthaft daran, dass der Wille zu notwendigen Reformen zunimmt, wenn der Druck abnimmt? Das glaubt von uns niemand, und draußen glaubt es erst recht niemand. Andersherum wird ein Schuh daraus. Wir fordern die Mitgliedstaaten auf, notwendige Strukturreformen endlich anzugehen. Gerade die Jugend in Europa braucht eine Perspektive. Der Bayerische Landtag ist für diesen Antrag der falsche Adressat.

Meine dringende Bitte ist: Tragen Sie Ihre Anliegen und den Antrag an Ihre europäischen Kollegen in Regierungsverantwortung heran, zum Beispiel an den französischen Präsidenten Hollande, der Dringendes zu tun hat, um die Situation in seinem Land zu verbessern.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Zu einer Zwischenbemerkung hat Frau Kollegin Müller das Wort.

Ulrike Müller (FREIE WÄHLER): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Frau Staatsministerin, ich habe Ihren Ausführungen genau zugehört und mit Verwunderung festgestellt, dass das bayerische Ministerium alles macht, was in dem Antrag gefordert wird. Sie bekennen sich genau zu dem, was in dem SPD-Antrag steht. Die CSU könnte leicht zustimmen, schon im Blick auf das, was der Kollege Förster gesagt hat. Er hat gesagt, er wolle jetzt das soziale Europa der Arbeitnehmer haben. Dann würden andere Anträge folgen. Also könnten Sie in Ihrer Partei das Votum doch nachvollziehen.

Staatsministerin Emilia Müller (Sozialministerium): Das ist die Aufgabe unserer Fraktion. Da ist die Kompetenz unserer Fraktion angesprochen. Ich kann nur sagen, dass es sich um einen Schaufensterantrag, einen Wahlkampf Antrag gehandelt hat.

(Beifall bei der CSU)

Präsidentin Barbara Stamm: Mir liegen keine weiteren Wortmeldungen vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Die Anträge werden hierbei getrennt. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/1915, Antrag der SPD-Fraktion, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die SPD, die FREIEN WÄHLER und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen bitte ich

anzuzeigen. – Das ist die CSU-Fraktion. Stimmenthaltungen? – Keine. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

Wir kommen nun zur namentlichen Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/1946. Die Urnen stehen bereit. Ich bitte, die Stimmkarten einzuwerfen. Es stehen fünf Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 15.04 bis 15.09 Uhr)

Ich schließe den Abstimmungsvorgang. Die Stimmen werden außerhalb des Plenarsaals ausgezählt. Das Ergebnis wird zu einem späteren Zeitpunkt bekannt gegeben.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Kosten für den Rückbau der Kernkraftwerke und die Endlagerung des Atommülls nicht auf die Allgemeinheit abwälzen (Drs. 17/1916)**

und

**Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Überführung der Atomrückstellungen in einen öffentlich-rechtlichen Fonds - keine Entlassung der Atomkraftwerksbetreiber aus der Haftung (Drs. 17/1947)**

Ich eröffne die allgemeine Aussprache und darf Herrn Kollegen Aiwanger das Wort erteilen.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Meine sehr verehrten Damen und Herren, liebe Frau Präsidentin! Ich glaube, dass wir über das Thema Europa heute in allen Facetten diskutieren. Im Zusammenhang mit der Frage, wie es mit der Atomenergie weitergeht, kommt dieses Thema wieder auf uns zu. Mich freut es, dass ein Teil der CSU dem vorherigen Antrag der FREIEN WÄHLER jetzt doch zugestimmt hat, um damit zu signalisieren, dass es sinnvoll ist, bei der Übertragung von Kompetenzen auf Brüssel das Volk zu fragen. Danke an diejenigen, die uns zugestimmt haben. Ich hoffe, dass wir die CSU auch bei weiteren Themen von der Sinnhaftigkeit von Vorschlägen der FREIEN WÄHLER überzeugen können, wie zum Beispiel beim jetzigen Thema, der Atomenergie.

Meine Damen und Herren, gemeinsam mit der FDP haben Sie vor dreieinhalb Jahren, Ende 2010 – das ist kaum vorstellbar – der Verlängerung der Laufzeit

für Atomkraftwerke zugestimmt. Vor drei Jahren hat sich die Atomkatastrophe von Fukushima ereignet. Damals hat der Letzte gemerkt, dass in Atomkraftwerken keine Konservendosen produziert werden, sondern dass dort mit hoch radioaktivem Material gearbeitet wird. Daraufhin kam die massive Kehrtwende in der Energiepolitik: raus aus der Atomenergie, hinein in eine Energiewende, bei der wir aber heute nicht mehr genau wissen, wo Sie hinwollen. Ich appelliere an Sie, diesen Weg des Atomausstiegs konsequent weiterzugehen, und zwar mit dem Ziel, Atomenergie und mittelfristig auch Kohle durch erneuerbare Energien zu ersetzen.

Wir sehen nämlich, dass die Kosten, die im Zuge der Atomnachsorge auf uns zukommen, schlichtweg nicht zu bewältigen sind. Jeden Tag, den diese Werke länger laufen, kommen zusätzliche Kosten in nicht geahnter Höhe auf die Steuerzahler zu. Rund 35 Milliarden Euro haben die Atomkonzerne an Rückstellungen gebildet, um den Atomausstieg und die Endlagerung zu finanzieren. Leider Gottes sagen aber alle zuständigen Stellen, dass dieses Geld nicht reichen wird. Noch schlimmer, die zuständigen Stellen in Deutschland wissen nicht einmal, wie hoch die Kosten in etwa sein werden. Der Bundesrechnungshof hat 2010 gesagt, dass die 35 Milliarden Euro nicht reichen werden. Leider Gottes wissen die zuständigen Stellen noch nicht einmal, ob dieses Geld reichen wird. Und noch schlimmer: Diese 35 Milliarden Euro sind als Rückstellung gebucht. Sie stehen den Atomkonzernen aber weiterhin zur Verfügung, um zu investieren, um irgendwo auf der anderen Seite des Atlantiks Firmen aufzukaufen oder in der Wirtschaft herumzuinvestieren. Die Atomkonzerne haben dieses Geld weiterhin zinslos zur Verfügung, und es besteht die Gefahr, dass Tochtergesellschaften der Atomkonzerne am Ende ihren Bankrott erklären und maximal diese 35 Milliarden Euro zur Verfügung stehen oder dass nicht einmal mehr dieses Geld greifbar ist.

Jetzt kommt Europa wieder ins Spiel. Ihr sehr verehrter Herr Oettinger, der mächtigste Mann aus Deutschland in der EU-Kommission, zuständig für Energiefragen, ist bis dato ein glühender Atomkraftbefürworter, der sich weiterhin dafür einsetzt, dass mit europäischem Geld Atomkraft in den Nachbarländern ausgebaut wird. Er sagt jetzt, man sollte das Atomgeschäft auf die öffentlich-rechtliche Hand übertragen. Mit Atomgeschäft meint er auch alle Nachsorgekosten. Er sagt, damit könnte man eventuell die Konzerne so weit bringen, dass Sie auf Klagen gegen den schnell durchgeführten Atomausstieg verzichten, nachdem zuvor die Verlängerung der Laufzeit der Atomkraftwerke beschlossen wurde.

Das heißt also: Ihr Beschluss von Ende 2010, die Atomkraftwerke länger laufen zu lassen als bis 2022, war der goldene Handschlag für die Atomindustrie, weil sie aufgrund dieses Beschlusses eine Klagemöglichkeit hat und Summen in zweistelliger Milliardenhöhe im Raum stehen, die sie dafür einklagen will, dass sie jetzt doch aussteigen muss, obwohl es ein halbes Jahr vorher anders geheißsen hat. Wir steuern damit auf eine finanzpolitische Katastrophe zu. Diese Entwicklung wird die Steuerzahler weitere Milliarden kosten, nachdem wir die Atomindustrie zuvor über Jahrzehnte hinweg massiv gefördert haben. Beim Bau der Werke sind EURATOM-Gelder geflossen. Jetzt will sich die Atomwirtschaft vom Acker machen und steigt in andere Geschäftsfelder ein. Deshalb fordern die FREIEN WÄHLER erstens, das Atomgeschäft nicht durch einen öffentlich-rechtlichen Fonds übernehmen zu lassen, sondern nur die Milliarden, die zurückgestellt worden sind, davor zu sichern, dass eine Tochtergesellschaft mit diesem Geld pleite macht und am Ende nichts mehr da ist.

Zweitens fordern wir Sie auf, die Atomindustrie dazu zu zwingen, dass sie sämtliche Nachsorgekosten übernimmt, und ihr die Möglichkeit zu entziehen, dass sie dieses Risiko in irgendwelche Schein-Tochtergesellschaften auslagert. An der Stelle müssen die Mütter für die Töchter haften. Das ist eine ganz klare Botschaft, damit diese Gesellschaften am Ende nicht irgendwelche andere Spielchen machen und sagen: Das geht uns nichts mehr an, das Geld haben wir mitgenommen, das Risiko bleibt bei euch.

Wir fordern des Weiteren, diese Kosten sauber zu bilanzieren und zu versuchen, die Kosten der Nachsorge zu definieren.

Dafür sind Standards nötig. Wir führen jetzt in meinem Landkreis Landshut Diskussionen über einen möglichen Abriss des Atomkraftwerks in Niederaichbach. Wenn das Geld nicht reicht, wird eben an den Standards gedreht. Dann wird nicht so genau hingesehen, wie der Abriss vonstatten geht. Vielleicht wird dann minder kontaminiertes Material zum Wegebau verwendet, um es billig zu entsorgen. Solche Gerüchte schwirren bereits herum. Keiner weiß, wie es dort genau weitergehen soll. Keiner weiß genau, was der Abriss kostet. Ich sage es ganz deutlich: Jeder Landwirt steht mit seiner Güllegrube stärker in der Haftung als die Atomindustrie mit ihrem Atommüll.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Deshalb bitte ich Sie: Akzeptieren Sie diesen Kuhhandel nicht. Diejenigen, die den Atommüll produzieren, müssen für die Entsorgung haften. Schützen Sie den Steuerzahler vor dieser Fehlentwicklung. Bilanzieren

Sie für jedes Kernkraftwerk die Kosten, die auf uns zukommen. Definieren Sie saubere Standards für den Rückbau und lassen Sie die Atomindustrie nicht vom Acker.

Eine letzte Vermutung ist mit Händen zu greifen, wenn man sieht, wie die Entwicklung der erneuerbaren Energien überall abgewürgt wird. Das ist doch auch eine Konzession gegenüber den Herrschaften aus der Atomwirtschaft, um ihnen damit zu sagen: Wenn ihr möglichst leise und möglichst billig gegen uns klagt, dann sorgen wir schon dafür, dass die regionale Energiewende nicht gelingt, sondern dass ihr auch morgen mit Sonne und Wind wieder die Finger im Geldbeutel der Bürger habt und im Zuge der Energiewende nicht aus dem Geschäft gedrängt werdet. Das ist eine Kompensation. Dafür wird die Energiewende torpediert. Das sieht ein Blinder mit dem Krückstock.

Eine letzte Bemerkung, meine Damen und Herren: Wenn ein Herr Oettinger auf die Frage nach Gefahren für die Gaslieferungen im Zusammenhang mit der Krise in Russland und der Ukraine nur die Antwort hat, wir müssten dann sparsamer mit der Energie umgehen, sehe ich darin zwar einen kleinen ersten Schritt, der aber nicht reicht. Wir können nicht nur Gas sparen, sondern wir müssen auf eigene Energieerzeugung setzen. Deshalb mein Appell: Kümmern Sie sich darum, dass dieser Atom Müll ordnungsgemäß abgewickelt wird, und kümmern Sie sich mindestens genauso darum, dass die erneuerbaren Energien eine faire Chance bekommen, sodass wir in absehbarer Zeit von Uranimporten genauso wenig wie von Gas- und Ölimporten abhängig sind.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Nächste Wortmeldung: Herr Kollege Stümpfig.

Martin Stümpfig (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, sehr geehrte Damen und Herren! Eine Bad Bank soll eingerichtet werden, und alle Risiken beim Rückbau und bei der Endlagerung des Atom Mülls sollen dem Staat übertragen werden. Dieser Vorschlag der Atomwirtschaft schlägt dem Fass den Boden aus. An Dreistigkeit ist er wirklich nicht mehr zu überbieten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Atomwirtschaft demonstriert wieder einmal deutlich ihr Staatsverständnis. Sie lebt nach dem Motto: Wir raffen alles an uns, was wir bekommen können; was wir nicht mehr haben wollen, schmeißen wir dem Staat vor die Füße. Beim Raffen und Einheimsen von Subventionen ist die Atomwirtschaft erste Klasse. Seit Jahrzehnten und leider bis heute nimmt man dankbar

jede offene und versteckte Subvention an. Das sind die Zigmilliarden Euro, die bis heute in die Atomforschung fließen und in der Vergangenheit ausgegeben wurden.

Die Haftpflichtversicherungsregelungen, die Herr Aiwanger schon angesprochen hat, können nie und nimmer den Umfang eines größeren Unfalls abdecken. Das sind die steuerfreien Rückstellungen, mit denen sich die Konzerne in den letzten Jahren zu Weltkonzernen mausern und sich einen ungeheuren Wettbewerbsvorteil verschaffen konnten. Schließlich sind noch die gewaltigen Sicherungskosten für die Atom Müll-Transporte quer durch Europa mit den Castoren zu nennen, die als tickende Zeitbomben quer durch das Land gekarrt werden. Diese ganzen Subventionen werden einfach eingeheimst.

Wenn es aber um das Zahlen geht, sind unsere Atomkonzerne auf einmal von der Bildfläche verschwunden. Sie werden nicht mehr gesehen. Schlimm daran ist, dass die Politik mitspielt. Die Verlagerung der unliebsamen Kosten der Atomwirtschaft hat in Deutschland und in Bayern Tradition. Der Schrottreaktor Niederaichbach wurde eben schon einmal angesprochen. Er war 18 Tage in Vollastbetrieb. Danach wurde er kurzerhand zum Forschungsprojekt umdeklariert. Damit wurden die zukünftigen Kosten dem Steuerzahler aufgebremst. Das ist aber nicht der einzige Fall. Das ist genauso in der Asse passiert. Die Asse, in der der Atom Müll jetzt mehr oder weniger schlecht gelagert wird, hat die Bundesrepublik kurzerhand zu einem Forschungsprojekt umdeklariert. Die Probearbeitungen in der Asse wurden der Bundesregierung sozusagen geschenkt. Jeder von uns würde ein solches Geschenk dankend ablehnen. Unsere Bundesregierung hat das jedoch angenommen. Somit kommen die Atom Müllproduzenten wieder einmal aus dem Schneider. Sie haben bis heute weder für die Einlagerung in der Asse noch für die anstehende Auslagerung einen einzigen Cent gezahlt. Meine Damen und Herren, das ist wirklich ein Skandal.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Was in den letzten Tagen passiert ist, kann man nur als skrupellose Erpressung bezeichnen. Man hat mit Schadensersatzklagen in Millionenhöhe gedroht. Durch die skrupellose Erpressung wird erst jetzt die Öffentlichkeit auf dieses Problem aufmerksam, das uns seit Jahren unter den Nägeln brennt. Die Rückstellungssumme in Höhe von 35,8 Milliarden Euro ist gewaltig. Das haben die Atomkonzerne natürlich nicht uneigennützig gemacht. Sie machten damit zwar einen Riesenprofit, diese Summen sind aber nicht gesichert. Das ist ein großes Problem. Das Geld liegt in

den Händen der Konzerne, die damit nach Gutdünken wirtschaften. Eine Absicherung, dass dieses Geld zum passenden Zeitpunkt für die Entsorgung wirklich zur Verfügung steht, gibt es nicht.

E.on hat das Geld verwendet, um ein Global Player, ein richtiger Weltkonzern, zu werden und sich weltweit einzukaufen. Das wurde eben schon angesprochen. Mittlerweile verfügt E.on über 1.000 Firmenbeteiligungen. Da das Ende der Atomkraft naht, ergreifen die Konzerne die Flucht nach vorne. Die Analysten haben erkannt: Das dicke Ende der Atomkraft naht. Die Entsorgung und der Rückbau der Anlagen sind weder technisch gelöst noch finanziell absehbar. Die lang verdrängten blinden Flecken der Atomkraft rücken ebenfalls in den Blickwinkel der Finanzinvestoren. Diese merken: Hoppla, das sind wirklich große Risiken, wir machen uns lieber so langsam aus dem Staub. Das darf aber nicht passieren. Wir können nicht wie bei der Bankenkrise sagen: Das Unangenehme hauen wir einfach den Steuerzahlern drauf, während sich die Konzerne gesundstoßen. Sie wollen raus aus der Hochrisikotechnologie, weg von den Problemen, und fragen den Staat: Wo bist du? Das dürfen wir ihnen nicht durchgehen lassen. Die Haftung für den Atommüll und seine geordnete Entsorgung muss ohne Wenn und Aber bei den Verursachern bleiben. Ich sage ganz deutlich: Jeglicher Erpressungsversuch muss strikt zurückgewiesen werden.

Bei dieser Gelegenheit mache ich einen kurzen Schwenk zu dem Gejammer der Konzerne. Das ist ein Jammern auf hohem Niveau. Im ersten Quartal 2014 hat E.on nur noch einen nachhaltigen Konzernüberschuss von 1,2 Milliarden Euro gemacht. Das sind 1,2 Milliarden Euro in drei Monaten. Ist das ein Grund zum Jammern? Das frage ich Sie. Heuer peilen sie einen Konzerngewinn – so war es die letzten Jahre – von ebenfalls etwa 8 Milliarden Euro an. Gleichwohl müssen wir das jahrzehntelange Problem der ungesicherten Rückstellungen heute lösen. Wie schon erwähnt, befinden sich die 35,8 Milliarden Euro in den Händen der Konzerne, die nach Gutdünken damit walten. Im Falle von Insolvenzen sind diese Summen weg.

Deswegen fordern wir mit unserem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag einen öffentlich-rechtlichen Fonds, in den diese Gelder Schritt für Schritt übertragen werden. Das soll nicht von heute auf morgen geschehen, das geht juristisch nicht. Stück für Stück ist dies aber durchaus möglich. Die grüne Landtagsfraktion hat das Konzept eines öffentlich-rechtlichen Fonds bereits im Jahre 2003, vor zehn Jahren, im Rahmen eines Fachgesprächs im Bayerischen Landtag diskutiert. Verschiedene Institute haben bestätigt:

Es ist verfassungskonform. Das sieht man deutlich, wenn man in die Schweiz blickt. Unser Nachbarland hat seit dem Jahr 2007 zwei verschiedene Fonds, einen Stilllegungsfonds und einen Entsorgungsfonds, eingerichtet. Das ist juristisch möglich. Deswegen brauchen wir das auch hier. Im Rahmen der Koalitionsverhandlungen der Bundesregierung im letzten Herbst wurde das kurz diskutiert. Leider hat man das Thema mal wieder vertagt.

Meine Damen und Herren, es ist höchste Zeit, dass wir das Geld, das in den Bilanzen der Konzerne schlummert und von den Stromkunden finanziert wurde, endlich unter öffentliche Kontrolle stellen.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Nur darum geht es. An der Haftung der Verursacher des Atommülls darf nicht gerüttelt werden. Daher unterstützen wir den Antrag der FREIEN WÄHLER aus vollem Herzen. Darüber hinaus möchten wir noch klarstellen, dass die bestehenden Rückstellungen, die jetzt in den Konzernen lagern, gesichert werden müssen. Das verlangt unser nachgezogener Dringlichkeitsantrag. Ich betone ganz klar: Die Haftung muss voll bei den Betreibern bleiben.

(Beifall bei den GRÜNEN und den FREIEN WÄHLERN)

Präsidentin Barbara Stamm: Jetzt hat Herr Kollege Dr. Hünnerkopf das Wort.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen, meine Damen und Herren! Eigentlich wollte ich mit den Gemeinsamkeiten in den Anträgen, die ich sehe, beginnen. Sehr geehrter Herr Kollege Aiwanger, der Text Ihres Antrags und die Art und Weise, wie Sie diesen vorgestellt haben, sind zwei verschiedene Sachen.

(Beifall bei der CSU)

In meinen Augen haben Sie mit Vermutungen, Befürchtungen, mit Stimmungsmache und einem Schuss Demagogie versucht, mit den Ängsten der Menschen zu arbeiten. Das finde ich schade.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Haben Sie Angst gekriegt?)

- Nein, ich habe keine Angst vor Ihnen. Ich habe auch vor den Themen, die der Antrag enthält, keine Angst.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Abgestimmt wird der Antrag, nicht der Aiwanger!)

Herr Aiwanger, die meisten Punkte sehen wir genauso wie Sie. Dass Kraftwerksbetreiber die Kosten für die Stilllegung, für den Rückbau der Kraftwerke und für die Endlagerung des Atom Mülls selbst tragen müssen, entspricht klar der Haltung der CSU-Fraktion sowie der Bayerischen Staatsregierung.

(Beifall bei der CSU)

Nach dem Verursacherprinzip stehen die Kraftwerksbetreiber, die großen Konzerne, in der Pflicht. Daran gibt es nichts zu deuteln. Das wird auch mit dem Beschluss der 80. Umweltministerkonferenz vom 7. Juni 2013 in Oberhof bekräftigt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sagen Sie das Herrn Oettinger!)

Dieser Beschluss wird von Bayern mitgetragen. Unser Umweltminister hat diese Position deutlich vertreten. Die Kosten für die Stilllegung und den Rückbau der Atomkraftwerke sowie für die Endlagerung des Atom mülls sind von den Kraftwerksbetreibern zu finanzieren. Das geht aus dem Protokoll hervor.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sagen Sie das Herrn Oettinger!)

Diese Übereinkunft entspricht der geltenden Rechtslage gemäß dem Atomgesetz. Meine Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen, aus diesem Grunde ist ein Beschluss, das erneut zu bestätigen, nicht notwendig. Daher stellt sich die Frage, wieso die Staatsregierung aufgefordert werden soll, sich für etwas einzusetzen, was geltendes Recht ist und was sie ohnehin tut.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Oh je, oh je!)

Das wäre absurd. Hier machen wir nicht mit.

Eine weitere Forderung im Antrag der FREIEN WÄHLER zielt auf eine Überprüfung der Rücklagen. Hierbei ist die Staatsregierung längst auf dem richtigen Weg. Zum Beispiel wird im zitierten Beschluss der Umweltministerkonferenz genau der Punkt aufgegriffen, in dem die Bundesregierung aufgefordert wird, sich für eine intensiviertere staatliche Prüfung der Rücklagen einzusetzen. Der Antrag der FREIEN WÄHLER ist daher aus unserer Sicht ein Schaufensterantrag und demzufolge abzulehnen. Das gilt umso mehr nach den Ausführungen von Herrn Aiwanger.

(Beifall bei der CSU)

Die GRÜNEN fordern in ihrem nachgezogenen Antrag, die Rücklagen in einen öffentlich-rechtlichen

Fonds zu überführen. Die Möglichkeit, die Rückstellungen durch einen öffentlich-rechtlichen Fonds sozusagen auf staatlicher Seite zu sichern, muss gewiss sorgfältig geprüft werden. Wie die GRÜNEN fordern, muss das insbesondere in der Hinsicht geschehen, dass dabei die Haftung für die Entsorgung des radioaktiven Mülls voll umfänglich erhalten und gesichert bleibt. Letztere Forderung unterstützen wir; darüber besteht ein Konsens.

Wir reden hier über bundesrechtliche Regelungen, die in der heterogenen Landschaft aller Kernkraftwerke in Deutschland und deren Betreibern das Beste für unser Land bewirken sollen, besonders im Hinblick auf die Haftung für die Endlagerung des radioaktiven Mülls.

Da die Zustimmung zum Antrag der GRÜNEN eine Vorfestlegung bedeuten würde und wir bislang nicht davon überzeugt sind, dass sie das Beste für unser Land wäre, lehnen wir auch diesen Antrag ab. Eine so wichtige Sache muss man auf Landes- und auf Bundesebene weiter sorgfältig prüfen. Man kann hier nicht mit Schnellschüssen agieren.

In wesentlichen Punkten herrscht Klarheit. Allerdings ist auch die Rechtslage so klar, dass wir sie hier nicht erneut bestätigen müssen, indem wir Ihren Anträgen zustimmen. Wir lehnen sie ab.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke, Herr Kollege. Herr Kollege Aiwanger hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet. Herr Kollege Aiwanger, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Herr Kollege, Sie führen aus, die Rechtslage sei ohnehin klar. Meine Frage an Sie lautet: Gehen Sie davon aus, dass die Sicherstellung dieser Rückstellungen so in Ordnung ist und dass wir keine weitere Rechtssicherheit brauchen, um diese Gelder wirklich zu sichern? Sie sagen, die 35 Milliarden Euro sind sicher, da brennt nichts an.

Dr. Otto Hünnerkopf (CSU): Es ist rechtlich sicher, dass diese Konzerne aufkommen und für diese Pflichten geradestehen müssen.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ich möchte wissen, ob die Gelder sicher sind, nicht, ob die Konzerne aufkommen müssen! Sind die Gelder sicher, so, wie sie jetzt geparkt sind?)

Die Gelder sind in diesem Grundstock, das heißt, in dem, was diese Konzerne an Werten und Vermögen

haben, sichergestellt und zu holen. Daher braucht man nicht zusätzlich - -

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Sie glauben an den Weihnachtsmann, tut mir leid!)

- In manchen Situationen glaube ich gerne an den Weihnachtsmann. Hier geht es nicht um den Weihnachtsmann, sondern um ernste Dinge.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Leider, leider!)

Daher muss ich eine solche Bemerkung nicht kommentieren.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Gut!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. Bevor ich der nächsten Rednerin das Wort erteile, möchte ich Sie davon in Kenntnis setzen, dass zu dem Antrag der FREIEN WÄHLER namentliche Abstimmung beantragt worden ist. – Als nächste Rednerin hat Frau Kollegin Natascha Kohnen von der SPD das Wort. Bitte schön, Frau Kollegin.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen, lieber Herr Hünnerkopf! Ich würde mit Herrn Aiwanger etwas gelassener umgehen. Seine Rede ist manchmal ein wenig engagierter als nötig.

Lassen Sie uns zu den tatsächlichen Inhalten der Anträge zurückkehren. Herr Hünnerkopf, dazu bemerke ich zuerst, dass ich Unsicherheit empfinde. Auch Sie stellen durchaus oft Anträge, die man eigentlich nicht bräuchte, aber zur Unterstreichung eines Anliegens eingebracht werden. Dieser Antrag von den FREIEN WÄHLERN aber enthält einige Forderungen, die man durchaus festhalten kann. Abgesehen davon teile ich die parteiübergreifend und auch auf Bundesebene von allen klipp und klar vertretene Auffassung, dass die Betreiber von Atomkraftwerken in der Haftung bleiben müssen. Ich glaube, darüber sind wir alle uns einig, darüber besteht Konsens.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Allerdings stimmt Ihre Behauptung zu den Rückstellungen, alles sei im Grundstock und verfügbar, tatsächlich nicht ganz. Nein, ich behaupte vielmehr, dass die Betreiber von Atomkraftwerken durch die Debatte, die Sie jetzt losgetreten haben, unter Umständen eine Antwort bekommen, die sie gar nicht haben wollen. Diese Rückstellungen sind in Wirklichkeit nicht verfügbar, und wir wissen nicht, welche Rückstellungen

gen für welches Atomkraftwerk detailliert vorhanden sind.

(Beifall bei der SPD und den FREIEN WÄHLERN)

Dieser Antrag der FREIEN WÄHLER tut also definitiv nicht weh, sondern er tut tatsächlich gut. Wir sollten ihn unbedingt unterstützen, und das sollten Sie in dieser namentlichen Abstimmung jetzt auch tun. Eine Grundlage soll geschaffen werden, durch die offengelegt wird, welche Rückstellungen wofür da sind. Das hat übrigens auch der Bundesrechnungshof moniert.

Der Antrag der FREIEN WÄHLER kommt im Gegensatz zum Antrag der GRÜNEN nicht zu der Kernfrage, wie wir es schaffen, dass das Geld aus den Rückstellungen tatsächlich bereitsteht. Die Idee eines öffentlich-rechtlichen Fonds kann hierbei absolut richtig sein. Herr Stümpfig, das Folgende formulieren Sie leider nicht aus, aber wir haben es kurz vorher noch besprochen. Nicht ganz klar ist, wie es rechtlich geht, dass man privatrechtlich in die Rücklagen eingreift. Wie kann man in die existierenden rund 36 Milliarden eingreifen und sie in einen Fonds überführen? Ist das rückwirkend möglich? Ist das erst in die Zukunft hin möglich? Deswegen lautet meine Bitte an die GRÜNEN, dass sie hier ihre Formulierung verändern und fordern, dass man im Bundesrat eine Überprüfung der rechtlichen Schritte hin zu einem Fonds anstößt. Wenn Sie das einfügen würden, würden wir auch Ziffer 1 des Antrags der GRÜNEN zustimmen.

Unsere Bitte an die GRÜNEN lautet – das haben Sie mir schon zugestanden, Herr Stümpfig -, dass wir zum Antrag der GRÜNEN über die Ziffern 1 bis 3 getrennt abstimmen. Eine Antwort bräuchte ich nur auf die Frage, ob Sie eventuell einer Überprüfung der rechtlichen Überführung zustimmen würden, weil ich das für wesentlich sinnvoller halte, als direkt schon das Endergebnis zu fordern. Lassen Sie sich mit uns auf die Prüfung ein! Herr Kreuzer, vielleicht kann die CSU einer Überprüfung im Hinblick auf einen Fonds zustimmen. Dann hätten wir es geschafft, uns im Konsens über die Sache zu verständigen. - Herr Stümpfig, jetzt könnten Sie sich noch zu einer Zwischenbemerkung melden und mir sagen, was Sie tun werden.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. Als Nächster hat nun Herr Staatsminister Dr. Marcel Huber das Wort. Bitte schön, Herr Staatsminister.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Aiwanger, ich könnte nun wegen

der Ausführungen zur Kontrolldichte, zu Güllegruben usw. persönlich beleidigt sein.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Es ist so!)

- Gut, wenn es so ist. Niemand regt sich darüber auf, weil man weiß, wer es gesagt hat.

(Heiterkeit und Beifall bei der CSU)

Meine sehr geehrte Damen und Herren, auch ich wollte damit beginnen, dass wir uns eigentlich über die Grundzüge ganz einig sind. Einig sind wir uns darüber, dass die Kernkraft in Bayern zu Recht zurückgebaut wird, dass wir diesen Rückbau sicher und finanziell gesichert gestalten müssen und dass wir für eine sichere und finanziell gesicherte Endlagerung des Atommülls sorgen müssen. Das Folgende betone ich, und die GRÜNEN mögen dabei vielleicht zuhören, aber es muss nicht sein: Wir halten die Lösung, die aktuell in einer Zeitschrift angedeutet worden ist, für völlig daneben. Eine Bad Bank ist blanker Unfug. Der Betreiber, der jahrzehntelang Gewinne daraus bezogen hat, muss auch für die Finanzierung der Folgelasten geradestehen. Bis dahin herrscht absolute Einigkeit.

Worin wir uns jetzt nicht ganz so einig sind, ist die Art und Weise, wie man das macht. Ich sage Ihnen abweichend von dem, was Sie hier vorgebracht haben: Ich glaube nicht, dass wir das heute entscheiden müssen. Man muss sich darüber im Klaren sein, dass es da um Milliardenbeträge geht. Das sind zig Milliarden, die hier aufzuwenden sind. Wir haben eine Rechtslage, in der das bereits postuliert ist. Zu prüfen, ob das denn sicher genug ist, ob wir uns wirklich darauf verlassen können, dass die Gelder zur Verfügung stehen, ob wir uns darauf verlassen können, dass die Richtigen diese Dinge zu bezahlen haben, ist sicherlich sinnvoll. Ich darf daran erinnern: Das ist Teil unserer Koalitionsvereinbarung, liebe Kolleginnen und Kollegen von der SPD. Das steht in unserem gemeinsamen Koalitionsvertrag im Bund. Wir erwarten, dass die Kosten für den Atommüll und den Rückbau der kerntechnischen Anlagen von den Verursachern getragen werden.

Über die Erfüllung der rechtlichen Verpflichtungen der Energieversorgungsunternehmen wird die Bundesregierung Gespräche mit diesen führen. Das passiert gerade. Heute hier im Bayerischen Landtag eine Entscheidung über die konkrete Ausgestaltung zu treffen, halte ich für verfrüht. Wir müssen uns diese Dinge mit einer angemessenen Zeit anschauen; denn sie sind beileibe nicht trivial. Solche Summen in solchen rechtlichen Verwicklungen kann man nicht einfach so im Landtag beschließen. Der richtige Weg ist, sich das im Bund in einer ministeriellen Arbeitsgruppe anzu-

schauen. Das geschieht gerade; denn die Klärung der Frage, wie wir die Finanzierung durch die Betreiber sicherstellen, haben wir uns zur Aufgabe gemacht. Das steht im Koalitionsvertrag.

Kollege Hünnerkopf hat schon darauf hingewiesen: Bezüglich der Transparenz haben wir bereits eine Entscheidung der Umweltministerkonferenz gehabt. Notfalls geht das noch über den Bundesrat. Nach dem geltenden Recht hat ein Betreiber die Dinge zu bezahlen. Auch für die Verpflichtungen der Tochtergesellschaften gibt es in Bayern entsprechende Auflagen, die wir schriftlich festgelegt haben. Im vorauseilenden Verdacht, dass etwas nicht stimmt, können wir hier jetzt keinen Beschluss fassen. Wir sollten uns die Zeit nehmen, die Dinge sauber prüfen und dann handeln. Das ist der bessere Weg. –

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, darf ich Sie unterbrechen? Frau Kollegin Kohnen hat eine Zwischenfrage angemeldet. Lassen Sie diese zu?

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Natürlich, ich will schließlich eine Lösung.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kohnen, Sie haben das Wort. Bitte schön.

Natascha Kohnen (SPD): (Von der Rednerin nicht autorisiert) Vielen Dank. – Herr Minister, ich bin bei allem dabei, was Sie ausführen. Wenn die GRÜNEN eine Umformulierung betreffend eine Prüfung eines Fonds hineinbringen würden – dagegen würde nichts sprechen –, dann wäre das doch auch für Sie, glaube ich, ein gangbarer Weg. Im Bundesrat geht es um eine rechtliche Prüfung eines Fonds. Ich glaube, Herr Bouffier hat das so formuliert. Das ist eine ganz interessante Idee. Würden Sie darauf eingehen? Ich fände es schön, wenn Bayern im Bundesrat den Anstoß zur Überprüfung einer Fondslösung geben könnte, beziehungsweise den Anstoß zusammen mit den anderen Bundesländern geben könnte. Ich glaube, Bayern würde das ganz gut anstehen, nachdem wir bundesweit über einen Großteil der AKWs verfügen. Das wäre meine Frage an Sie. Gespräche sind Gespräche. Von Frau Merkel wird übrigens bestritten, dass im Moment Gespräche stattfinden. Ich glaube, die kommen erst noch.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Die Einladung ist gerade ergangen.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Ich kann der CSU-Fraktion natürlich nicht vor-

schreiben, wie sie abzustimmen hat. Sie wollen von mir hören, was meine Position ist.

(Natascha Kohnen (SPD): Empfehlungen können Sie geben!)

Ich würde davon abraten, heute zu sagen: Ich will den Fonds.

(Beifall bei der CSU)

Ich habe aber ausdrücklich gesagt: Ich möchte die Prüfung, welche Lösung die beste ist und welcher Weg der beste zur Sicherung der Bereitstellung dieser Summen ist. Ich hätte nichts gegen eine Überprüfung.

Ich darf zusammenfassen, denn es kommt nicht mehr ganz viel Neues, außer dem Punkt, den Sie vorgebracht haben, dass man das auf das einzelne Kraftwerk herunterbrechen muss: Die Bundesregierung hat das einmal geprüft und als ungeeignet erachtet. Ich kann mir gut vorstellen, dass das in einer Gesamtschau, wie wir es schaffen, dass die Absicherung dieser Folgekosten über die Firmen tatsächlich stattfindet, dieser Bewertung zugeführt wird. Davon gehe ich aus.

In summa: Meine sehr verehrten Damen und Herren, der größte Teil der beiden Anträge bezieht sich darauf, Dinge einzufordern, die bestehendes Recht sind, oder sie nehmen eine Lösung vorweg, die ich gerne in Ruhe prüfen würde. Ich schlage vor, diese Anträge abzulehnen. Wenn es nur darum geht, die Effizienz einer Fondslösung überprüfen zu lassen, würde ich zustimmen. - Vielen Dank fürs Zuhören.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. – Bleiben Sie bitte noch am Rednerpult. Der Kollege Aiwanger hat sich zu einer Zwischenbemerkung gemeldet.

Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Herr Minister, Sie haben vorher gesagt, es sei sichergestellt, dass die Betreiber die Dinge bezahlen. Jetzt ist natürlich die Frage: Was ist das Ding? Im Landkreis Landshut wird eine öffentliche Debatte geführt, wie ein Rückbau denn aussehen würde. Wird kostenbewusst zurückgebaut und irgendwo ein Strahlungsrisiko eingegangen?

Eine Anschlussfrage – vielleicht können Sie das im Doppelpack beantworten –: Wie sieht es mit der Sicherung des bestehenden Atommüllzwischenlagers aus? Seit Fukushima wird diskutiert, eine 80 Zentimeter dicke und fünf bis zehn Meter hohe Betonmauer um dieses Werk zu errichten. Ich habe diverse Anfragen gestellt, sowohl ans Umweltministerium als auch an das Bundesamt für Strahlenschutz. Ich kam mir vor wie Buchbinder Wanninger; keiner wusste, was

der andere will. Sind Sie als der auch für den Strahlenschutz zuständige Umweltminister damit einverstanden, dass keiner weiß, was los ist?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Aiwanger, danke schön. Das war eine Zwischenfrage verkleidet als Zwischenbemerkung.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Wie auch immer!)

Bitte schön, Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Herr Präsident, habe ich Zeit, darauf Antwort zu geben? –

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bitte schön.

Staatsminister Dr. Marcel Huber (Umweltministerium): Danke. Erstens. Der Rückbau von Atomanlagen unterliegt deutschlandweit strengen Regeln. Ich verahre mich ausdrücklich gegen die Mutmaßung, man würde aus Kostengründen die Augen zudrücken und mit radioaktiven Substanzen die Wege schottern. Das ist Unfug!

(Beifall bei der CSU)

Wir prüfen diese Dinge exakt. Die Dinge, die hier abzuwickeln sind, unterliegen einer strengen Aufsicht und einem klaren rechtlichen Reglement. Wir überprüfen die Einhaltung dieser Dinge aufs Strengste. Hier so grundsätzlich zu sagen, das wird halbherzig gemacht, damit es billiger ist, ist eine Unterstellung, die ich weit von mir weise.

Zweitens. Das Bundesamt für Strahlenschutz hat diese berühmte Mauer nicht aufgrund einer akuten Gefährdung empfohlen. Das Bundesamt überlässt es ganz bewusst den Kernkraftwerksbetreibern, diese Dinge in einer bestimmten Zeit zu bauen. Sie werden gebaut. Gundremmingen ist gerade dabei. Sie werden auch am Standort Isar 1/Isar 2 nachgerüstet. Wir tun alles dafür, damit diese Dinge sicher sind, auf dem von der zuständigen Bundesbehörde vorgegebenen Standard. Zusätzliche Sicherheiten sind nicht vorgesehen. Die Möglichkeiten nach oben sind unendlich.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Staatsminister. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt. Ich beginne mit dem Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Die Fraktion hat

beantragt, über ihren Antrag auf Drucksache 17/1947 nummernweise abzustimmen.

(Widerspruch)

- Nein. Namentliche Abstimmung wurde für den Antrag der FREIEN WÄHLER beantragt.

(Widerspruch)

- Bei mir ist nur zum Antrag der FREIEN WÄHLER namentliche Abstimmung beantragt. Danach verfare ich. Mehr Information habe ich nicht.

(Zwiegespräch mit der Schriftführerin Ulrike Gote (GRÜNE))

- Das machen Sie, bitte schön, mit den Kollegen von Ihrer Fraktion aus. – Ich erfahre gerade, dass auch zum Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Ich gehe allerdings davon aus, dass nur für die Endabstimmung namentliche Abstimmung beantragt ist, weil Sie Abstimmung in mehreren Teilen verlangt haben. Ich lasse in den Einzelteilen nicht namentlich abstimmen, nur die Gesamtabstimmung erfolgt in namentlicher Form. Besteht damit Einverständnis? – Okay. Gut, dann machen wir es so.

Ich lasse daher zunächst über die einleitende Feststellung abstimmen. Wer der einleitenden Feststellung des Antrags der GRÜNEN zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, der FREIEN WÄHLER und Teile der SPD.

(Zurufe von der SPD)

Ich habe erklärt, dass wir jetzt über den Antrag der GRÜNEN abstimmen. Die GRÜNEN haben gebeten, dass über ihren Antrag in einzelnen Teilen abgestimmt wird. Wir kommen jetzt zur Abstimmung über die Einleitung dieses Antrags. So habe ich mich auch ausgedrückt, und ich wiederhole es, damit klar ist: Es geht jetzt nur um den Einleitungstext des Antrags der GRÜNEN. Ich lasse nochmal abstimmen: Wer für diesen Text ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Wer ist dagegen? – Das ist die Fraktion der CSU.

(Zuruf des Abgeordneten Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER))

- Wir sind in der Abstimmung, Herr Aiwanger, Sie haben nicht das Wort.

(Zuruf des Abgeordneten Dr. Sepp Dürr (GRÜNE))

- Herr Dr. Dürr, ich bitte Sie, die Abstimmung nicht durch irgendwelche privaten Zwischenrufe zu unterbrechen. – Ich frage jetzt noch einmal: Wer gegen die Einleitung dieses Antrags ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das ist die Fraktion der CSU. Damit ist dieser Teil des Antrags abgelehnt.

Wir kommen jetzt zum nächsten Teil dieses Antrags, und zwar zu Ziffer 1. Zu Ziffer 1 haben die GRÜNEN beantragt, die Formulierung im ersten Satz zu ändern. Ich lese diese vor, wie sie geändert lauten soll:

Der Landtag fordert die Staatsregierung auf,
1. sich im Bundesrat dafür einzusetzen, dass geprüft wird...

Ist es so richtig? – Der übrige Text bleibt gleich. Ich lasse also jetzt darüber abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind wiederum die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER, des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN und der Kollege Dr. Marcel Huber.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Wenn Sie sich beruhigt haben, fahre ich mit der Feststellung des Abstimmungsergebnisses fort. Es sind auch einige Stimmen aus der CSU-Fraktion. – Es sind sieben Stimmen.

(Lebhafter Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Trotzdem ist der Antrag nicht angenommen. Wir kommen zur namentlichen Abstimmung am Schluss.

(Unruhe)

Ich lasse jetzt über die Ziffern 2 und 3 – wie von der Fraktion der GRÜNEN beantragt – abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen.

(Zurufe: Enthaltungen haben gefehlt!)

- Es haben alle abgestimmt.

(Widerspruch bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

– Gut, dann frage ich noch zur Beruhigung der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN, wer sich enthält. Sehen Sie, Frau Kollegin.

(Zuruf von den GRÜNEN: Eine Stimme der SPD!)

- Nein, das war ein Irrtum bei der SPD.

(Lachen und Unruhe)

Frau Kollegin Stamm, ich stelle fest, es hat sich niemand der Stimme enthalten, so wie ich es am Beginn bereits gesagt habe.

(Beifall bei der CSU)

Jetzt stimmen wir über die beiden Ziffern 2 und 3 gemeinsam ab. Wer dafür ist, den bitte ich wieder um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Enthaltung? – Keine. Damit ist auch dieser Teil des Antrags abgelehnt.

Jetzt lasse ich in namentlicher Form über den gesamten Antrag abstimmen. Dann werden wir das Ergebnis sehen. Die Urnen sind an den bekannten Stellen aufgestellt. Ich gebe für die Abstimmung fünf Minuten. Die Abstimmung ist eröffnet.

(Namentliche Abstimmung von 15.56 bis 16.01 Uhr)

Verehrte Kolleginnen und Kollegen, die Zeit ist um. Ich schließe die Abstimmung und bitte Sie, die Plätze einzunehmen, damit wir zur nächsten namentlichen Abstimmung übergehen können.

Wir kommen zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Aiwanger, Streibl, Glauber und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Kosten für den Rückbau der Kernkraftwerke und die Einlagerung des Atommülls nicht auf die Allgemeinheit abwälzen" auf der Drucksache 17/1916. Auch für diesen Dringlichkeitsantrag ist namentliche Abstimmung beantragt worden. Ich eröffne die namentliche Abstimmung. Die Urnen sind an den bekannten Stellen aufgestellt. Für die Abstimmung stehen drei Minuten zur Verfügung.

(Namentliche Abstimmung von 16.02 bis 16.05 Uhr)

Die drei Minuten sind um. Ich schließe die Abstimmung. Das Ergebnis wird außerhalb des Saals ermittelt und zu gegebener Zeit mitgeteilt. Wir fahren in der Tagesordnung fort. Ich bitte Sie deshalb, Ihre Plätze einzunehmen.

Ich rufe zur gemeinsamen Beratung auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) Kriegsflüchtlinge aus Syrien unbürokratisch aufnehmen (Drs. 17/1917)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u. a. und Fraktion (SPD) Flüchtlinge aus Syrien sofort und unbürokratisch aufnehmen (Drs. 17/1948)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER) Aufnahmeprogramme für syrische Kriegsflüchtlinge auflegen - schnellere und unbürokratische Bearbeitung der Fälle durch Aufstockung des Personals (Drs. 17/1949)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Die erste Rednerin ist Frau Kollegin Kamm vom BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön, Frau Kollegin, Sie haben das Wort.

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Syrien befindet sich bereits im dritten Jahr eines verheerenden und furchtbaren Bürgerkriegs. Viele bayerische Bürgerinnen und Bürger haben Verwandte in Syrien und sind verzweifelt. Sie wissen nicht, wie sie ihre nächsten Verwandten aus der Lebensgefahr und dem Kriegsgebiet retten können. Sie leben in einem Albtraum, in Sorge um ihre nächsten Verwandten. Die Schreckensmeldungen enden nicht.

Mehr als 150.000 Menschen sind in diesem Krieg bereits ums Leben gekommen. Über sieben Millionen Menschen sind auf der Flucht. Das Rote Kreuz sagt, dass jede Minute eine weitere Familie aus ihrer Wohnung, aus ihrer Umgebung fliehen muss. Das Drama scheint kein Ende zu nehmen.

Gerade eben 3 % der über sieben Millionen Menschen, die derzeit schon aus Syrien geflohen sind, sind nach Europa geflohen. Alle anderen sind in den Nachbarländern, um die 800.000 sind es in der Türkei. Millionen sind im Libanon, einem Land, das an der Situation zugrunde zu gehen droht. Ich glaube, Europa muss mehr leisten, und Europa kann mehr leisten. Europa muss schnell und unbürokratisch helfen. Diesem Ziel dient unser Antrag.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Wir haben am 31.03. in einem Zwischenbericht gehört, dass in Bayern von den 1.520 zugesagten Kontingentflüchtlingen, die im Rahmen des Kontingentprogramms nach Bayern kommen sollen, bisher genau 437 hier angekommen sind. Wir haben es kritisiert, und wir werden es weiterhin kritisieren, dass sich die Verwaltung jedes Mal überrascht gibt, dass

Flüchtlinge kommen, obwohl wir dieses Kontingent zugesagt haben. Sie wissen dann nicht, wohin mit diesen Menschen, obwohl wir seit Monaten fordern, Übergangswohnungen zu errichten. Die Flüchtlinge werden dann schnell, holterdiepolter, in Gemeinschaftsunterkünften für Asylbewerber gesteckt, obwohl diese Unterkünfte dringend für Asylbewerber gebraucht werden.

Wir wollen erreichen, dass statt langwieriger Verfahren unbürokratisch gehandelt wird. Das ist dringend. Eine Möglichkeit wäre die Aufnahme in Ad-hoc-Maßnahmen. Wir könnten den Menschen im Rahmen von Ad-hoc-Maßnahmen die Einreise gestatten. Statt starrer Obergrenzen- und Kontingentregelungen müsste eigentlich in jedem Einzelfall, beispielsweise wenn in Bayern ein Antrag auf Familiennachzug gestellt wird, die Möglichkeit eröffnet werden, die Flüchtlinge nach Deutschland zu holen. Dies wäre über eine großzügigere Auslegung des Aufenthaltsgesetzes möglich. Damit könnten die hohen bürokratischen Hürden schnell vereinfacht werden.

Wir wollen weiter, dass die Ausländerbehörden angewiesen werden, unbürokratisch zu handeln. Es sollten nicht übermäßig viele Formulare und Beglaubigungen gefordert werden, die aufgrund der Kriegssituation ohnehin nicht mehr beigebracht werden können. Wir wollen vor allen Dingen auch, dass die Bürgerinnen und Bürger in Bayern, die Anträge auf Familiennachzug gestellt haben, möglichst schnell Bescheid bekommen, ob ihre Anträge überhaupt an das Amt weitergeleitet wurden und was weiterhin passiert. Wir wollen, dass Bayern mehr tut und mehr Flüchtlinge aufnimmt als die bisher zugesagten 1.520. Wir wollen ein bayerisches Landesaufnahmeprogramm und eine Aufstockung des Aufnahmeprogramms auf Bundesebene. Wir wollen vor allen Dingen, dass schneller gearbeitet wird und Bescheide schneller erteilt werden.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es geht nicht an, dass Flüchtlinge Wochen nach Einreichung ihrer Anträge noch immer keine Antwort haben und nicht wissen, ob ihre Mail angekommen ist und ob ihr Antrag überhaupt weiterbearbeitet wird. Es geht auch nicht an, dass unsere deutschen Botschaften so ausgestattet sind, dass Termine auf dem Schwarzmarkt gegen horrenden Summen gehandelt werden. Unsere Botschaften, zumindest diejenige in Beirut, müssen schnellstmöglich sachgerecht arbeiten können, um Visabescheide ausstellen zu können. Wir dürfen nicht zulassen, dass Botschaften nicht mehr funktionieren und Termine nur noch gegen Bestechung auf dem Schwarzmarkt vergeben werden.

Auch auf bayerischer Ebene ist viel zu tun. Wir stehen dazu: Wir nehmen Flüchtlinge auf und müssen die entsprechende Vorsorge treffen, Einrichtungen zur Aufnahme schaffen und die Kontingente erhöhen. – Entschuldigung, das stört mich jetzt doch, dass in der ersten Reihe sehr intensiv diskutiert wird.

(Glocke des Präsidenten)

Dies gilt gerade bei diesem Thema. Wir bitten Sie, die Bemühungen auf Bundesebene zur Erhöhung des Bundesaufnahmekontingents zu unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

In diesem Sinne bitten wir um Unterstützung für diesen Antrag und bitten Sie, auch die Anträge der SPD und der FREIEN WÄHLER, die in dieselbe Richtung gehen, zu unterstützen.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD und der FREIEN WÄHLER)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. Als Nächste hat Frau Kollegin Angelika Weikert von der SPD das Wort. Bitte schön.

Angelika Weikert (SPD): Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Ich mache gleich da weiter, wo Frau Kollegin Kamm aufgehört hat. Wir sind uns in der Zielsetzung einig. Kolleginnen und Kollegen, ich will noch ein paar Zahlen nennen, um ein bisschen die Dimension dessen einzufangen, was sich in Syrien abspielt. Es ist eine humanitäre Katastrophe, die wir uns in unserem friedlichen Bayern nicht einmal annähernd vorstellen können. Es gibt 6,5 Millionen Binnenflüchtlinge innerhalb des Landes. 9,3 Millionen Menschen sind auf humanitäre Hilfe angewiesen. Frau Kamm hat bereits darauf hingewiesen. In den Anrainerstaaten, zum Beispiel im Libanon, gibt es einen Bevölkerungszuwachs von 25 %, weil dieses Land Flüchtlingsströmen ausgesetzt ist. Das muss man sich einmal vorstellen: einen Bevölkerungszuwachs von 25 %. Der total instabile Nordirak hat 200.000 Flüchtlinge, Jordanien 600.000 Flüchtlinge, die Türkei 700.000 Flüchtlinge, Ägypten über 130.000 Flüchtlinge. Das zeigt, dass die Anrainerstaaten die höchsten Lasten zu tragen haben. Bei all diesen Staaten kann man nicht davon reden, dass sie innere Stabilität haben.

Um was geht es jetzt? Was müssen wir tun? - Klar ist, dass Europa hier letztlich in der Verpflichtung steht und dass es um eine abgestimmte europäische Hilfe geht. Das ist vollkommen klar und richtig. Frau Kamm, ich werde gleich auf Ihren Antrag mit den vielen Spiegelstrichen eingehen. Viele der Punkte, die Sie in Ihrem Antrag erwähnt haben, wurden letzte Woche im Deutschen Bundestag aufgrund eines Antrags der

CDU/CSU und der SPD – da bitte ich Sie jetzt zuzuhören, Kolleginnen und Kollegen von der CSU – so abgestimmt. Genau diese Vorgaben stehen in Ihrem Antrag, der letzte Woche im Deutschen Bundestag aufgrund der Antragstellung der Großen Koalition mit den Stimmen der Großen Koalition abgestimmt wurde. Jetzt geht es noch einmal direkt nach Bayern. Bayern ist das einzige Bundesland, das kein eigenes Aufnahmeprogramm hat, zumindest nicht nach unseren derzeitigen Informationen auf dem Stand von heute Nachmittag um viertel nach vier.

(Christine Kamm (GRÜNE): Das ist so!)

Bayern ist das einzige Land. Wir stellen uns ein Aufnahmeprogramm vor. Alle anderen 15 Bundesländer regeln die Kriterien für die Aufnahme. Frau Kamm, in dem Aufnahmeprogramm wären viele Ihrer Punkte letztlich zu regeln. Das Ziel muss sein, Menschen möglichst schnell und unbürokratisch aufzunehmen, vor allem Menschen, die hier in Bayern Verwandte haben und bei denen im Prinzip die Sicherheit, dass der Freistaat Bayern keinen Euro zahlen muss, durch die Verwandten gegeben ist. Dass das nicht passiert, kann ich überhaupt nicht nachvollziehen und verstehen.

(Beifall bei der SPD)

Herr Herrmann, unsere Bürgerbüros, nicht nur die der SPD-Fraktion, sondern – davon gehe ich aus -, auch die Ihrer Kollegen werden täglich mit Mails konfrontiert, in denen Verwandte genau das schildern und sagen, wir haben vor Monaten den Antrag gestellt, und es gibt keine Zusage. Und reden Sie sich bitte nicht damit heraus, dass das Bundesamt zuständig ist; denn in einer Aufnahmeleitlinie der Innenminister, der auch Sie zugestimmt haben, steht eindeutig: Das Visum wird erst erteilt, wenn die zuständige Ausländerbehörde vor Ort ihre Zustimmung dazu gibt, dass die Menschen nach Deutschland einreisen können. Ich kann Ihnen dieses Merkblatt vorlesen, Herr Herrmann, und deswegen gibt es kein Abschieben. Bayern steht in der Pflicht, dies letztlich einzuleiten.

Ich kann nur Folgendes sagen, Kolleginnen und Kollegen: Wir haben unseren Antrag extra kurz gehalten, damit Sie heute zustimmen können; denn den gleichen Inhalt haben Ihre Kollegen letzte Woche im Deutschen Bundestag so beschlossen. Das ist heute der dritte Anlauf, bei dem wir eigentlich gleiche Inhalte haben und um Ihre Zustimmung werben. Vorhin ist es schon einmal halb gelungen. Da hat zumindest ein Drittel der CSU-Fraktion für den Antrag der GRÜNEN gestimmt. Jetzt bitte ich Sie wirklich, sich das anzuschauen. Was wir fordern, ist nichts anderes als das, was alle anderen 15 Bundesländer bereits tun, was

vonseiten des Bundesinnenministers ganz klar empfohlen wird und als Aufgabe des Landes Bayern zu verstehen ist.

(Beifall bei der SPD und Abgeordneten der GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Frau Kollegin. Als Nächster hat Herr Kollege Dr. Hans Jürgen Fahn von den FREIEN WÄHLERN das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Dass das auch die Koalition beschlossen hat, wie Frau Weikert gerade gesagt hat, wusste ich bisher nicht. Das hängt wahrscheinlich damit zusammen, dass wir FREIEN WÄHLER nicht im Bundestag vertreten sind. Ich fand das ganz interessant.

Wir unterstützen den Antrag der SPD, weil er kurz ist und im Prinzip das beinhaltet, was auch wir wollen. Ein paar Zahlen zu Syrien. 9.500 Menschen pro Tag verlassen dort ihr Zuhause wegen Gewalttaten. Syrien hat weltweit die höchste Zahl von Vertriebenen im eigenen Land. Im letzten Jahr waren weltweit 33 Millionen Menschen auf der Flucht. Wie schon gesagt, sind derzeit weit mehr als 6,5 Millionen Syrer Binnenflüchtlinge, und 2,5 Millionen fliehen in andere Staaten.

Wir haben das Thema Syrien hier im Landtag schon öfter behandelt. Das begann 2011, und zum letzten Mal war es am 25. Februar 2014 der Fall. Da wurde ein ähnlicher Antrag behandelt. Deutschland hatte im März 2013 ein erstes Kontingent von 5.000 Plätzen für syrische Flüchtlinge beschlossen. Die Aufnahmeverfahren sind und waren so bürokratisch, dass die letzten Flüchtlinge aus diesem Kontingent erst in diesen Tagen einreisen konnten. Wenn das so lange dauert – fast ein Jahr -, stimmt etwas nicht. Das ist viel zu bürokratisch, da muss sich etwas ändern.

Es gab ein zweites humanitäres Kontingent von wiederum 5.000 Plätzen; es wurde im Dezember 2013 beschlossen. Bis Ende Februar 2014 konnten in Deutschland lebende Syrer einen Nachzug ihrer Verwandten beantragen. Inzwischen sind insgesamt 76.000 Anträge eingegangen. Dieses Kontingent musste auch einen Bezug zu Deutschland haben. Das heißt, hier lebende Verwandte sollten sich an den Aufnahmekosten beteiligen. Bisher wurde etwa der Hälfte der Anträge stattgegeben, und die 1.000 Aufnahmebescheide für die Visa-Verfahren wurden an die deutschen Botschaften verschickt. Eingereist sind aber nur einige Hundert. Das zeigt deutlich, dass auch hier etwas schiefgelaufen ist; das hätte viel schneller gehen müssen.

Bayern ist oft sehr restriktiv. Zum Beispiel gab es die Anweisung des Innenministeriums, dass nur die Anträge finanziell gut gestellter Syrer an das Bundesamt weitergeleitet werden dürfen. Diese etwas restriktive Anordnung braucht es aber nicht zu geben. Zum Beispiel bedarf es dieser Einschränkung eigentlich nicht, wenn humanitäre Schutzbedürfnisse gegeben sind. Derzeit wird in Berlin in der Koalition verhandelt, ob ein Aufnahmepaket mit weiteren 10.000 Flüchtlingen aufgelegt wird. Das soll aber erst im Juni entschieden werden.

Wir FREIEN WÄHLER wollen, dass die Lastenverteilung innerhalb der Bundesländer gerecht ist. Das heißt gleichzeitig, dass Bayern genauso seinen Teil leisten muss wie alle anderen Bundesländer. Bayern darf nicht zusätzliche Hürden aufbauen.

Viele Punkte im Antrag der GRÜNEN sind richtig; wir wollen das Gleiche, zum Beispiel ein bayerisches Aufnahmeprogramm für Kriegsflüchtlinge. In 15 Bundesländern gibt es ein solches Programm, in Bayern nicht. Vielleicht können Sie, Herr Innenminister, falls Sie noch sprechen werden, einmal erklären, warum wir in Bayern keines haben oder warum Sie keines haben wollen.

Ein mündlicher und schriftlicher Bericht über die bisherige Aufnahmepraxis in Bayern ist sicher sinnvoll und wichtig. Es ist auch gut, dass die Flüchtlinge, die über ihre Verwandten in Bayern einen Antrag gestellt haben – Ziffer 6 des Antrags –, möglichst bald hierher reisen dürfen. Es ist richtig, dass bei staatenlosen Personen – Ziffer 2 des Antrags – deren Angaben übernommen werden; denn bei ihnen besteht das Problem, dass sie mindestens drei Jahre in Syrien gelebt haben müssen, es aber gerade in der aktuellen Situation manchmal schwierig ist, diesen Nachweis zu erbringen.

Wir wollen auch eine bessere personelle Ausstattung. Im Antrag der GRÜNEN steht etwas von Personalorganisation. Ich weiß nicht, was damit konkret gemeint ist. Wir meinen, eine Aufstockung des Personals ist wichtig, damit die Anträge schneller und zeitnäher bearbeitet werden. Ich glaube, dieses Problem ist immer noch nicht richtig gelöst. Vor einigen Monaten hieß es, dass bisher neue Stellen nur aus dem Überhang der Bundeswehr besetzt werden dürften. Für das Jahr 2014 ist an 129 Stellen im Bundeshaushalt gedacht. Im letzten Jahr gab es aber 100.000 Asylanträge, die von nur 300 Angestellten bearbeitet wurden.

Jetzt geht es darum, dass das vorhandene Kontingent von 10.000 Flüchtlingen und das im Juni geplante weitere Kontingent mit 10.000 Flüchtlingen zeitnah und unbürokratisch abgearbeitet werden. Erst danach

kann über eine weitere Erhöhung des Kontingents verhandelt werden. Deswegen haben wir Probleme mit der Ziffer 8; denn da steht, dass wir schon wieder weitere Flüchtlinge aufnehmen sollen. Wir von den FREIEN WÄHLERN sagen: Erst einmal müssen die bestehenden Kontingente aufgefüllt werden – das ist bisher nämlich nicht erreicht worden –, und dann können wir schauen, ob weitere Flüchtlinge aufgenommen werden. Hier ist vornehmlich die Bundesregierung gefordert. Wir können deshalb zumindest derzeit auch Ziffer 8 nicht zustimmen, wo etwas von der Bereitstellung von Wohnungen steht. Das ist natürlich grundsätzlich wichtig und richtig. Auf der anderen Seite ist die Bereitstellung von Wohnungen eine Aufgabe der Kommunen.

Ob wir das in Ziffer 10 Geforderte erreichen können, nämlich dass die Konsulate in den Anrainerstaaten Syriens personell besser ausgestattet werden, ist fraglich. Das ist grundsätzlich deren Sache. Es ist richtig, dass Termine in der deutschen Botschaft zeitnah vereinbart werden sollen. Wir können aber nicht feststellen, dass das immer mit Korruption zu tun hat, wie es im Antrag der GRÜNEN heißt.

Der Antrag der GRÜNEN enthält sehr viele wichtige und richtige Punkte. Aber einigen Punkten können wir leider nicht zustimmen. Wir werden uns deshalb beim Antrag der GRÜNEN der Stimme enthalten. Dem Antrag der SPD werden wir zustimmen, und wir sind gespannt, ob die CSU dies auch tut, wie das in der Großen Koalition in Berlin vor Kurzem geschehen ist.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. Bevor ich dem nächsten Redner das Wort gebe, teile ich Ihnen mit, dass zum Dringlichkeitsantrag der SPD auf Drucksache 17/1948 von der SPD-Fraktion namentliche Abstimmung beantragt worden ist. Jetzt hat der Kollege Karl Straub von der CSU das Wort. Bitte schön, Herr Kollege.

Karl Straub (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Mit Ihren Ausführungen soll wohl der Anschein erweckt werden, als kämen Deutschland und Bayern ihren humanitären Pflichten gegenüber den syrischen Flüchtlingen nicht nach. Wir sollten aber nicht vergessen, dass Deutschland sowohl zu den größten Geberländern vor Ort zählt als auch innerhalb Europas zusammen mit Schweden die meisten Flüchtlinge aufgenommen hat und weiterhin aufnehmen wird. Ich glaube, das darf man einmal dick unterstreichen.

Allein in den ersten drei Monaten von Januar bis März waren es über 5.000 hilfsbedürftige Menschen. Darüber hinaus haben wir seit 2012 finanzielle Hilfe von

mehr als 500 Millionen geleistet. Auf der Geberkonferenz in Katar 2014 hat Deutschland weitere 110 Millionen Dollar zugesagt.

In einem sind wir uns einig. Die schreckliche Situation in Syrien und die schwierige Lage der in die Anrainerstaaten geflohenen Menschen machen uns alle tief betroffen. Wir sind uns alle einig, dass den in Not geratenen Menschen nach Kräften geholfen werden muss. Das ist ein Gebot der Menschlichkeit und der christlichen Nächstenliebe.

Ich darf aber auch darauf hinweisen, dass die Hilfe für die Flüchtlinge nicht allein in den Händen Deutschlands und Bayerns liegen kann. Viele Ihrer Forderungen lassen aber genau das vermuten. Liebe Kolleginnen und Kollegen von den GRÜNEN, Sie haben in den letzten Monaten viele Anträge zur Asyl- und Flüchtlingspolitik gestellt. Zusammenfassend kann man sagen: Sie wollen einen unkontrollierten, zahlenmäßig unbegrenzten Zugang durchsetzen. Wir sagen deutlich: Ja, wir wollen helfen; nein, wir können das nicht alleine tun. Das ist eine gesamteuropäische, ja weltweite Aufgabe.

Der Deutsche Bundestag hat sich am 7. Mai 2014 mit den Fraktionen der CDU/CSU und der SPD für eine Fortsetzung der vielfältigen Unterstützung für syrische Bürgerkriegsflüchtlinge ausgesprochen. Das haben Sie erwähnt, Frau Weikert. Aber eines muss man sagen – vieles haben Sie gesagt –: Zum Ersten müsste der Antrag konkreter sein – wenn man ihm überhaupt jemals zustimmen könnte –, und zum Zweiten liegt vieles in Bundeszuständigkeit.

In fünf Minuten Redezeit ist es natürlich sehr schwierig, auf alle Ihre Forderungen einzugehen, deshalb greife ich nur einige Punkte heraus. Sie fordern ein bayerisches Landesaufnahmeprogramm für syrische Flüchtlinge. Hierzu sagen wir: Das zweite Bundesaufnahmeprogramm hat sich als wesentlich praktikabler erwiesen, da es von den Voraussetzungen her einfacher zu erfüllen ist. Ich nenne hierzu nur die Tatsache, dass in den allermeisten Landesprogrammen volle Unterhaltspflicht Voraussetzung ist. Die Zahlen der Landesprogramme beweisen das.

Die Aufnahme der syrischen Flüchtlinge über die Landesprogramme der anderen Bundesländer verläuft sehr, sehr schleppend. Auch führt die parallele Abwicklung von Bundes- und Landesaufnahmeprogrammen mit unterschiedlichen Voraussetzungen und Aufnahmebedingungen in den anderen Ländern zu großen Schwierigkeiten bei der Abwicklung. Die abwartende Position Bayerns hat sich als richtig erwiesen. Es werden seitens des BAMF 300 zusätzliche Stellen geschaffen, um die Bearbeitung wesentlich zu

beschleunigen. Auch wurde in den Botschaften vieles getan, um die Ausstellung von Visa zu beschleunigen.

Ihre Forderung, liebe Frau Kamm, die Ausländerbehörden anzuweisen, Angaben von Flüchtlingen zu übernehmen und keine Papiere der Botschaft zu fordern, widerspricht der Vorzugsbehandlung von syrischen Bürgerkriegsflüchtlingen, die Kapazitäten tatsächlich nur für Betroffene vorzuhalten. Eine Kontrolle ist daher absolut unerlässlich. Ihr Vorschlag, die syrischen Flüchtlinge in Übergangswohnungen – so steht es in Ihrem Antrag –, wahrscheinlich unbetreut, aufzunehmen, verschlechtert die Situation der Flüchtlinge sogar.

(Christine Kamm (GRÜNE): Ach wo!)

Wir sind dafür, die Menschen in bewährten Einrichtungen mit entsprechender Infrastruktur und entsprechendem Personal unterzubringen.

Zu Ihren Forderungen in Ziffer 6 und 7 habe ich bereits erwähnt, dass das Auswärtige Amt hier bereits massive Anstrengungen unternimmt, um die Kapazitäten sowohl im BAMF als auch in der Botschaft in Beirut auszuweiten. Bereits in den 18 Monaten bis 2014 hat man die Zahl der erteilten Visa von 6.500 auf 13.000 verdoppeln können.

Ihre Forderung, sich auf Bundesebene für eine Erhöhung des Bundeskontingents zur Aufnahme von Kriegsflüchtlingen einzusetzen, geht vollkommen ins Leere. Bayern hat sich immer dafür ausgesprochen, zusätzliche Bürgerkriegsflüchtlinge aufzunehmen, wenn die Bundeskontingente erschöpft sind. Die Innenministerkonferenz wird sich in Kürze mit der Ausweitung der Aufnahmeprogramme befassen. Hier ist es aber absolut sinnvoll und die Haltung Bayerns richtig, dies über das Bundesaufnahmeprogramm zu gestalten, da hier die bereits jetzt vorliegenden Anträge von in Deutschland lebenden syrischen Familienangehörigen abgearbeitet werden können.

Abschließend möchte ich an Sie appellieren, konstruktiv an der Hilfe für syrische Bürgerkriegsflüchtlinge mitzuarbeiten. Eine absolut unkontrollierte Aufnahme von hilfsbedürftigen Menschen würde sogar ein reiches Land wie Deutschland überfordern und genau das Gegenteil dessen bewirken, was wir uns alle wünschen: den Menschen echte Hilfe vor Ort sowie in Deutschland zu leisten. Aber, wie gesagt, Bayern und Deutschland können nicht alle Probleme allein lösen, sondern sind auf die Solidarität aller Länder angewiesen. Deshalb können wir keinem der drei Anträge zustimmen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön, Herr Kollege. – Als Nächster hat nun Herr Staatsminister Joachim Herrmann das Wort. Bitte schön.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Herr Präsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Die schreckliche Situation in Syrien und die schwierige Lage der in die Anrainerstaaten geflohenen Menschen macht uns sicherlich alle betroffen. Wir sind uns alle einig, dass den in Not geratenen Menschen nach Kräften geholfen werden muss. Dies ist ein Gebot der Menschlichkeit und auch der christlichen Nächstenliebe.

Deutschland ist zurzeit in Europa Vorreiter beim Schutz syrischer Flüchtlinge. Wir zählen, was die humanitäre Hilfe betrifft, zu den größten Geberländern. In den letzten zwei Jahren hat Deutschland insgesamt 514 Millionen Euro bereitgestellt. Der Großteil des Geldes fließt in humanitäre Projekte deutscher und internationaler Nicht-Regierungsorganisationen. Der Deutsche Bundestag hat sich vor einer Woche für eine Fortsetzung dieser Unterstützung ausgesprochen.

Deutschland nimmt aber auch in Europa gemeinsam mit Schweden die meisten syrischen Flüchtlinge auf. In den letzten 15 Monaten wurden rund 17.000 Syrer im Asylverfahren in Deutschland aufgenommen. Daneben haben wir uns im Kreis der Innenminister darauf verständigt, 10.000 syrischen Flüchtlingen im Rahmen von zwei humanitären Bundesprogrammen Schutz zu gewähren. Von den daraus auf Bayern entfallenden 1.520 Menschen sind bis gestern 460 angekommen. Laut Auskunft des Bundesinnenministeriums sollen heute die letzten Flüchtlinge aus dem ersten der beiden Bundeskontingente über Friedland einreisen. Wir können also damit rechnen, dass auch in Bayern damit nun der Anteil aus dem ersten Programm – das wären 760 Personen – voll erfüllt wird.

Für das zweite Bundesprogramm haben die bayerischen Ausländerbehörden etwa 7.000 Aufnahmevorschläge entgegengenommen und alle an das Bundesamt weitergeleitet. Es gab keinen Antrag, den wir nicht weitergeleitet hätten. Dieses zweite Programm richtet sich vorrangig an Verwandte von in Deutschland lebenden Syrern. Dies entspricht auch unserem Vorschlag. Nach den Vorgaben der Bundesanordnung sollen dabei vorrangig Flüchtlinge Aufnahme finden, für die hier lebende Verwandte oder Dritte den Lebensunterhalt übernehmen oder zumindest einen Teil dazu beitragen.

Sicherlich wünsche auch ich mir, dass die Verfahren schneller vonstattengehen würden. Die Forderungen,

die insbesondere vonseiten der GRÜNEN gestellt werden, gehen jedoch vielfach an der Realität vorbei; denn für staatenlose Personen gibt es eine klare Regelung in der Aufnahmeordnung, und schon seit Langem wird keinem Syrer mehr zugemutet, zur Erfüllung der Passpflicht bei der syrischen Botschaft vorzusprechen. Gegebenenfalls wird von der Ausländerbehörde ein Ausweisersatz ausgestellt.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, lassen Sie eine Zwischenfrage der Kollegin Weikert zu?

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Gerne.

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Bitte schön, Frau Kollegin.

Angelika Weikert (SPD): Herr Staatsminister, ich frage Sie: Was heißt "weitergeleitet an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge" konkret? Das Verfahren ist doch folgendermaßen: Eine syrische Familie, die hier in Bayern wohnt, möchte einen Verwandten aus Syrien oder aus Anrainerstaaten zu sich nach Deutschland holen, stellt diesen Antrag, und Sie leiten ihn an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge weiter.

Gleichzeitig hat aber das Land Bayern bzw. haben die Ausländerbehörden die Verpflichtung – das habe ich vorhin in meinem Redebeitrag gesagt –, dass das Visum in dem Anrainerstaat oder in der Deutschen Botschaft – wo auch immer die Flüchtlinge hinkommen – nur dann erteilt wird, wenn es eine Zustimmung der zuständigen Ausländerbehörde gibt. Also, eine Behörde aus Nürnberg braucht eine Zustimmung der Ausländerbehörde in Nürnberg, und eine Familie in München braucht diese aus München. Deshalb hat Ihr Innenministerium die Anträge nicht nur weiterzuleiten, sondern schlicht und einfach zu bearbeiten, damit das Ganze schneller geht.

(Beifall bei der SPD)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Danke schön. – Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Nach meiner Kenntnis ist dem Bundesamt zu allen von uns vorgelegten Anträgen unsererseits die Zustimmung erteilt worden. Das heißt, sobald das Bundesamt seinerseits die Auswahlentscheidung getroffen hat, kann es selbst unmittelbar der jeweils betroffenen Botschaft diese Vorab-Zustimmung übermitteln. Es ist keine gesonderte Zustimmung durch eine Ausländerbehörde Bayerns mehr erforderlich.

(Angelika Weikert (SPD): Kann ich noch eine Zusatzfrage stellen?)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Nach der Geschäftsordnung nicht, aber wenn es der Wahrheitsfindung dient, bitte schön.

Angelika Weikert (SPD): - Genau. Ich glaube, wir wollen letztlich alle, dass wir zu einer Lösung in der Frage kommen, die Herr Staatsminister Huber beim vorhergehenden Thema ebenfalls nannte. Vielleicht nähern wir uns ja doch an.

Die konkrete Frage lautet: Haben die zuständigen Ausländerbehörden bei 7.000 Anträgen jeweils ihr Okay gegeben, einen Haken dahintergesetzt: Ja, die Verwandten dürfen einreisen?

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Herr Staatsminister, Sie haben das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): So habe ich die bisherigen Mitteilungen an mich verstanden. Falls es dabei Unklarheiten gibt, gehe ich aber, liebe Frau Kollegin, dieser Frage gerne noch einmal nach.

(Angelika Weikert (SPD): Ich bitte darum!)

Die bisherigen Berichte, die wir dazu vorgelegt haben, haben mich bislang veranlasst, es so zu verstehen, dass für alle bereits die Zustimmung erteilt ist. Ich gehe dem aber noch einmal nach und werde Ihnen dann auch persönlich, Frau Kollegin, Antwort geben.

(Angelika Weikert (SPD): Danke!)

Wir haben – lassen Sie mich daran gleich anschließen – in der Tat auf das Aufnahmeverfahren vonseiten des Freistaates ansonsten keinen direkten Einfluss. Ich weiß aber, dass das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge und das Auswärtige Amt schon größtmögliche Anstrengungen unternehmen, um die Verfahren zügig abzuwickeln.

Ich habe deshalb keine Veranlassung, diesen Behörden Versäumnisse vorzuwerfen. Aber ich begrüße es natürlich sehr, dass der Bundesinnenminister jetzt insgesamt 300 zusätzliche Stellen für das BAMF zur Verfügung stellt bzw. die Bundesregierung dies insgesamt beschlossen hat. Das ist sowohl für diese Verfahren als auch für die Asylverfahren dringend notwendig. Wir haben uns dafür in den letzten beiden Jahren von bayerischer Seite aus nachhaltig eingesetzt. Dass die Mitarbeiter, vor allem der Botschaft in Beirut, unter schwierigsten Bedingungen arbeiten, ist für uns alle nachvollziehbar.

Im Übrigen hat das Bayerische Innenministerium allen Ausländerbehörden längst ein umfassendes Merkblatt für die Angehörigen zur Verfügung gestellt. Darin ist klar geregelt, dass, sobald das Bundesamt einen Aufnahmevorschlag ausgewählt hat, die Ausländerbehörden die Angehörigen darüber informieren sollen. Sie tun das auch. Aber es ist klar: Bis zu dem Zeitpunkt, zu dem das Bundesamt diese Entscheidungen getroffen hat, können wir den Angehörigen nichts sagen.

Die hohe Zahl der Aufnahmeanträge, die wir in Bayern – in den meisten Fällen mit Kostenübernahmeerklärungen – bekommen haben, zeigt, dass wir nicht kurzfristig alle Wünsche der bei uns lebenden Syrer nach Aufnahme ihrer Verwandten erfüllen können. Aber wir werden uns heute in genau vier Wochen auf der nächsten Innenministerkonferenz in Bonn mit diesem Thema noch einmal ausführlich beschäftigen. Schon jetzt mache ich deutlich: Ich werde mich für eine Ausweitung des Bundesprogramms einsetzen, weil ich ein bundeseinheitliches Vorgehen für richtig halte. Aber wir werden dort sicherlich auch über das weitere Vorgehen mit Landesaufnahmeprogrammen sprechen.

Klar ist, dass wir alle gemeinsam die schwierige Situation der Bürgerkriegsflüchtlinge aus Syrien weiterhin mit einem guten, ordentlichen deutschen Beitrag verbessern wollen. Das Hauptziel besteht natürlich darin, den Bürgerkrieg in Syrien zu beenden. Aber das steht nicht in unserer unmittelbaren Macht. Unser Auftrag ist, jetzt den Flüchtlingen zu helfen.

Bayern steht zu diesem humanitären Flüchtlingsschutz. Was Deutschland durch humanitäre Hilfe vor Ort und auch durch Aufnahme syrischer Flüchtlinge leistet, ist innerhalb Europas durchaus beispielhaft. Wir werden diese Hilfe konsequent gemeinsam und im guten Zusammenwirken mit den anderen Bundesländern sowie der Bundesregierung voranzubringen versuchen.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Es hat sich noch einmal Frau Kollegin Kamm zu Wort gemeldet. Es besteht noch ein Guthaben an Redezeit.

Christine Kamm (GRÜNE): Herr Präsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Herr Innenminister, es bleibt natürlich eine Frage offen: Was passiert mit denjenigen, die nicht in der Lage waren, die erforderlichen Bürgerschaftserklärungen zu unterschreiben? Sie haben zwar gesagt, dass insbesondere die Anträge derjenigen Bürgerinnen und Bürger weitergeleitet worden sind, die die Verpflichtungserklärungen abgegeben haben, aber es gibt auch solche, die dazu nicht in der Lage waren und eine extreme Sorge in Bezug auf

ihre Verwandten haben. Vielleicht können Sie dazu noch etwas sagen.

Ich habe noch eine Bemerkung zu Herrn Kollegen Straub zu machen. Er hat zum einen darauf verwiesen, dass die BAMF-Stellen aufgestockt wurden, und gesagt, dass es damit okay sei. Aber ich finde es nicht in Ordnung, wenn Bürgerinnen und Bürger Anträge stellen und Wochen oder sogar zwei Monate nach Stellung dieser Anträge weder von der Ausländerbehörde noch von dem BAMF noch von sonst wem irgendeine Nachricht erhalten, was mit den Anträgen passiert ist. Man muss sich da doch die Situation der Antragsteller vorstellen. Man stelle sich einmal vor, Sie fürchten um Ihre Angehörigen, kriegen auf Anträge aber keine Antworten – heute nicht, morgen nicht, die nächste Woche nicht und in der übernächsten auch nicht. Das muss anders werden.

Ich weiß nicht, ob das, was in den Gesprächen verhandelt wird, der Wahrheitsfindung dient. Ich habe die dringende Bitte, dass Sie, Herr Kollege Fahn, tatsächlich nicht nur für die Aufstockung des Personals eintreten, sondern auch dafür, dass das Personal so organisiert wird, dass zeitnahe Antworten gegeben werden. Das wäre doch eigentlich nicht zu viel verlangt.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Herr Kollege Straub, ich sage noch etwas zu den Übergangswohnungen. Als die russisch-jüdischen Kontingentflüchtlinge kamen, hat man sehr wohl schnell Übergangswohnungen errichten können. Das war durchaus im Sinne der Leute, die zu uns gekommen sind.

Natürlich wissen wir, dass es Gespräche über eine Erhöhung des Bundesaufnahmeprogramms gibt. Die sind auch dringend nötig im Hinblick auf die Vielzahl von 80.000 gestellten Anträgen. Meine Bitte an Sie ist: Lösen Sie die Frage schnell; bringen Sie schnell Klarheit. Die Frage eines bayerischen Aufnahmeprogramms muss schnell gelöst werden. Ich denke, Bayern ist mit den bisher angekommenen syrischen Flüchtlingen und mit denen, die weiterhin kommen, nicht überfordert. Bestenfalls sind es angrenzende Länder, aber bestimmt nicht Bayern und bestimmt auch nicht Deutschland.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Frau Kollegin, Sie haben den Herrn Staatsminister angesprochen. Er hat noch einmal das Wort.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Kollegin, ich sage noch einmal etwas, damit

alle Missverständnisse vermieden werden. Ich habe vorhin ausdrücklich gesagt – ich sage es gern auch ein zweites und ein drittes Mal -: Wir haben für das Bundesaufnahmeprogramm alle – ich betone: alle – bei den Ausländerbehörden eingegangenen Anträge ausnahmslos dem Bundesamt vorgelegt.

In dem Bundesaufnahmeprogramm ist enthalten, dass vorrangig – nicht ausschließlich – diejenigen Anträge, bei denen die Kostenübernahmeerklärung vorliegt, entsprechend erfüllt werden sollen. Die Entscheidung trifft aber allein das Bundesamt. Das tun nicht wir. Wir haben keine Auswahlentscheidung getroffen.

(Widerspruch der Abgeordneten Angelika Weikert (SPD))

– Frau Kollegin Weikert, ich kann Ihnen nur noch einmal sagen: Ich habe Ihnen versprochen, dass ich es kläre. Sie bekommen einen Brief von mir. Meine Mitarbeiter sagen auch jetzt, dass es keinen einzigen Fall gibt, der im Moment daran scheitert, dass die Behörde vor Ort ihre Zustimmung nicht gegeben hätte. Ich kenne keinen solchen Fall.

(Angelika Weikert (SPD): Daran werde ich Sie bei Gelegenheit erinnern!)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Wir halten hier jetzt aber keine Zwiesprache.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Wie gesagt, kenne ich keinen solchen Fall. Aber ich habe Ihnen vorhin versprochen, dass ich dem Hinweis nachgehe. Ich lasse mir von meinen Mitarbeitern eine ausdrückliche Bestätigung geben. Sie kriegen dann eine Stellungnahme. Mehr kann ich Ihnen dazu im Moment nicht sagen.

Zu dem, was Frau Kollegin Kamm gesagt hat, möchte ich eine Richtigstellung geben. Ich sage noch einmal: Wir werden die Dinge ausführlich auf der Innenministerkonferenz besprechen. Als bald danach, das heißt, nach den Pfingstferien, werde ich dem Parlament über den aktuellen Stand berichten, auch darüber, wie viele Flüchtlinge inzwischen angekommen sind und wie wir weiter verfahren werden, um möglichst vielen Menschen Aufnahme zu gewähren. Ich halte das für einen sinnvollen Verfahrensvorschlag.

(Beifall bei der CSU)

Erster Vizepräsident Reinhold Bocklet: Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Dabei werden die einzelnen Anträge getrennt. Zunächst stimmen wir über den Antrag von BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN ab. Wer dem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/1917 der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen von SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Enthaltungen? – Das ist die Fraktion der FREIEN WÄHLER. Damit ist der Antrag abgelehnt.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/1949. Die FREIEN WÄHLER haben beantragt, dass über die Ziffern 1 bis 3 dieses Antrags gemeinsam und über die Ziffer 4 gesondert abgestimmt wird. Ich lasse also jetzt über die Ziffern 1 bis 3 abstimmen. Wer dafür ist, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das ist die Fraktion der CSU. Stimmenthaltungen? – Ich sehe keine. Dann sind die ersten drei Ziffern abgelehnt.

Ich komme jetzt zu Ziffer 4 des Antrags der FREIEN WÄHLER.

(Dr. Hans Jürgen Fahn (FREIE WÄHLER): Können Sie diese Ziffer bitte vorlesen?)

- Sie möchten, dass ich es vorlese. Gut, ich lese es auch noch vor. Die Ziffer 4 lautet:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, über die getroffenen Maßnahmen im zuständigen Ausschuss mündlich und schriftlich zu berichten.

Nachdem wir aber die ersten drei Ziffern abgelehnt haben, ist nicht ganz klar, über welche Maßnahmen, die vorher gefordert worden sind, nun berichtet werden soll. Trotzdem lasse ich aus formalen Gründen darüber abstimmen. Wer für diese Ziffer 4 ist, die ich gerade vorgelesen habe, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Ich gehe also davon aus, dass alle meinen, dass über das, was in den Ziffern 1 bis 3 enthalten war, die formal abgelehnt worden sind, in der Ziffer 4 abgestimmt und berichtet wird. Sind wir uns darüber einig?

(Alfred Sauter (CSU): Wir wollen doch noch abstimmen!)

- Wir haben doch schon abgestimmt.

(Erwin Huber (CSU): Sie haben aber noch nicht die Gegenstimmen und die Enthaltungen abgefragt!)

Ich habe alle Fraktionen aufgezählt. Wenn aber noch jemand ein Sondervotum abgeben will, bin ich gerne bereit. Wer stimmt dagegen? – Ein einzelner Kollege. Wer enthält sich? – Dann haben wir einen einzelnen Kollegen, der dagegen gestimmt hat. Im Übrigen ist die Ziffer 4 mit großer Mehrheit angenommen.

Jetzt kommen wir zum letzten dieser drei Dringlichkeitsanträge, zum Dringlichkeitsantrag der SPD. Zu diesem Dringlichkeitsantrag auf Drucksache 17/1948 wurde namentliche Abstimmung beantragt. Ich eröffne die namentliche Abstimmung. Dafür sind drei Minuten vorgesehen.

(Namentliche Abstimmung von 16.53 bis 16.56 Uhr)

Die Zeit ist um, die Abstimmung ist geschlossen. Ich bitte, das Ergebnis außerhalb des Saales auszuzählen.

Bevor wir in der Tagesordnung fortfahren, teile ich die Ergebnisse der letzten namentlichen Abstimmungen mit. Damit ich das in geordneter Weise tun kann, bitte ich die verehrten Kolleginnen und Kollegen, ihre Plätze einzunehmen.

Ich gebe jetzt das Ergebnis der Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Für ein soziales Europa der Demokratie, Subsidiarität und der sozialen Marktwirtschaft" auf Drucksache 17/1946 bekannt. Mit Ja haben 79 und mit Nein 63 Abgeordnete gestimmt. Es gab 3 Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER angenommen.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 2)

Jetzt komme ich zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber und anderer und Fraktion (FREIE WÄHLER) betreffend "Kosten für den Rückbau der Kernkraftwerke und die Endlagerung des Atommülls nicht auf die Allgemeinheit abwälzen" auf Drucksache 17/1916. Mit Ja haben 62 und mit Nein 85 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es nicht. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Jetzt komme ich zum Ergebnis der namentlichen Abstimmung über den nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl und anderer und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) betreffend "Überführung der Atomrückstellungen in einen öffentlich-rechtlichen Fonds – keine Entlassung der Atomkraftwerksbetreiber aus der Haftung" auf Drucksache 17/1947. Mit Ja haben 61 und mit Nein 75 Abgeordnete gestimmt. Stimmenthaltungen gab es nicht. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 4)

Wir kommen jetzt zu den Dringlichkeitsanträgen unter Nummer 4. Zur gemeinsamen Beratung rufe ich auf:

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Thomas Kreuzer, Kerstin Schreyer-Stäblein, Bernhard Seidenath u. a. und Fraktion (CSU)
Abbau der Bürokratie in Pflegeeinrichtungen - Entbürokratisierung der Pflegedokumentation
(Drs. 17/1918)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Kathrin Sonnenholzner, Ruth Müller u. a. und Fraktion (SPD)
Entbürokratisierung der Pflege durch klare Qualitätskriterien - die Staatsregierung ist am Zug!
(Drs. 17/1950)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Ulrich Leiner u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Konzept für umfassende Entbürokratisierung der Pflege vorlegen - Pflege-Transparenzvereinbarung reformieren
(Drs. 17/1951)

und

Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer u. a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Mehr Zeit für gute Pflege, weniger Bürokratie und mehr Rechtssicherheit in der Pflegedokumentation - Erkenntnisse aus Modellvorhaben sofort umsetzen!
(Drs. 17/1952)

Ich eröffne die gemeinsame Aussprache. Erster Redner ist der Kollege Bernhard Seidenath von der CSU. Bitte schön, Herr Kollege, Sie haben das Wort.

Bernhard Seidenath (CSU): Sehr geehrter Herr Präsident, meine sehr geehrten Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen! Der Umgang mit Pflegebedürftigen ist der Prüfstein für die Humanität unserer

Gesellschaft. Das gilt heute und erst recht für die Zukunft. Wir alle wissen, dass die Zahl der Pflegebedürftigen in unserem Land, bedingt durch die demografische Entwicklung, weiter steigen wird. Tendenziell wird es schwieriger werden, diesem Fundamentalsatz gerecht zu werden. Die Herausforderung wird größer. Umso mehr müssen wir uns anstrengen und schon heute versuchen, die Pflegenden zu entlasten, wo es nur geht. Ich selbst habe bisher keinen Beruf kennengelernt – das sage ich immer sehr deutlich –, der sowohl physisch als auch psychisch so anstrengend und fordernd ist wie der des Altenpflegers. Deswegen sage ich allen Pflegenden in Bayern an dieser Stelle ein herzliches Dankeschön und "Vergelts Gott".

(Beifall bei der CSU)

Die Aktion Rollentausch, die die Landesarbeitsgemeinschaft Bayern der Freien Wohlfahrtspflege in der letzten Woche durchgeführt hat, war wieder eine gute Möglichkeit, das live zu erleben. Viele aus diesem Hohen Haus sowie Journalisten und Manager aus der Wirtschaft haben diese Chance genutzt – dafür ebenfalls ein herzliches Dankeschön.

Denn die Sensibilität für Soziales wächst, je intensiver man sich damit befasst. Wer sich näher mit dieser Frage beschäftigt, kommt zu der Erkenntnis, dass wir die Pflegenden entlasten und stützen müssen. Darin sind wir uns alle in diesem Hohen Haus einig. Mit unserem Dringlichkeitsantrag machen wir einen Vorschlag, dies durch den Abbau der Bürokratie in den Pflegeeinrichtungen umzusetzen.

Erst am Montag, dem 12. Mai, am Internationalen Tag der Pflege, war dies eine häufig geäußerte Forderung. Überall, wo wir als Mitglieder des Arbeitskreises Gesundheit und Pflege, wo der Pflegebeauftragte der Staatsregierung, Hermann Imhof, und wir alle hinkommen, bei jeder Podiumsdiskussion, bei jedem Gespräch mit Pflegebedürftigen, wird über überbordende Bürokratie geklagt. Wir werden immer gebeten, hier für Abhilfe zu schaffen; denn die kostbare Zeit sollte doch mit und am Patienten und nicht mit Schreibearbeit verbracht werden. Der Arbeitskreis Gesundheit und Pflege der CSU-Landtagsfraktion hat deshalb heute vor einer Woche einen Kreis von Betroffenen zu einem Werkstattgespräch eingeladen. Teilnehmer waren Heimleiter, Pflegekräfte, der MDK, Vertreter der Heimaufsicht sowie Wissenschaftler und Verbände, um sich genau mit dieser Frage zu befassen: Wie können wir die Pflegedokumentation entbürokratisieren? Herausgekommen ist der Ihnen vorliegende Dringlichkeitsantrag. In Einmütigkeit und im Konsens mit den Betroffenen schlagen wir Ihnen ein Bündel von Maßnahmen vor, um die Pflegedokumentation in

sämtlichen Einrichtungen Bayerns auf das erforderliche Mindestmaß zu reduzieren.

Die erste Maßnahme ist eine möglichst flächendeckende Anwendung des bislang in einigen Einrichtungen erprobten Ansatzes ReduDok. Diese Methode ist mit den verschiedensten Dokumentationsprogrammen kompatibel. Sie ermuntert die Pflegepersonen vor allem zur Selbstverantwortung und zum Mut zur Lücke. ReduDok kann deshalb ein wichtiger Baustein zur Erreichung einer möglichst unbürokratischen Pflege sein, in der die Pflegebedürftigen vollständig im Mittelpunkt stehen und in der die Professionalität der Pflege gewahrt und betont wird. Wir können nur alle Einrichtungen ermuntern, der Methode ReduDok näherzutreten und mit ihr zu beginnen. In den Modellversuchen hat sich ein merklicher Rückgang des bürokratischen Aufwandes gezeigt.

Die Empfehlungen aus dem Praxistest "Praktische Anwendung des Strukturmodells – Effizienzsteigerung der Pflegedokumentation in der ambulanten und stationären Langzeitpflege", die im Auftrag des Bundesministeriums für Gesundheit durchgeführt wurde, können ebenfalls zu einer Vereinfachung der Pflegedokumentation herangezogen werden. Das ist die Empfehlung eines Dokumentationssystems. Wenn sich ein Heim dafür entscheidet, wäre dies mit dem Ansatz ReduDok kompatibel.

Der Dringlichkeitsantrag und die heutige Plenardebatte sollen den Heimen und Trägern signalisieren: Habt Mut, traut euch, beginnt mit dieser abgespeckten Dokumentation à la ReduDok. Der MDK und die Fachstellen für Pflege- und Behinderteneinrichtungen, Qualitätsentwicklung und Aufsicht, - FQA, die frühere Heimaufsicht-, beraten auch diesbezüglich gerne. Dies ist ebenfalls ein wichtiger Punkt: Zur Reduktion des Dokumentationsdrucks müssen der kooperative beratende Charakter der Prüfinstanzen von MDK und FQA sowie das Vertrauen der Pflegekräfte in die eigene fachliche Kompetenz unterstützt werden mit dem Ziel, dass sich Prüfer und Pflegekräfte auf Augenhöhe begegnen können. Schließlich sitzen wir alle in einem Boot. Wir ziehen alle zum Wohle der Pflegebedürftigen in Bayern an einem Strang.

Deshalb begrüßen wir in unserem Dringlichkeitsantrag ebenfalls, dass die Staatsregierung gegenüber der Heimaufsicht, der FQA, deutlich gemacht hat, dass bei Heimnachschaun die Ergebnisqualität der Pflege deutlich höher zu werten ist als die Güte der Pflegedokumentation. Es kommt somit darauf an, wie es dem Pflegebedürftigen wirklich geht, nicht darauf, was in seiner Akte dokumentiert ist. Deshalb können wir heute ein Signal an die Pflegenden in Bayern senden: Habt Mut und fangt an! Es ist ebenfalls ein star-

kes Signal, wenn wir heute den vier Dringlichkeitsanträgen wechselseitig zustimmen; denn das ist eine ganz große Koalition für die Pflege in Bayern, für die Pflegenden und damit auch für die Pflegebedürftigen.

Deshalb stimmen wir dem Antrag der SPD zu, in dem es nicht um die Pflegedokumentation geht, sondern um die Frage, was die FQA veröffentlichen muss und was nicht. Mit den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN haben wir eine Formulierung gefunden, die wir alle mittragen können.

Eine Ausnahme – das erläutere ich schnell – bildet nur der erste Spiegelstrich im Antrag der FREIEN WÄHLER. Diesem ersten Spiegelstrich können wir nicht zustimmen, weil es gerade keine rechtlichen Vorgaben und Handlungsleitlinien geben soll. Unser Antrag macht gerade deutlich, dass die Dokumentation in der Verantwortung des Trägers und der Pflegeperson steht. Wir wollen dazu ermuntern, diese Verantwortung auch wahrzunehmen. Das ist der Hintergedanke von ReduDok. Dazu passen keine staatlichen Vorgaben. Deshalb lehnen wir den ersten Spiegelstrich im Antrag der FREIEN WÄHLER ab. Die Botschaft lautet gerade: Habt Mut, traut euch, wartet nicht auf fremde Vorgaben! Auf diese Weise werden die Pflegenden von Bürokratie entlastet.

Deshalb bitte ich Sie, unserem Antrag zuzustimmen. Je breiter diese Koalition ist, desto besser und stärker ist das Signal nach außen im Sinne der Pflegebedürftigen in unserem Land. Dafür danke ich Ihnen sehr herzlich.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Jetzt darf ich Frau Kollegin Rauscher ans Rednerpult bitten.

Doris Rauscher (SPD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich muss doch einmal in Richtung CSU blicken und die Frage stellen: Ist vielleicht der Internationale Tag der Pflege am vergangenen Montag in Verbindung mit der großen Aktion in Nürnberg und dem gemeinsam verabschiedeten Dringlichkeitsantrag vor zwei Tagen bei uns im Ausschuss für Gesundheit und Pflege der Grund dafür, dass die CSU endlich – das möchte ich mit einem Augenzwinkern betonen – in eine Diskussion einsteigt, die wir mindestens seit März und schon viel länger in unserem Ausschuss führen?

Im März haben wir auf Antrag der GRÜNEN-Fraktion eine Diskussion zum Thema Abbau der Bürokratie geführt. Wie ich gerade gehört habe, Herr Seidenath, gab es vergangene Woche ein Werkstattgespräch. Offensichtlich hat die Praxis mit Nachdruck die große

Not erwähnt. So kommt es zu einem plötzlichen Dringlichkeitsantrag.

Ihrem Antrag zum Bürokratieabbau in der Pflege wird die SPD-Fraktion heute zustimmen; denn inhaltlich sind wir uns völlig einig. Dabei blicke ich auch in Richtung von Herrn Imhof. Vor allem freut es uns Sozialdemokraten sehr, dass Sie als Aufhänger Ihres Antrags das Modell der Landeshauptstadt München ReduDok aufgegriffen haben. Die Idee der damaligen rot-grünen Stadtregierung scheint Ihnen ganz gut zu gefallen.

Die Dokumentation und Weitergabe von Informationen über die Pflegebedürftigen einer Einrichtung sind für die Steuerung des pflegerischen Handelns und für die bestmögliche Betreuung und Umsorgung der Patienten wichtig und richtig. Allerdings ist in den vergangenen Jahren zu viel aus dem Ruder gelaufen; denn nicht erst seit ein paar Monaten, sondern seit ein paar Jahren klagen Pflegekräfte und auch Einrichtungsleitungen über immer neue und höhere bürokratische Hürden und Hemmnisse, die unglaublich viel Zeit verschlingen. Bis zu 40 % der Arbeitszeit gehen für Bürokratie verloren, sodass für die wichtige Arbeit am Menschen nur noch unzureichend Zeit bleibt. Daher fordert die SPD schon seit längerem Verbesserungen hinsichtlich des Umfangs der Dokumentationspflichten und des Abbaus von unnötigen bürokratischen Hemmnissen, leider bislang ohne Zustimmung der Kolleginnen und Kollegen aus der CSU. Ihren Worten vom Bürokratieabbau und der Entlastung der Pflegekräfte hätten schon längst Taten folgen können, wenn die Staatsregierung in der Vergangenheit ihre Hausaufgaben gemacht hätte.

(Beifall bei der SPD)

In der vergangenen Legislaturperiode hat meine Fraktion die Staatsregierung mehrfach dazu aufgefordert, die inhaltlichen Anforderungen und die Dokumentationspflichten der Pflegeeinrichtungen zu konkretisieren und die Fachverbände in diesen Prozess mit einzubinden. Doch seit 2011 steht in der Ausführungsverordnung zum Pflege- und Wohnqualitätsgesetz unverändert: Die Grundlage für die Qualitätsprüfung ist dem jeweils anerkannten Stand pflegewissenschaftlicher Erkenntnisse anzupassen.

Was das konkret heißt, weiß bis heute niemand wirklich. Bei dieser unsicheren Situation ist es kein Wunder, dass die Pflegekräfte und Pflegeeinrichtungen lieber einen Dokumentationsbogen mehr als einen zu wenig ausfüllen. Hier hätte die Staatsregierung schon längst Rechtssicherheit schaffen können.

(Beifall bei der SPD, den FREIEN WÄHLERN und den GRÜNEN)

Dann hätten die Pflegenden nämlich genau gewusst, welche Inhalte und Erkenntnisse dokumentiert werden müssen, und hätten sich einen Kampf mit dem bürokratischen Monster ersparen können. Hätten Sie in der Vergangenheit bereits reagiert und hier für Klarheit gesorgt, stünden wir heute nicht vor allgemein überlasteten Pflegekräften, die sich mittlerweile über jeden Bogen, den sie weniger ausfüllen müssen, über alle Maßen freuen.

Wie bereits erwähnt, haben wir im März im Ausschuss über die gleiche Thematik diskutiert. Das liegt erst acht Wochen zurück. Damals haben Sie mit den Stimmen der FREIEN WÄHLER den Antrag über den Abbau der Bürokratie und die Deregulierung der Pflege abgelehnt. In dieser Ausschusssitzung meinten Sie, bezüglich Bürokratieabbau und Deregulierung sei es schwierig, auf die Selbstverwaltung in der Pflege Einfluss zu nehmen. Überhaupt sei die überbordende Bürokratie durch die Einrichtungen selbst mit verschuldet; die Pflegenden müssten sich nur einmal trauen, einen Dokumentationsbogen weniger auszufüllen, und sich dem Risiko aussetzen, im Fall der Fälle einen entscheidenden Bogen nicht ausgefüllt zu haben. - Das ist zynisch. Damit haben Sie die Pflegenden mit ihren Nöten lange ganz schön allein gelassen.

Erfreulich wäre es, wenn wir über diesen Antrag hinaus ein ganzes Paket an Maßnahmen zur Verbesserung in der Pflege beraten könnten. Aber es gibt hoffentlich einen Einstieg; denn dass es mehr als dieses Problem gibt, ist uns allen hier sicher bewusst.

Der Pflegeberuf ist heute leider ein höchst unattraktives Berufsfeld mit geringer gesellschaftlicher Anerkennung. Auch wenn Herr Seidenath vorher versucht hat, Anerkennung zu formulieren, erweckt es durchaus den Eindruck einer gewissen Schmalspurrede, wenn ich zwar den Berufszweig lobend erwähne, aber nicht daran ansetze, die gesellschaftliche Anerkennung zu verbessern und etwas an der unangemessenen Entlohnung und an den kräftezehrenden Arbeits- und Rahmenbedingungen zu verändern. Hier sind dringend Verbesserungen nötig.

(Beifall bei der SPD)

Es kann nicht angehen, dass fast jede Arbeit besser bezahlt und mehr gewürdigt wird als der Dienst an Menschen. Ohne Verbesserung der Rahmenbedingungen wird der Beruf weiterhin unattraktiv bleiben und die Situation sich noch verschlimmern.

Als Pflegebeauftragter der Bayerischen Staatsregierung zeichneten Sie, Herr Imhof, Ende April ein katastrophales Bild der Pflege in Bayern. Die "Nürnberger Nachrichten" gaben Ihre Aussage wie folgt wieder –

ich wiederhole dies gerne und stimme Ihnen durchaus zu -: Er würde der bayerischen Pflege als Gesamtnote ein "nicht mehr ausreichend" geben, die Tendenz gehe eher stark in Richtung "mangelhaft". - Dem ist nichts hinzuzufügen, Herr Kollege.

Dass es so weit gekommen ist, muss uns allen zu denken geben und mehr Konsequenzen nach sich ziehen als lediglich eine Entbürokratisierung. Ich verspreche Ihnen: Wir als SPD-Fraktion werden hartnäckig dranbleiben und so lange Anträge formulieren, bis sich die Situation in der Pflege spürbar verbessert hat.

(Beifall bei der SPD)

Wie eingangs bereits erwähnt, bin ich sehr froh, dass über die Wichtigkeit und Sinnhaftigkeit von Entbürokratisierung und Deregulierung nun endlich hier im Hohen Haus Konsens besteht. Ja, es stimmt, Pflegekräfte sollten wieder mehr auf ihr Gespür vertrauen und die Dokumentation als das nützen, was sie einmal war: die Zusammenfassung und Weitergabe von Informationen, die für eine qualitativ hochwertige Versorgung notwendig sind. Dafür brauchen Sie aber die Rechtssicherheit, die die Konkretisierung der inhaltlichen Dokumentationspflichten, wie sie im Antrag der SPD gefordert werden, endlich schaffen würde.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ich bitte Sie um Zustimmung auch zu unserem Antrag, damit die Unsicherheiten bei der Dokumentationspflicht endlich ein Ende haben und die Pflegenden ohne schlechtes Gewissen endlich wieder Zeit für die Pflegebedürftigen und ihre Anliegen haben.

Dem Antrag der GRÜNEN stimmen wir zu, dem Antrag der CSU, wie eingangs erwähnt, auch. Beim Antrag der FREIEN WÄHLER müssen wir etwas differenzieren. Wir werden den Ziffern 2 und 3 zustimmen. Die Ziffern 1 und 4 lehnen wir in dieser Form ab. – Vielen Dank, dass Sie zugehört haben. Ich hoffe auf ein positives Abstimmungsverhältnis.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. Ich bitte jetzt Herrn Kollegen Leiner ans Rednerpult.

Ulrich Leiner (GRÜNE): Sehr geehrte Frau Präsidentin, Hohes Haus! Als ich den Dringlichkeitsantrag der CSU-Fraktion gelesen und die Überschrift zur Kenntnis genommen habe, kam mir diese wohlbekannt vor. Es handelt sich fast wortgleich um einen Antrag vom 25. Februar 2014, der, wie die Kollegin schon bemerkt hat, im Ausschuss behandelt wurde und im Titel fordert, Pflegebedürftige und pflegende Menschen durch

Entbürokratisierung und Deregulierung der Pflege zu entlasten. In diesem Antrag haben wir die Staatsregierung dazu aufgefordert, ein Konzept für eine umfassende Entbürokratisierung der Pflege vorzulegen. In diesen und weiteren Anträgen von uns wurde gefordert, die Pflegedokumentation zu vereinfachen und den dadurch entstehenden bürokratischen Aufwand deutlich zu mindern. Dieser Antrag wurde von der Fraktion der CSU mit der Begründung, laufende Studien sollten abgewartet werden, abgelehnt. Herr Imhof, vielleicht erinnern Sie sich daran. Sehr geehrter Herr Imhof, die Fraktion der GRÜNEN im Bayerischen Landtag muss nicht weiter abwarten. Wir wissen, wie die Situation der Pflege in Bayern ist und dass seit Langem dringender Handlungsbedarf besteht.

(Beifall bei den GRÜNEN und Abgeordneten der SPD)

Ein weiterer Grund für die Ablehnung seitens Ihrer Fraktion war, dass die Bayerische Staatsregierung – es steht im Protokoll – bereits tätig ist. Dann, lieber Herr Seidenath, wäre auch Ihr Antrag heute überflüssig. Er ist es aber nicht, wie es unser damaliger Antrag auch nicht war.

Bei der genauen Betrachtung Ihres Antrags mussten wir feststellen, dass, wie so oft, unser Original deutlich besser ist als Ihre Kopie. Ihr Antrag ist zu unpräzise, und es fehlen wichtige Kriterien. Deshalb haben wir heute den eigenen Antrag nachgezogen und fordern die Bayerische Staatsregierung auf, zu diesem Thema ein umfassendes Konzept für die Entbürokratisierung der Pflege vorzulegen. Dabei müssen die gesetzlichen Vorgaben – und das ist der rechtliche Teil, der bisher schon deutlich bewertet wurde – im Pflege- und Wohnqualitätsgesetz und bei den Ausführungsbestimmungen im Sinne der Entbürokratisierung überprüft werden.

Für die Fraktion der GRÜNEN muss ein neues Prüfungssystem folgende Mindestkriterien erfüllen – das ist nun deutlich konkreter als in Ihrem Antrag -: Es muss sich am aktuellen Stand der Pflegewissenschaft ausrichten; es muss die tatsächliche Qualität der Pflege in den geprüften Pflegeeinrichtungen und ambulanten Pflegediensten adäquat abbilden; es muss durch eine Reduzierung des Dokumentationsaufwandes zu einer Entbürokratisierung der Pflege beitragen – das sagt auch Ihr Antrag –; es muss sich konsequent an der tatsächlich erzielten Ergebnisqualität der Pflege – und darum geht es uns – und weniger an der minutiös dokumentierten Struktur- und Prozessqualität ausrichten; es muss zu einer Harmonisierung der Prüfkriterien der verschiedenen Aufsichtsbehörden beitragen und die Notwendigkeit von zwei verschiedenen Prüf-

instanzen grundsätzlich zur Disposition stellen. Wir müssen überlegen, ob wir hier eine Zusammenführung erreichen können.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Der letzte Punkt ist sehr wichtig: Es muss für die Pflegebedürftigen und ihre Angehörigen eine wirklich aussagekräftige Entscheidungshilfe darstellen, was wir mit dem Pflege-TÜV momentan nicht haben. Er stellt in seiner heutigen Form bei einem derzeitigen Notendurchschnitt von 1,5 keine Entscheidungshilfe mehr für die Menschen dar. Deshalb fordern wir auf der Bundesebene eine grundlegende Reform der sogenannten Pflege-Transparenzvereinbarung. Nicht die Qualität der Dokumentation, sondern die tatsächliche Situation in den Einrichtungen muss ordentlich bewertet werden. Ich war letzten Montag ebenfalls in einem Heim unterwegs. Als Stiftungsrat – ich muss das so sagen – weiß ich, dass manchmal dokumentiert wird, was dokumentiert werden muss.

Da Ihr Antrag aber endlich ein Schritt in die richtige Richtung ist, werden wir ihm trotz aller Kritik zustimmen. Wesentlich ist in diesem Zusammenhang auch, dass die Situation der Pflege endlich in den Fokus der bayerischen Politik rückt. Ein Zitat vom letzten Montag: "Seit September 2013 ist die neue Pflegeministerin im Amt, und passiert ist bisher nichts." – Das beklagt der Deutsche Berufsverband für Pflegeberufe am vergangenen Montag in Nürnberg anlässlich des Tages der Pflege. Dem können wir uns nur von ganzem Herzen anschließen. In Nürnberg demonstrierten am Montag über 1.500 Pflegekräfte gegen unzumutbare Arbeitsbedingungen und niedrige Löhne in der Pflege. Frau Ministerin Huml, Sie müssen jetzt endlich den Kopf aus dem Sand nehmen und dringend notwendige Maßnahmen zur Verbesserung der Situation in der Pflege ergreifen. Sie sind lange überfällig.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Notfalls müssen Sie auch gegen Widerstände von verschiedenen Seiten agieren. Sie sehen heute: Sie haben hier eine breite Unterstützung. Wir alle wollen sicher sein, dass wir angemessene Hilfe erfahren, wenn wir sie brauchen. Deshalb bitte ich Sie, unserem Antrag in der mit Herrn Seidenath vereinbarten geänderten Fassung zuzustimmen. Ich bin aufgefordert worden, diese Änderungen vorzulesen. Demnach soll der Einleitungssatz folgende Fassung erhalten:

Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag ihr Konzept für eine umfassende Entbürokratisierung der Pflege zu erläutern.

Im zweiten Absatz erhält der letzte Satz folgende Fassung:

Die Prüfung ist konsequent an der Ergebnisqualität der Pflege auszurichten.

- Das habe ich gerade ausgeführt. Der dritte Absatz erhält folgende Fassung:

Die Staatsregierung wird des Weiteren aufgefordert, im Ausschuss für Gesundheit und Pflege zu berichten, wie sie sich auf Bundesebene für eine grundlegende Reform der Pflege-Transparenzvereinbarung (PTV) und für eine Zusammenfassung der unterschiedlichen Prüfinstanzen zu einer einheitlichen Aufsichtsstelle einsetzen will.

Der vierte Absatz mit den Kriterien wird gestrichen; der ist in der Begründung. Ich bitte Sie, dem nachgezogenen Dringlichkeitsantrag der GRÜNEN in dieser Fassung zuzustimmen. Vielen Dank.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. Ich bitte nun Herrn Kollegen Professor Dr. Bauer ans Rednerpult.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich bin sehr froh darüber, dass wir heute über dieses wichtige Thema sprechen. Ich möchte aber noch einige grundsätzliche Dinge und Mitteilungen aus meiner Fraktion weitergeben, nämlich: Wir stehen ganz klar zu der Entscheidung des Ministerpräsidenten, ein eigenes Ministerium für Gesundheit und Pflege zu schaffen. Das war längst überfällig. Es ist richtig, dass dieses Ministerium von einer kompetenten, sozial engagierten Person geführt wird, die die notwendige Empathie mitbringt. Dafür bin ich sehr dankbar.

(Beifall bei der CSU)

Das möchte ich einmal ganz deutlich zum Ausdruck bringen.

Ich möchte mich auch an Herrn Imhof wenden. Auch das war eine richtige Entscheidung der Staatsregierung; denn das zeigt die Bedeutung dieses gemeinsamen Projekts. Hier bin ich schon beim "Aber". Ich verstehe angesichts einer so großen Einigkeit zur Problematik der Pflege nicht, dass man nicht über seinen Schatten springt und das in diesem Parlament parteiübergreifend nach vorne trägt. Man verfällt wieder in diese parteipolitische Schiene. Man sollte es nicht so durchziehen, wie es jetzt durchgezogen wird. Ich appelliere an Sie, das zu überdenken. Nehmen Sie alle mit ins Boot! Im Namen meiner Fraktion biete ich Ihnen an, dieses für alle Menschen mit Behinderung, für die Menschen in der Pflege, für die Men-

schen in der letzten Lebensphase wichtige Thema aufzugreifen. Das ist ein wichtiger Punkt. Wir von der Opposition sind nicht nur hier, um Dinge aus anderer Sicht zu betrachten, sondern wir sind auch hier, um Verantwortung zu übernehmen. An dieser Stelle möchte ich die Staatsregierung bitten, auch uns in die Verantwortung zu nehmen. Ich biete das für die FREIEN WÄHLER jedenfalls an.

Es ist schon mehrfach gesagt worden, und ich möchte das wiederholen: Die Pflege ist das Megathema in den nächsten Jahren! Wir wissen aus unserer Verwandtschaft und Bekanntschaft, wie viele plötzlich verstorben sind und wie viele in einer Pflegeeinrichtung gepflegt werden. Es ist wichtig, dass die Angehörigen unterstützt werden. Die Problematik wird sich aufgrund der demografischen Entwicklung noch verstärken. Wir werden mehr pflegebedürftige Menschen haben bei gleichzeitigem Rückgang der Personen, welche die Pflege übernehmen können. Ich erinnere an eine ganz wichtige Veranstaltung in der letzten Legislaturperiode. Sehr geehrter Herr Imhof, Sie erinnern sich daran: die Anhörung zum grauen Pflegemarkt in Deutschland. Können wir da noch zuschauen? Ich meine: Nein. Wir müssen gemeinsam handeln. Wir FREIE WÄHLER wollen eine qualitativ hochwertige und gute Pflege. Das wollen Sie natürlich auch. Das soll nicht heißen, dass ich Ihnen das abspreche. Wir alle in diesem Hause wollen das. Es ist notwendig. Es geht um die ureigenen menschlichen Bedürfnisse. Wir wollen auch eine gut ausgebildete und kompetente Pflegerschaft.

An dieser Stelle möchte ich mich auch bei allen Fachkräften in der Pflege ganz herzlich bedanken und ihnen weiter Mut zusprechen, diesen wunderbaren, tollen Sozialberuf weiter mit allem Engagement und aller Empathie auszufüllen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Ich möchte auch ganz klar feststellen, dass es in Bayern sehr viele gute Pflegeeinrichtungen gibt. Es gibt schwarze Schafe, wie überall und auch hier im Hause. Ich denke, ich sage nicht zu viel; denn auch hier gibt es einiges, wo es nicht so klappt. Deswegen ist es unsere Aufgabe, das richtige Maß zu wahren, die Augen nicht zu verschließen und dorthin zu schauen, wo es brisant ist, aber die anderen in Ruhe pflegen zu lassen und nicht Zeit mit unnötiger Bürokratie zu verplempern. An der Durchführung einer Pflegedokumentation führt natürlich kein Weg vorbei; denn die Einrichtungen sind im Fall eines Haftungsprozesses darauf angewiesen, eine ordnungsgemäße Pflege nachweisen zu können. Aber diese Dokumentation muss schlank sein und muss von Bürokratie befreit werden und sich auf das Notwendige beschrän-

ken. Auf keinen Fall dürfen Routinehandgriffe jedes Mal abgehakt werden müssen. Ein solches Vorgehen kostet nur Zeit und bringt den Menschen nichts. Bei den Pflegekräften sorgt dieses Vorgehen zudem für Frustration.

Es soll aber auch erwähnt werden, dass die bürokratischen Probleme in der Pflegedokumentation überhaupt erst aufgrund von vielen Reformschritten so richtig ins Rollen gekommen sind. Das ist eine Krux der Bürokratie insgesamt. Die Forderung nach Bürokratieabbau ist natürlich keinesfalls neu. Wir reden seit Jahren über diese Themen. Vor allem die Ombudsfrau, Frau Elisabeth Beikirch, hat das immer wieder deutlich gemacht.

Wir müssen gar nicht so weit gehen. Auch in der Landeshauptstadt München wurde Anfang des Jahres diese Studie – Frau Kollegin, Sie haben es erwähnt – vorgelegt. Auch von Frau Staatsministerin Huml wurde eine Studie über die juristischen Erfordernisse vorgelegt. Deshalb komme ich auf Ziffer 1 zurück. Die juristische Sicherheit muss gewährleistet sein. Ich kann Ihnen aus meiner jahrzehntelangen Praxis als Arzt, der verantwortlich gegenüber den Patienten ist, berichten, dass es nicht so einfach ist, mehr Freiheit zu geben. Letztendlich urteilt ein Richter über deine Zukunft und deine Approbation. Deswegen brauchen wir klare Regelungen zum Schutz der Pflegekräfte. Wir können gerne anschließend im Zwiegespräch noch einige Erfahrungen aus meiner Praxis bringen. Deswegen bestehe ich auf dieser Ziffer und auf der Abstimmung darüber. Sie müssen sich dann entscheiden.

Zum jetzigen Zeitpunkt möchte ich anmerken: Es ist überraschend, dass dieser Antrag kommt. Wenn ich Oppositionsanträge normalerweise sehe, heißt es immer, sie sind zu spät, weil schon etwas in Arbeit ist, oder man muss es noch ein bisschen laufen lassen, oder es ist falsch. Es gibt die verschiedensten Formulierungen. Hier passiert nun Folgendes: Eine Studie ist in Auftrag gegeben worden. Die Studie ist dem zuständigen Gesundheits- und Pflegeausschuss vom Ministerium zugesagt worden. Es ist zugesagt worden, dass dieses Ergebnis im Sommer vorgestellt wird. Jetzt kommt plötzlich ein Dringlichkeitsantrag von der CSU. Das ist schon ein bisschen seltsam. Nichtsdestotrotz ist es ein wichtiges Thema, das wir auch unterstützen. Für uns FREIE WÄHLER wäre es zielführender gewesen, wenn Ihr Antrag nicht so locker und leicht gewesen wäre, sondern wenn konkrete Forderungen darin enthalten gewesen wären.

Ich möchte auf die konkreten Forderungen der FREIEN WÄHLER vor dem Hintergrund der rechtlich verbindlichen Regelungen eingehen. Das ist uns wichtig,

und deswegen haben wir in unserem Antrag ganz klar konkretes Handeln vorgeschlagen. Ich möchte das kurz erläutern: Fragen Sie einmal die Ärzte in der Praxis, was geschieht, wenn irgendetwas passiert. Es ist nicht immer so, dass der Arzt recht hat, und es ist nicht immer so, dass der Patient oder dessen Angehöriger recht hat, wenn irgendetwas passiert. Wir sind im Gesundheitswesen. Da gibt es keine Mathematik: zwei plus zwei ist vier, sondern jeder Mensch ist anders, und jeder Mensch reagiert anders. Es gibt viele Wechselwirkungen, von denen wir gar nichts wissen. Es gibt viele Einflüsse, die wir nicht kennen, aber Arzt und Pflegekraft müssen eine Momententscheidung treffen. Dafür braucht man klare rechtliche Grundlagen und rechtliche Sicherheit, sonst kommen wir in Teufels Küche.

Eine rechtlich verbindliche Regelung, dass das Abzeichnen von Maßnahmen in der Grundpflege, die zur täglichen Routine gehört, nicht erforderlich ist, ist ausreichend, ein Abweichen – genau der umgekehrte Weg – dieser Grundpflege vom Pflegeplan muss dokumentiert werden, aber nicht, wenn gemacht wird, was in der Grundpflege täglich gemacht werden muss.

Der CSU-Antrag propagiert so schön die Gründe des kooperativ beratenden Charakters der Prüfung, die auch schriftlich gefasst werden müssen. Frau Ministerin, ich bitte Sie darum, dies in die Prüfungen auch aufzunehmen. Dann haben wir es ganz klar dokumentiert. Die Doppel- und Mehrfachprüfung von MDK und FQA müssen aufeinander abgestimmt werden. Was im Moment läuft, ist ein Bürokratiewahnsinn. Vor allen Dingen wichtig ist Ziffer 4: Der MDK muss unabhängiger ausgestaltet werden; ich weiß, dass das ein dickes Brett ist, aber ich scheue mich nicht, das an dieser Stelle zu sagen. Das ist ein langfristiges und wichtiges Ziel.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herr Dr. Bauer, bitte kommen Sie zum Ende.

Prof. (Univ. Lima) Dr. Peter Bauer (FREIE WÄHLER): Ich bin gleich fertig. Es kann nicht sein, dass die gleiche Stelle für Finanzierung und Kontrollen zuständig ist. Das ist der entscheidende Widerspruch, und den müssen wir aufheben. Dieses dicke Brett müssen wir bohren! Meine Fraktion und ich sind bereit, in diesem Punkt mit allen Fraktionen zusammenzuarbeiten, um das zu schaffen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Ich darf jetzt Frau Ministerin Huml an das Rednerpult bitten.

Staatsministerin Melanie Huml (Gesundheitsministerium): Verehrte Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen, meine sehr verehrten Damen und Herren! Gute Pflege braucht Zeit, gute Pflege kostet Geld. Ich glaube, dass die Anträge heute sehr deutlich zeigen: Wenn wir zur Pflege sprechen, soll das ein Grundsatz sein, den wir immer wieder formulieren, auch wenn wir mit den Bürgern im Gespräch sind. Auch mir als bayerischer Pflegeministerin ist es wichtig, dass wir immer wieder darauf Wert legen: Gute Pflege braucht Zeit, und gute Pflege kostet Geld. Das gilt auch am Tag der Pflege. Selbstverständlich bin auch ich in Erlangen, Nürnberg und bei anderen Veranstaltungen dabei gewesen, genauso wie der bayerische Patienten- und Pflegebeauftragte Hermann Imhof und viele Kolleginnen und Kollegen, weil wir mit den Pflegekräften, den Pflegenden und den pflegenden Angehörigen solidarisch sind und weil es ein Thema ist, das uns nicht kalt lässt. Deswegen begrüße ich es auch, dass heute die verschiedenen Fraktionen mit ihren Anträgen so aufeinander zugehen und ein Zeichen setzen, dass alle im Landtag ein Stück weit für die Reduktion der Dokumentationspflichten in der Pflege gemeinsam arbeiten, genauso wie für die Entbürokratisierung in der Pflege. Ich halte das für ein gutes Signal des Bayerischen Landtags in die Landschaft der Pflege.

Es wurde vorhin gefragt, was sich tut und was sich getan hat. Wir haben in Bayern ein Gesundheits- und Pflegeministerium. Wir haben einen bayerischen Patienten- und Pflegebeauftragten. Wir haben auf Bundesebene im Koalitionsvertrag eingebracht, dass es eine Pflegereform gibt und die Pflegereform in der Großen Koalition auf den Weg gebracht wird. Der erste Schritt der Eckpunkte ist getan, und ich werde im Bemühen nicht nachlassen, dass der Pflegebedürftigkeitsbegriff bereits in dieser Legislaturperiode auf Bundesebene umgesetzt wird.

(Beifall bei der CSU)

Wir haben auch auf bayerischer Ebene schon einiges vorzuweisen. Die Tariflöhne sind bei der Pflegesatzverhandlung als Grundlage zu sehen. Das ist in der Landespflegesatzkommission so vereinbart worden. Der Personalschlüssel wurde erhöht, sodass ein durchschnittliches Heim zwei Personen mehr anstellen kann. Wir sind dabei, im Bereich der Ausbildungsumlage für diejenigen, die ausbilden, ein Zeichen zu setzen. Das sind nur einige wenige Beispiele dafür, was gerade in den letzten Monaten getan und angestoßen wurde.

Kommen wir aber zurück zu den Anträgen von heute: Leistungen in der Altenpflege sind in Bayern nach anerkanntem Stand der Wissenschaft zu erbringen. Selbstverständlich gehört dazu auch eine gewisse

Dokumentation. Aber es geht immer darum zu fragen, was wirklich an Dokumentation notwendig ist. Dazu gehört zum Beispiel die Feststellung, ob eine Bewohnerin in der Nacht Fieber hatte, ja oder nein. Diese Dokumentation dient dem Schutz der Bewohner und dem Schutz der Pflegenden. Die Dokumentation sollte aber nicht dazu dienen, irgendwelche Haken zu setzen.

Mir ist dabei wichtig, dass es um die Planung von Pflegeprozessen geht, nicht um die Dokumentation einzelner Leistungen. Es geht um die Frage, was Pflegekräfte für ihre Dokumentation und für ihre Pflege benötigen. Wir brauchen eine Dokumentation der Pflege für die Pflege. Deswegen wollen wir möglichst wenig gesetzlich regeln und möglichst viel Freiheit lassen, damit keine zusätzliche Bürokratie entsteht. Die Pflegekräfte sollen selbst entscheiden können, was für sie an Pflegedokumentation notwendig ist.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, seit dem 1. Juli 2013 gilt das neue Pflege- und Wohnqualitätsgesetz. Darin sind die Qualitätsanforderungen zur Pflegedokumentation neu formuliert. Dort steht, dass es keine starre Pflegeplanung geben soll, sondern dass der Pflegeprozess im Vordergrund steht. Wie geht es dem Menschen? Wie geht es dem Bewohner? Das sind die wichtigen und richtigen Fragen, an denen wir uns orientieren sollten, und nicht die Frage: Wo ist der Haken richtig gesetzt?

(Beifall bei der CSU)

Die Einrichtungen können die klassische Pflegeplanung ein Stück weit selbst entbürokratisieren und sich selbst die praktische Handhabung der Dokumentation erleichtern. Die Bayerische Staatsregierung und ich möchten keine überbordende Pflegedokumentation. Das wollten wir noch nie. Schon im Jahr 2003 wurde ein entbürokratisiertes Dokumentationssystem vom Sozialministerium veröffentlicht, um Mindestanforderungen an inhaltlichen Ausgestaltungen der Pflegedokumentation zu definieren. Schon damals standen die Bedürfnisse der Bewohnerinnen und Bewohner im Vordergrund. Bernhard Seidenath hat vorhin bereits die Methode ReduDok vorgestellt. Dabei geht es um eine reduzierte Dokumentation. Die Einrichtungen können dabei mit einem leeren Blatt Papier beginnen und sich dann überlegen, welche Dokumentation sie in ihrer Einrichtung für ihre Kräfte benötigen. Das ist der richtige Weg.

Wir sollten die Einrichtungen ermutigen, diesen Weg zu gehen und in die Praxis umzusetzen. ReduDok ist eine Methode, um individuelle Lösungen zu finden. Meine sehr geehrten Damen und Herren, unsere Fachstellen sind darauf ausgerichtet, die Ergebnis-

qualität zu prüfen. Die Frage lautet: Wie geht es dem Menschen? Sie lautet nicht: Was ist überall genau dokumentiert? Ich hinterfrage bei jedem Besuch in einem Seniorenheim, ob diese Methode umgesetzt wird. Für mich ist wichtig, dass bei den Prüfungen der Fachstellen auf das Ergebnis geschaut wird, wie es dem Menschen geht, und nicht darauf, wo wie was dokumentiert ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich darf zum SPD-Antrag einige Sätze sagen. Wir dürfen nicht die Veröffentlichung von Prüfberichten der Fachstellen mit der Dokumentation verwechseln. Beides hat nichts miteinander zu tun. Einerseits geht es um Schaffung von Transparenz dem Bürger gegenüber, andererseits geht es um die interne Qualitätssicherung. Wir werden gern im Ausschuss einen Bericht über das geben, was wir auf den Weg gebracht haben, wie dies im SPD-Antrag gefordert ist.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, richtig ist auch, dass wir die Angst vieler Pflegekräfte vor irgendwelchen rechtlichen Konsequenzen ernst nehmen müssen. Daher habe ich eine Studie in Auftrag gegeben, die den Dokumentationsbedarf aus juristischer, pflegewissenschaftlicher und pflegepraktischer Sicht ermitteln soll. Diese Studie wird für mich neben ReduDok eine Diskussionsgrundlage sein, um mit den Pflegekräften, den politisch Verantwortlichen und den Pflegekassen einen Weg zu weniger Bürokratie in der Pflege in Bayern zu finden. Wir wollen die Pflegenden entlasten. Die Pflegekräfte brauchen Zeit für die Arbeit mit den Menschen. Wir wollen die Dokumentation auf das notwendige Maß reduzieren. Dies ist mir ein großes Anliegen.

Ich freue mich, dass heute vom Landtag dieses Signal ausgeht; denn wir brauchen in der Zukunft Pflegekräfte. Wir müssen den Pflegekräften die Möglichkeit geben, mit den Menschen zu arbeiten und nicht nur Bürokratie und Dokumentation zu machen. Dafür werden wir uns weiter einsetzen.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Damit ist die Aussprache geschlossen. Wir kommen jetzt zur Abstimmung. Dazu werden die Anträge wieder getrennt.

Wer dem Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/1918 -, das ist der Antrag der CSU-Fraktion-, seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Keine Gegenstimme. Gibt es Stimmenthaltungen? – Auch

keine Stimmenthaltung. Damit ist der Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag auf der Drucksache 17/1950. Das ist der Antrag der SPD-Fraktion. Wer diesem Antrag seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Keine Gegenstimme. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Antrag angenommen.

Ich bitte jetzt um Ihre Aufmerksamkeit. Wir kommen nun zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der Fraktion des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN auf Drucksache 17/1951. Hier wurden in der Aussprache verschiedene Umformulierungen beantragt. Herr Kollege Leiner hat diese vorgetragen. Danach soll der Einleitungssatz folgende Fassung erhalten: "Die Staatsregierung wird aufgefordert, dem Landtag ihr Konzept für eine umfassende Entbürokratisierung der Pflege zu erläutern."

Im zweiten Absatz erhält der letzte Satz folgende Fassung: "Die Prüfung ist konsequent an der Ergebnisqualität der Pflege auszurichten."

Der dritte Absatz erhält folgende Fassung: "Die Staatsregierung wird des Weiteren aufgefordert, im Ausschuss für Gesundheit und Pflege zu berichten, wie sie sich auf Bundesebene für eine grundlegende Form der Pflegetransparenzvereinbarung (PTV) und für eine Zusammenfassung der unterschiedlichen Prüfinstanzen zu einer einheitlichen Aufsichtsstelle einsetzen will."

Der vierte Absatz wird gestrichen.

Wer dem Dringlichkeitsantrag mit diesen Änderungen seine Zustimmung geben will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Gibt es Stimmenthaltungen? – Auch keine Stimmenthaltung. Damit ist dieser Dringlichkeitsantrag angenommen.

Wir kommen nur zur Abstimmung über den Dringlichkeitsantrag der FREIEN WÄHLER auf Drucksache 17/1952. Hier lasse ich ebenfalls über die einzelnen Ziffern gesondert abstimmen.

Ich lasse zuerst über den Einleitungssatz und die Ziffer 1 abstimmen. Der Einleitungssatz lautet jetzt nur noch: "Die Staatsregierung wird aufgefordert ...". Der

andere Absatz wird gestrichen. Herr Kollege Professor Dr. Bauer nickt, dann stimmt das.

Wer der Einleitung und der Ziffer 1 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Das sind die Fraktionen der CSU und der SPD. Gibt es Stimmenthaltungen? – Ohne Stimmenthaltung ist diese Passage abgelehnt.

Nun lasse ich über die Ziffern 2 und 3 abstimmen. Bei der Ziffer 3 sollen die Worte "eng aufeinander abzustimmen" durch die Worte "noch enger aufeinander abzustimmen" ersetzt werden.

(Heiterkeit)

- Wenn Sie sich wieder beruhigt haben, können wir weitermachen. – Wer den Ziffern 2 und 3 zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – Das sind die Fraktionen der CSU, der SPD, der FREIEN WÄHLER und des BÜNDNISSES 90/DIE GRÜNEN. Gibt es Gegenstimmen? – Keine. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltung. Damit ist diese Passage angenommen. Ich komme nun zu Ziffer 4. Sie soll folgende Fassung erhalten: "dem Ausschuss für Gesundheit und Pflege über die Möglichkeit zu berichten, wie der MDK von den Krankenkassen finanziell und organisatorisch völlig unabhängig ausgestattet werden kann." Wer der Ziffer 4 in dieser Fassung zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. – CSU, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – Die SPD. Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist auch Ziffer 4 des Dringlichkeitsantrags angenommen worden.

Ich mache nur darauf aufmerksam, dass rein redaktionell die Worte "Die Staatsregierung wird aufgefordert" zu Beginn des Antrags benötigt werden.

Die Dringlichkeitsanträge auf den Drucksachennummern 17/1919 bis 17/1924 werden in die zuständigen federführenden Ausschüsse verwiesen. Damit sind wir mit diesem Tagesordnungspunkt durch.

Bevor ich Tagesordnungspunkt 5 aufrufe, möchte ich das Ergebnis der namentlichen Abstimmung zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Rinderspacher, Weikert, Rauscher und Fraktion betreffend "Flüchtlinge aus Syrien sofort und unbürokratisch aufnehmen", Drucksache 17/1948, bekannt geben. Mit Ja haben 61 Abgeordnete gestimmt, mit Nein 75. Es gab keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Dringlichkeitsantrag abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 5)

Ich rufe nun den **Tagesordnungspunkt 5** auf:

**Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Markus Ganserer u. a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
Neustart bei der Anmeldung von Bundesstraßen und Autobahnen des Freistaats für den Bundesverkehrswegeplan 2015 (Drs. 17/885)**

Ich eröffne nun die Aussprache. Erster Redner ist der Herr Kollege Ganserer. Bitte schön.

Markus Ganserer (GRÜNE): (Vom Redner nicht autorisiert): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Bei der grundlegenden Feststellung sind wir uns einig. Beim Erhalt der bestehenden Verkehrsinfrastruktur herrscht ein enormes Finanzierungsdefizit. Auch bei der daraus notwendigen Ableitung, nämlich der Schlussfolgerung, der Erhalt müsse Vorrang vor dem Neubau erhalten, sind wir uns einig. Dieses Postulat muss aber auch umgesetzt werden. Das ist leider Gottes nicht der Fall. Erst vor wenigen Tagen hat der Bundesrechnungshof kritisiert, dass in den letzten Jahren 13 % der für den Erhalt vorgesehenen Gelder für Neu- und Ausbaumaßnahmen missbraucht worden sind. Auch Bayern hat bei diesem Missbrauch und dieser Zweckentfremdung der Unterhaltsmittel kräftig mitgewirkt. In der gleichen Zeit ist der Erhaltungszustand der Bundesstraßen und Bundesautobahnen in Bayern deutlich schlechter geworden.

Vor diesem Hintergrund diskutieren wir jetzt die Neuaufstellung des Bundesverkehrswegeplans. Die Bayerische Staatsregierung hat dafür insgesamt rund 400 Einzelprojekte angemeldet. Bei gleichbleibender Mittelausstattung und gleichbleibender Aufteilung der Länder bräuchten Sie weit über 100 Jahre, um diese Liste abzuarbeiten. Sehr geehrter Herr Staatsminister Herrmann, das ist nicht nur, wie Sie letzte Woche bei der "Münchner Runde" festgestellt haben, eine etwas überzogene Liste, sondern fern jedweder Realität.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Die Große Koalition hat jetzt insgesamt fünf Milliarden Euro zusätzlich zur Verfügung gestellt. Angesichts der maroden Brücken und kaputten Straßen ist es aber ein Gebot der Vernunft, dieses Geld in den Erhalt der bestehenden Infrastruktur zu stecken. Für zusätzliche Neubaumaßnahmen gibt es da wenig Spielraum.

Mit dem jetzt vorgelegten Antrag fordern wir die Staatsregierung auf, die Liste der angemeldeten Projekte zum Bundesverkehrswegeplan zu überarbeiten und nach objektiven Kriterien zu reihen. Natürlich ist eine Stärkung der transeuropäischen Netze notwendig. Natürlich müssen Engstellen beseitigt werden.

Natürlich gilt es, die Verkehrssicherheit zu beachten. Aber das Verteilen der Gelder nach dem Gießkannenprinzip führt dazu, dass man bei den wichtigsten Projekten und an den wirklichen Engstellen ebenfalls ewig lange nicht weiterkommt. Gleichzeitig muss die Alternative zu Neubaumaßnahmen unter Berücksichtigung der intermodalen Betrachtung geprüft werden. Ebenso müssen der umwelt- und naturschutzfachliche Aspekt sowie die Bau- und Betriebskosten berücksichtigt werden.

Bei der Regierungserklärung des Ministerpräsidenten wurde von Ihrem Parteikollegen Herrn Seehofer die Koalition mit dem Volk ausgerufen. Aufgrund der zahlreichen fragwürdigen, meist überzogenen und in der Summe überhaupt nicht finanzierbaren Projekte kriselt es in dieser Koalition gewaltig. Ich nenne beispielhaft nur die Proteste entlang der geplanten B 15 neu oder die Auseinandersetzung um die nicht notwendige Nordanbindung am Flughafen Nürnberg. Wenn Sie unseren Argumenten zur mangelnden Finanzierung schon nicht folgen, dann stimmen Sie unserem Antrag wenigstens um des Koalitionsfriedens willen zu.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Ich bitte jetzt den Herrn Kollegen Dr. Bernhard ans Rednerpult.

Dr. Otmar Bernhard (CSU): Frau Präsidentin, Kolleginnen und Kollegen! Sie haben es gerade gehört: Die GRÜNEN wollen das Verfahren ändern, wie der Bedarfsplan im Straßenbau, um den es hier geht, aufgestellt und gestaltet wird. Dies soll einmal dadurch geschehen, dass man angesichts des begrenzten Finanzrahmens die Projekte reduziert, zum anderen dadurch, dass man die bayerischen Anmeldungen priorisiert, das heißt, dem Bund vorgibt, was wir in Bayern dazu denken. Wir glauben, dass beides nicht sinnvoll und zweckmäßig ist. Es passt auch nicht zu dem bundesstaatlichen Verfahren, das hier läuft.

(Markus Ganserer (GRÜNE): Andere Länder machen das doch auch!)

Sie wissen im Übrigen, dass die Projektunterlagen schon abgegeben sind und Sie die Sache vielleicht auf Wiedervorlage legen können, weil das für das jetzige Verfahren ohnehin keinen Sinn mehr hat. Was hier läuft, hat sich bewährt. Es kommt am Ende nicht darauf an, wie lang die Liste ist, sondern der Bund legt Prioritäten fest, und das unter bundesweiter Betrachtung. Das ist auch seine Aufgabe, und das ist auch richtig. Die Kriterien, die der Bund letztlich anwendet – Sie haben in Ihrem Antrag eine ganze Reihe von solchen Kriterien angeführt –, beruhen auf seiner Betrachtung der Dinge, und zwar nach dem Prinzip

"Was hat denn Priorität?" usw. Insofern gibt es eigentlich keinen Grund, das zu verändern. Wir haben keine schlechten Erfahrungen damit gemacht. Es wird informell ohnehin zwischen dem Freistaat Bayern und dem Bund diskutiert, welches Projekt man am besten prioritär verwirklicht. Außerdem ist es, falls wir das machen sollten, so: Der Bund legt immer eine sogenannte Grundkonzeption, wie er in dem konkreten Aufstellungsverfahren vorgehen will, sowie eine Verkehrsprognose vor - in diesem Fall bis zum Jahr 2030 -, die ebenfalls nicht vorliegt. Es würde gar keinen Sinn machen, wenn wir jetzt versuchen würden oder versucht hätten, hier in Bayern ein anderes Verfahren anzuwenden.

Richtig ist, dass der Finanzrahmen zu eng ist; das ist eine allgemeine Erkenntnis. Die Bundesregierung hat versucht, mehr Geld in diese Infrastruktur zu stecken, aber die Mittel sind begrenzt. Dennoch – ich sage es noch einmal – schadet es überhaupt nicht, wenn man eine Auflistung darüber hat, welche Straßen wir in Bayern bauen wollen, auch in dem Wissen, dass man das erst auf der Zeitschiene hat.

(Zuruf von den GRÜNEN)

- Das ändert aber nichts daran. Was hätte es geändert, wenn wir gesagt hätten – jetzt nehme ich es einmal so pauschal -, wir möchten nur die Hälfte haben? Was hätte das geändert? – Gar nichts. Ich glaube also, dass das, was Sie verlangen, keinen Sinn macht. Und noch einmal: Es ist auch viel zu spät, weil die bayerische Meldung längst abgegeben ist.

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Ich bitte Herrn Kollegen Bernhard Roos ans Rednerpult.

Bernhard Roos (SPD): Liebe Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Bernhard, das war eine müde Replik auf den Antrag der GRÜNEN. Diese Mutlosigkeit, diese Farblosigkeit und diese Entscheidungsschwäche passen eigentlich überhaupt nicht zu Bayern und zum "Mia san mia". Vielleicht vertraut man darauf, dass der Herr Bundesverkehrsminister Dobrindt sowieso allein entscheiden und sich in der Parteistruktur der CSU rückversichern wird. Aber ich glaube, da springen Sie viel zu kurz.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es geht um einen Neustart und nicht darum, noch mehr anzumelden oder komplett zu streichen, sondern darum, zumindest eine Priorisierung vorzunehmen. Sie haben von ihr gesprochen. In der Obersten Baubehörde, lieber Herr Innen- und vor allem Verkehrsminister Herrmann, wird sicher durchaus die Klarheit bestehen, dass man nicht nur bei der Bahn und beim Wasser, sondern auch beim Bundesverkehrswegeplan bezüg-

lich Autobahnen und Bundesfernstraßen Prioritäten setzen muss.

Der Kriterienkatalog, den die GRÜNEN vorgelegt haben, ist äußerst vernünftig. Keiner wird wohl verneinen wollen, dass wir primär die TEN-Strecken ausbauen und ertüchtigen müssen, dass es um die Beseitigung von Engpässen geht und dass Nadelöhre ausgeweitet werden sollen. All das ist absolut richtig, ebenso dass wir die Verkehrsträger nicht nur monostrukturell, sondern intermodal sehen müssen. All das kann man nur unterstreichen. Deswegen haben auch im Wirtschaftsausschuss alle außer den CSU-Abgeordneten schon zugestimmt.

Was die Mittelausstattung angeht, kann man als Teil der Großen Koalition, der wir ja sind, sagen, dass die zusätzlichen 5 Milliarden Euro für die Legislaturperiode, also für vier Jahre, absolut nicht das sind, was wir bräuchten. Das sagen Sie, Herr Innenminister, selbst auch immer, und da erwarte ich mir aus Sicht des Freistaats Bayern mit seinen relativ vollen Kassen, dass man dem Bund Beine macht und fordert, dass nicht nur die Ausgabenseite gesehen werden soll, sondern die Einnahmenseite stärker berücksichtigt wird. Das heißt, dass die Mittel, die wir zweckgebunden aus der Kfz-Steuer und aus der Mineralölsteuer bekommen, besser gewichtet werden sollten, mehr zugunsten der Verkehrsträger und weniger zugunsten des allgemeinen Haushalts des Bundes.

Natürlich müssen wir die Lkw-Maut ausdehnen. Das ist eine Forderung der SPD und insbesondere auch der Kommunen. Der Bayerische Städtetag steht eindeutig zu der Forderung, dass die Lkw-Maut auf alle Trassen ausgeweitet wird. Damit kann man per annum 4 Milliarden Euro zusätzlich generieren. Dieser Betrag fließt direkt in eine Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur. Ich kann mich da meinem Kollegen Uli Maly nur zur Seite stellen.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, der politische Hintergrund dafür, dass die CSU das Ja zu einer Priorisierung nicht wagt, ist ganz einfach. Wir haben immer noch eine Wahl vor uns, und immer noch gehen Bürgermeister quer durch Bayern mit dem Bild hausieren, als wären sie Esel mit einer Karotte vor der Nase, als habe die Ausbaumaßnahme XY also doch noch eine Chance. Wenn man alle 400 Esel so laufen lässt, ist man in einer bequemen Situation, aber man streut den Wählerinnen und Wählern absolut Sand in die Augen. Das ist keine richtige und wahrhaftige Politik.

Den Freunden von der grünen Seite habe ich auch noch etwas ins Stammbuch zu schreiben: Wenn wir einen Konsens im Haus hergestellt und eine Priorisierung gefunden haben, dann sollten wir bitte auch

bauen und nicht notwendige Baumaßnahmen wie Lückenschließungen etc. torpedieren. Wir brauchen eine leistungsfähige Infrastruktur. Das ist für die Industrie in unserem Land eminent wichtig, und das ist für die Bürgerinnen und Bürger wichtig, die oft weite Strecken zurücklegen müssen, zumeist als Pendler. - Ich bitte um Zustimmung. Die CSU fordere ich auf: Zeigen Sie Mut – Sie haben, zumindest Einzelne von Ihnen, heute schon einmal Mut bewiesen – und stimmen Sie zu.

(Beifall bei der SPD)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Bitte, Frau Kollegin Widmann.

Jutta Widmann (FREIE WÄHLER): Sehr geehrte Frau Präsidentin, werde Kolleginnen und Kollegen! Den Antrag der GRÜNEN auf Einstufung der bayerischen Projekte des Bundesverkehrswegeplans nach Dringlichkeit begrüßen wir FREIEN WÄHLER ausdrücklich. Der bayerische Ministerrat hat im März letzten Jahres die bayerischen Projekte für den neuen Bundesverkehrswegeplan 2015 beschlossen. Insgesamt handelt es sich bei dieser Wunschliste um Gesamtkosten von circa 17 Milliarden Euro. Die Umsetzung wird dann ungefähr 160 Jahre dauern.

Daraus ist schon ersichtlich, dass es bei uns in Bayern dringenden Handlungsbedarf gibt, was den Ausbau und die Sanierung der Bundesstraßen und Autobahnen angeht. Bisher hat es sich die Staatsregierung einfach gemacht: Bayern meldet eine nicht erfüllbare Wunschliste mit allen Projekten nach Berlin und lässt dort entscheiden, welche Projekte dringend sind und wo die Prioritäten liegen. Den bayerischen Bürgern wird vorgegaukelt, dass alle Projekte realisierbar sind und in nächster Zeit umgesetzt werden. Wenn die Bundesstraße in den nächsten 30 Jahren dann doch nicht gebaut wird, weil einfach nicht genug Geld da ist, ist die Enttäuschung vor Ort natürlich groß. Es wäre doch viel sinnvoller, wenn die Staatsregierung die Projekte selbst einteilt, damit die wirklich wichtigen Maßnahmen, die dringend benötigt werden, schnellstmöglich umgesetzt werden.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der SPD)

Dadurch würde Zeit gespart. Zum anderen weiß die Staatsregierung am besten, wo es verkehrlich brennt. Die Bürgerinnen und Bürger wüssten von Anfang an, welche Projekte Realität werden und welche nur jahrelang auf dem Papier stehen. Das, liebe Staatsregierung, wäre transparente und seriöse Politik.

Meine Damen und Herren, auch wir FREIEN WÄHLER unterstützen den Ausbau der wichtigen Ver-

kehrachsen. Aber uns FREIEN WÄHLERN sind auch die Anwohner vor Ort wichtig. Daher stehen wir für Ortsumgehungen, wo sie gewünscht und sinnvoll sind. Wir dürfen über den Ausbau der Autobahnen und Bundesfernstraßen nicht die Bürger vor Ort vergessen, die tagtäglich mit dem Verkehr auf stark belasteten Bundesstraßen vor ihrer Haustür zu kämpfen haben.

Wir diskutieren dieses Thema hier, weil die Straßen in Deutschland massiv unterfinanziert sind. Lassen Sie mich ein paar Zahlen nennen. Während die Einnahmen aus der Lkw-Maut in den letzten acht Jahren um 2,1 Milliarden Euro gestiegen sind, sind die Haushaltsmittel im gleichen Zeitraum um 2,3 Milliarden Euro reduziert worden. Bei den Bundesstraßen und Autobahnen ist also unter dem Strich bisher noch kein Cent zusätzlich angekommen.

Deshalb fordern wir FREIEN WÄHLER ein Umdenken in der Straßenfinanzierung: Erhalt und Neubau entkoppeln. Die Gelder für den Straßenerhalt müssen verstetigt werden. Wir brauchen zweckgebundene, haushaltsunabhängige Finanztöpfe in Bund und Ländern, aus denen der Erhalt unserer Straßen finanziert wird. Nur so können wir die vorhandenen Mittel effizient einsetzen. Dann ist langfristig auch wieder Geld für den Neubau vorhanden.

Gleichzeitig steigen die Ausgaben für den Bestandserhalt immer mehr an. Das geht letztendlich zulasten des Neubaus. Die Versäumnisse im Unterhalt, die über Jahrzehnte hinweg begangen wurden, rächen sich bereits. Das Geld wird immer weniger, und die Wunschliste wird immer länger. Sinnvolle und langfristige Verkehrspolitik sieht anders aus.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, die Mittel aus der Lkw-Maut versickern im Staatshaushalt, und genau das Gleiche wird auch mit der viel gepriesenen Ausländermaut passieren. Anstatt damit unsere maroden Straßen zu sanieren oder wichtige Verkehrsstrecken auszubauen, wird das Geld verwendet, um Haushaltslöcher zu stopfen. Daher fordern wir FREIEN WÄHLER eine bessere Aufteilung der Mittel und Projekte. Wenn die vorhandenen Mittel besser eingesetzt werden, können wir uns am Ende des Tages auch wieder mehr von unserer Wunschliste leisten.

Wie im Wirtschaftsausschuss stimmen wir FREIEN WÄHLER dem Antrag der GRÜNEN zu.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und des Abgeordneten Bernhard Roos (SPD))

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Herzlichen Dank. – Ich bitte nun Herrn Staatsminister Herrmann zum Rednerpult.

Staatsminister Joachim Herrmann (Innenministerium): Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Leistungsfähige Verkehrswege sind Voraussetzung für eine moderne Gesellschaft, für Mobilität der Bürger, für Wirtschaftswachstum, Beschäftigung und Wohlstand, und gerade in einem Flächenstaat wie Bayern stellen deshalb die Autobahnen und Bundesstraßen besonders wichtige Lebensadern dar.

Verantwortlich für den Bau und die Erhaltung der Bundesfernstraßen ist die Bundesrepublik Deutschland. Im Bundesverkehrswegeplan legt die Bundesregierung fest, wie die Verkehrsinfrastruktur in Deutschland entwickelt und ausgebaut werden soll. Wichtig zu wissen ist hierbei natürlich, dass der Bundesverkehrswegeplan ein strategisches Planungsinstrument, aber kein Finanzierungsplan ist. Neben den Projekten an den Bundesfernstraßen enthält der Bundesverkehrswegeplan auch die beabsichtigten Maßnahmen an Schienen und Wasserstraßen. Für den Bereich der Straßen sind nur Neubau und Erweiterungsprojekte einzeln genannt. Nachdem sich die ganze Diskussion bislang nur um die Bundesfernstraßen gedreht hat, gehe ich davon aus, dass – das unterstelle ich jetzt einfach einmal – auch vonseiten der Oppositionsfraktionen mit allen Anmeldungen im Bereich Schiene und Wasserstraße keine Einwände bestehen.

(Bernhard Roos (SPD): Der ist keine Priorisierung!)

Im Moment erstellt das Bundesministerium für Verkehr und digitale Infrastruktur einen neuen Bundesverkehrswegeplan, der im Entwurf bis Ende nächsten Jahres vorliegen soll. Das Bundesverkehrsministerium hatte uns schon im Jahr 2012 aufgefordert, Straßenprojekte zu benennen, die wir in Bayern für notwendig erachten und die in den neuen Bundesverkehrswegeplan aufgenommen werden sollen.

Im Rahmen der Projektauswahl haben wir der Öffentlichkeit die Möglichkeit gegeben, zu einer von meinem Staatsministerium vorbereiteten Projektliste Stellung zu nehmen. Das war eine Bürgerbeteiligung, wie es sie so noch nie zuvor für einen Bundesverkehrswegeplan gegeben hatte. Über 25.000 Bürgerinnen und Bürger haben von dieser Möglichkeit Gebrauch gemacht. Die endgültige Anmeldeleiste hat der Ministerrat am 12. März 2013 beschlossen. Wir haben dabei sehr wohl auch eine Reihe von Projekten aus der Anmeldung gestrichen, nachdem es erhebliche Einwände dagegen gegeben hat. Es sind aber auch zusätzliche

Aspekte ergänzt worden, da von den Bürgern noch zusätzliche Wünsche geäußert wurden.

Welche Projekte am Schluss in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen werden und wie sie realisiert werden, legt der Bund fest. Hierzu bewertet er alle von den Ländern gemeldeten Projekte in einem objektiven Verfahren nach bundesweit einheitlichen Maßstäben. Wir würden also letztendlich nichts gewinnen, wenn wir von uns aus schon eine Priorisierungsliste erstellen würden; denn alles, was wir melden – alle Projekte von Schleswig-Holstein bis Bayern –, wird vom Bund entsprechend überprüft und gecheckt. Danach liegen die Ergebnisse vor. Im nächsten Jahr werden dann sicherlich noch einmal Gespräche mit den betroffenen Ländern stattfinden. Ich denke, das ist eine sinnvolle Plattform für tragfähige Entscheidungen bei der weiteren Entwicklung des Bundesfernstraßennetzes.

Weil das so ist, hat der Bund die Länder ihrerseits nicht um eigene Bewertungen oder Dringlichkeitsreihungen gebeten. Insofern, denke ich, ist das, was Sie sagten, lieber Herr Kollege Ganserer, einfach falsch.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ja!)

Der Bundesverkehrswegeplan ist ein Rahmenprogramm und ein strategisches Planungsinstrument, er ist jedoch kein Finanzierungsplan und auch kein Finanzierungsprogramm.

Wir sind uns einig: Wir brauchen mehr Geld für den Bundesfernstraßenbau. Die Große Koalition hat mit den zusätzlichen 5 Milliarden Euro ein wichtiges Zeichen gesetzt.

(Hubert Aiwanger (FREIE WÄHLER): Ausländermaut!)

Wir sind dafür, dass auch mit der Ausweitung der Lkw-Maut zusätzliche Mittel mobilisiert werden, und wir machen keinen Hehl aus unserer Auffassung, dass sich ausländische Autofahrer in Deutschland die Chance, ähnlich wie die deutschen Autofahrer in den meisten Nachbarländern die Chance haben, sich an der Finanzierung der dortigen Autobahnen zu beteiligen, auch in Deutschland nicht entgehen lassen sollten. Das ist Chancengerechtigkeit, und diese wollen wir herstellen.

Meine Damen und Herren, aufgrund der Erfahrungen mit vorherigen Bundesverkehrswegeplänen ist davon auszugehen, dass natürlich nicht alle Projekte in den Bundesverkehrswegeplan aufgenommen werden. Von den aufgenommenen Projekten wird erfahrungsgemäß auch nur ein Teil als vordringlich eingestuft werden.

Vor dem genannten Hintergrund ist aber zum jetzigen Zeitpunkt eine Forderung nach Reduktion der Projektanmeldungen aus finanzieller Sicht nicht zu befürworten, und es hat schon gar keinen Sinn, das ganze Verfahren jetzt noch einmal neu zu starten; denn längst sind alle Fristen abgelaufen. Alle Länder haben ihre Listen abgegeben. Im Moment laufen die Überprüfungen für alle gemeldeten Objekte durch den Bund, und dann werden wir im nächsten Jahr weitersehen.

Lieber Herr Kollege Roos, Sie haben mehr Mut gefordert. Ich sage Ihnen: Wir haben den Mut zum Bauen, weil wir gute Straßen in unserem Land für die Zukunft Bayerns brauchen, und das wird auch in Zukunft unsere Richtschnur sein.

(Beifall bei der CSU)

Zweite Vizepräsidentin Inge Aures: Danke schön. Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur Abstimmung.

Der federführende Ausschuss für Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer entgegen dem Ausschussvotum dem Antrag zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. SPD, FREIE WÄHLER, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Gegenstimmen? – CSU. Gibt es Stimmenthaltungen? – Keine Stimmenthaltungen. Damit ist der Antrag abgelehnt.

(Allgemeine Unruhe)

– Wir sind noch nicht fertig, einen Moment noch. Wir haben bis 18.30 Uhr geladen und sind noch nicht ganz fertig.

Außerhalb der Tagesordnung gebe ich gemäß § 27 Absatz 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass der Ausschuss für Kommunale Fragen, Innere Sicherheit und Sport gestern Frau Kollegin Eva Gottstein zur stellvertretenden Vorsitzenden gewählt hat.

Frau Kollegin Eva Gottstein wurde darüber hinaus von der Fraktion der FREIEN WÄHLER anstelle der früheren Kollegin Tanja Schweiger als neues Mitglied im Landessportbeirat benannt.

Außerdem gebe ich gemäß § 26 Absatz 2 der Geschäftsordnung bekannt, dass die CSU-Fraktion anstelle des Kollegen Alfred Sauter den Kollegen Bernd Kränzle als neues Mitglied im Ausschuss für Verfassung, Recht und Parlamentsfragen benannt hat. Ich bitte um entsprechende Kenntnisnahme.

Nun sind wir am Ende der Tagesordnung. Ich kann die Sitzung offiziell schließen und bedanke mich. Kommen Sie gut nach Hause.

(Schluss: 18.18 Uhr)

Beschlussempfehlungen der Ausschüsse, die der Abstimmung über die nicht einzeln zu beratenden Anträge zu Grunde gelegt wurden gem. § 59 Absatz 7 (Tagesordnungspunkt 3)

Es bedeuten:

- (E) einstimmige Zustimmungsempfehlung des Ausschusses
 (G) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Gegenstimmen
 (ENTH) Zustimmungsempfehlung des Ausschusses mit Enthaltungen oder Enthaltung einer Fraktion im Ausschuss
 (A) Ablehnungsempfehlung des Ausschusses oder Ablehnung einer Fraktion im Ausschuss
 (Z) Zustimmung einer Fraktion im Ausschuss

1. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Christine Kamm u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Syrische Kontingentflüchtlinge: Versprechen halten, Wohnungen sofort bereitstellen!
 Drs. 17/272, 17/1796 (A)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Arbeit und Soziales, Jugend, Familie und Integration

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

2. Antrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Thomas Mütze u.a. und Fraktion (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)
 Ausbau der B 26 in Aschaffenburg neu planen
 Drs. 17/682, 17/1790 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
 Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>

3. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Rasche Umstufung der B 8 bei Markt Bibart
Drs. 17/873, 17/1791 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

4. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Bericht über die Aktivitäten und Stellungnahmen der Staatsregierung hinsichtlich der Bayern betreffenden geplanten HGÜ-Stromleitungen sowie zum Netzausbaubedarf
Drs. 17/917, 17/1794 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

5. Antrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Gabi Schmidt u.a. und Fraktion (FREIE WÄHLER)
Anschluss von Neustadt a.d.Aisch an die Nürnberger S-Bahn
Drs. 17/970, 17/1795 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Wirtschaft und Medien, Infrastruktur, Bau und Verkehr, Energie und Technologie

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

6. Antrag der Abgeordneten Gudrun Brendel-Fischer, Prof. Dr. Gerhard Waschler, Berthold Rüth u.a. CSU
Umsatzbesteuerung von Schulessen bzw. Essen in Kindertagesstätten
Drs. 17/981, 17/1793 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Staatshaushalt und Finanzfragen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

7. Antrag der Abgeordneten Dr. Franz Rieger, Hermann Imhof, Kerstin Schreyer-Stäblein u.a. CSU, Dr. Linus Förster, Hans-Ulrich Pfaffmann, Susann Biedefeld u.a. SPD, Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Dr. Hans Jürgen Fahn u.a. FREIE WÄHLER, Christine Kamm, Jürgen Mistol BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN
Nachhaltige und faire Beschaffung
Drs. 17/1178, 17/1689 (E)

Votum des federführenden Ausschusses für
Bundes- und Europaangelegenheiten sowie regionale Beziehungen

CSU	SPD	FREIE WÄHLER	GRÜ
<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.05.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Ulrike Müller u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Für ein soziales Europa der Demokratie, Subsidiarität und der sozialen Marktwirtschaft (Drucksache 17/1946)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus		X		Gehring Thomas			
Aigner Ilse				Gerlach Judith	X		
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst		X		Glauber Thorsten			
Aures Inge		X		Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike		X	
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin		X	
Bauer Volker		X		Güller Harald		X	
Baumgärtner Jürgen				Guttenberger Petra	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried	X						
Bause Margarete		X		Haderthauer Christine			
Beißwenger Eric	X			Halbleib Volkmar			
Dr. Bernhard Otmar	X			Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann		X		Hartmann Ludwig		X	
Blume Markus	X			Heckner Ingrid	X		
Bocklet Reinhold	X			Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert	X			Herold Hans	X		
Brendel-Fischer Gudrun	X			Dr. Herrmann Florian	X		
Brückner Michael	X			Herrmann Joachim			
von Brunn Florian		X		Dr. Herz Leopold	X		
Brunner Helmut				Hiersemann Alexandra		X	
				Hintersberger Johannes			
Celina Kerstin		X		Hofmann Michael	X		
				Holetschek Klaus	X		
Dettenhöfer Petra		X		Dr. Hopp Gerhard			
Dorow Alex				Huber Erwin		X	
Dünkel Norbert	X			Dr. Huber Marcel	X		
Dr. Dürr Sepp		X		Dr. Huber Martin	X		
				Huber Thomas	X		
Eck Gerhard				Dr. Hünnerkopf Otto	X		
Dr. Eiling-Hütig Ute				Huml Melanie			
Eisenreich Georg	X						
				Imhof Hermann	X		
Fackler Wolfgang	X						
Dr. Fahn Hans Jürgen	X			Jörg Oliver	X		
Fehlner Martina		X					
Felbinger Günther	X			Kamm Christine		X	
Flierl Alexander	X			Kaniber Michaela	X		
Dr. Förster Linus		X		Karl Annette		X	
Freller Karl	X			Kirchner Sandro	X		
Füracker Albert	X			Knoblauch Günther		X	
				König Alexander		X	
Ganserer Markus			X	Kohnen Natascha		X	
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul		X		Kränzle Bernd			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert		X	
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton	X		
Kreuzer Thomas	X		
Kühn Harald	X		
Ländner Manfred	X		
Lederer Otto	X		
Leiner Ulrich			
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig	X		
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas		X	
Dr. Magerl Christian			X
Dr. Merk Beate	X		
Meyer Peter			
Mistol Jürgen		X	
Müller Emilia	X		
Müller Ruth		X	
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas		X	
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena		X	
Petersen Kathi		X	
Pfaffmann Hans-Ulrich		X	
Prof. Dr. Piazolo Michael			
Pohl Bernhard	X		
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph			
Radlmeier Helmut	X		
Rauscher Doris		X	
Dr. Reichhart Hans	X		
Reiß Tobias	X		
Dr. Rieger Franz	X		
Rinderspacher Markus		X	
Ritt Hans	X		
Ritter Florian		X	
Roos Bernhard		X	
Rosenthal Georg		X	
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold	X		
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike	X		
Scheuenstuhl Harry			
Schindler Franz			
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga		X	
Schöffel Martin	X		
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja	X		
Schreyer-Stäblein Kerstin	X		
Schulze Katharina		X	
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten	X		
Dr. Schwartz Harald	X		
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard	X		
Sem Reserl	X		
Sengl Gisela			
Sibler Bernd	X		
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin		X	
Dr. Spaenle Ludwig	X		
Stachowitz Diana		X	
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia			X
Steinberger Rosi		X	
Steiner Klaus	X		
Stierstorfer Sylvia	X		
Stöttner Klaus	X		
Straub Karl	X		
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold		X	
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif		X	
Taubeneder Walter	X		
Tomaschko Peter	X		
Trautner Carolina	X		
Unterländer Joachim			
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen	X		
Waldmann Ruth		X	
Prof. Dr. Waschler Gerhard	X		
Weidenbusch Ernst	X		
Weikert Angelika		X	
Dr. Wengert Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Winter Georg	X		
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert		X	
Zacharias Isabell		X	
Zellmeier Josef	X		
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	79	63	3

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.05.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Hubert Aiwanger, Florian Streibl, Thorsten Glauber u. a. und Fraktion FREIE WÄHLER; Kosten für den Rückbau der Kernkraftwerke und die Endlagerung des Atommülls nicht auf die Allgemeinheit abwälzen (Drucksache 17/1916)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas			
Aigner Ilse				Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten			
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike	X		
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen				Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried		X					
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar			
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann	X			Hartmann Ludwig	X		
Blume Markus		X		Heckner Ingrid		X	
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Brückner Michael		X		Herrmann Joachim		X	
von Brunn Florian	X			Dr. Herz Leopold	X		
Brunner Helmut				Hiersemann Alexandra	X		
				Hintersberger Johannes			
Celina Kerstin	X			Hofmann Michael			
				Holetschek Klaus		X	
Dettenhöfer Petra		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dorow Alex				Huber Erwin		X	
Dünkel Norbert		X		Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Dürr Sepp	X			Dr. Huber Martin		X	
				Huber Thomas		X	
Eck Gerhard				Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute				Huml Melanie			
Eisenreich Georg		X					
				Imhof Hermann		X	
Fackler Wolfgang		X					
Dr. Fahn Hans Jürgen	X			Jörg Oliver		X	
Fehlner Martina	X						
Felbinger Günther	X			Kamm Christine	X		
Flierl Alexander		X		Kaniber Michaela		X	
Dr. Förster Linus	X			Karl Annette	X		
Freller Karl		X		Kirchner Sandro		X	
Füracker Albert		X		Knoblauch Günther	X		
				König Alexander		X	
Ganserer Markus	X			Kohnen Natascha	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kränzle Bernd			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry			
Schindler Franz			
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim			
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst		X	
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	62	85	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.05.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Margarete Bause, Ludwig Hartmann, Dr. Christian Magerl u. a. und Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN; Überführung der Atomrückstellungen in einen öffentlich-rechtlichen Fonds - keine Entlassung der Atomkraftwerksbetreiber aus der Haftung (Drucksache 17/1947)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas			
Aigner Ilse				Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max			
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten			
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas		X	
				Gote Ulrike	X		
Bachhuber Martin		X		Gottstein Eva			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Güll Martin	X		
Bauer Volker		X		Güller Harald	X		
Baumgärtner Jürgen				Guttenberger Petra		X	
Prof. Dr. Bausback Winfried							
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar			
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann	X			Hartmann Ludwig	X		
Blume Markus				Heckner Ingrid		X	
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert		X		Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Brückner Michael		X		Herrmann Joachim		X	
von Brunn Florian	X			Dr. Herz Leopold	X		
Brunner Helmut				Hiersemann Alexandra	X		
				Hintersberger Johannes			
Celina Kerstin	X			Hofmann Michael			
				Holetschek Klaus		X	
Dettenhöfer Petra		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dorow Alex				Huber Erwin			
Dünkel Norbert		X		Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Dürr Sepp	X			Dr. Huber Martin		X	
				Huber Thomas		X	
Eck Gerhard				Dr. Hünnerkopf Otto			
Dr. Eiling-Hütig Ute				Huml Melanie		X	
Eisenreich Georg		X					
				Imhof Hermann		X	
Fackler Wolfgang		X					
Dr. Fahn Hans Jürgen	X			Jörg Oliver		X	
Fehlner Martina	X						
Felbinger Günther	X			Kamm Christine	X		
Flierl Alexander		X		Kaniber Michaela			
Dr. Förster Linus	X			Karl Annette	X		
Freller Karl		X		Kirchner Sandro		X	
Füracker Albert		X		Knoblauch Günther	X		
				König Alexander		X	
Ganserer Markus	X			Kohnen Natascha	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			Kränzle Bernd			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate		X	
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia		X	
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut		X	
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus			
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard			
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry			
Schindler Franz			
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja			
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten			
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd		X	
Dr. Söder Markus		X	
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter			
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Untertländer Joachim			
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde			
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	61	75	0

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 15.05.2014 zum Dringlichkeitsantrag der Abgeordneten Markus Rinderspacher, Angelika Weikert, Doris Rauscher u. a. und Fraktion SPD; Flüchtlinge aus Syrien sofort und unbürokratisch aufnehmen (Drucksache 17/1948)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adelt Klaus	X			Gehring Thomas			
Aigner Ilse				Gerlach Judith		X	
Aiwanger Hubert	X			Gibis Max		X	
Arnold Horst	X			Glauber Thorsten			
Aures Inge	X			Dr. Goppel Thomas			
Bachhuber Martin				Gote Ulrike			
Prof. (Univ. Lima) Dr. Bauer Peter	X			Gottstein Eva			
Bauer Volker				Güll Martin	X		
Baumgärtner Jürgen				Güller Harald	X		
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Guttenberger Petra		X	
Bause Margarete	X			Haderthauer Christine		X	
Beißwenger Eric		X		Halbleib Volkmar			
Dr. Bernhard Otmar		X		Hanisch Joachim	X		
Biedefeld Susann	X			Hartmann Ludwig	X		
Blume Markus		X		Heckner Ingrid		X	
Bocklet Reinhold		X		Heike Jürgen W.		X	
Brannekämper Robert				Herold Hans		X	
Brendel-Fischer Gudrun		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Brückner Michael		X		Herrmann Joachim		X	
von Brunn Florian	X			Dr. Herz Leopold	X		
Brunner Helmut				Hiersemann Alexandra	X		
Celina Kerstin				Hintersberger Johannes			
Dettenhöfer Petra		X		Hofmann Michael			
Dorow Alex				Holetschek Klaus			
Dünkel Norbert		X		Dr. Hopp Gerhard		X	
Dr. Dürr Sepp	X			Huber Erwin		X	
Eck Gerhard				Dr. Huber Marcel		X	
Dr. Eiling-Hütig Ute				Dr. Huber Martin		X	
Eisenreich Georg		X		Huber Thomas		X	
Fackler Wolfgang		X		Dr. Hünnerkopf Otto		X	
Dr. Fahn Hans Jürgen	X			Huml Melanie		X	
Fehlner Martina	X			Imhof Hermann		X	
Felbinger Günther	X			Jörg Oliver		X	
Flierl Alexander		X		Kamm Christine	X		
Dr. Förster Linus	X			Kaniber Michaela		X	
Freller Karl		X		Karl Annette	X		
Füracker Albert		X		Kirchner Sandro		X	
Ganserer Markus	X			Knoblauch Günther	X		
Prof. Dr. Gantzer Peter Paul	X			König Alexander		X	
				Kohnen Natascha	X		
				Kränzle Bernd			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Dr. Kränzlein Herbert	X		
Kraus Nikolaus	X		
Kreitmair Anton		X	
Kreuzer Thomas		X	
Kühn Harald		X	
Ländner Manfred		X	
Lederer Otto		X	
Leiner Ulrich	X		
Freiherr von Lerchenfeld Ludwig		X	
Lorenz Andreas		X	
Lotte Andreas	X		
Dr. Magerl Christian	X		
Dr. Merk Beate			
Meyer Peter			
Mistol Jürgen	X		
Müller Emilia			
Müller Ruth	X		
Müller Ulrike	X		
Mütze Thomas	X		
Muthmann Alexander	X		
Neumeyer Martin			
Nussel Walter		X	
Osgyan Verena	X		
Petersen Kathi	X		
Pfaffmann Hans-Ulrich	X		
Prof. Dr. Piazolo Michael	X		
Pohl Bernhard			
Pschierer Franz Josef			
Dr. Rabenstein Christoph	X		
Radlmeier Helmut			
Rauscher Doris	X		
Dr. Reichhart Hans		X	
Reiß Tobias		X	
Dr. Rieger Franz		X	
Rinderspacher Markus	X		
Ritt Hans		X	
Ritter Florian	X		
Roos Bernhard	X		
Rosenthal Georg	X		
Rotter Eberhard			
Rudrof Heinrich		X	
Rüth Berthold		X	
Sauter Alfred		X	
Scharf Ulrike		X	
Scheuenstuhl Harry			
Schindler Franz			
Schmidt Gabi	X		
Schmitt-Bussinger Helga	X		
Schöffel Martin		X	
Schorer Angelika		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schreyer-Stäblein Kerstin		X	
Schulze Katharina	X		
Schuster Stefan			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seehofer Horst			
Seidenath Bernhard		X	
Sem Reserl		X	
Sengl Gisela			
Sibler Bernd			
Dr. Söder Markus			
Sonnenholzner Kathrin	X		
Dr. Spaenle Ludwig			
Stachowitz Diana	X		
Stamm Barbara		X	
Stamm Claudia	X		
Steinberger Rosi			
Steiner Klaus		X	
Stierstorfer Sylvia		X	
Stöttner Klaus		X	
Straub Karl		X	
Streibl Florian	X		
Strobl Reinhold	X		
Ströbel Jürgen		X	
Dr. Strohmayr Simone			
Stümpfig Martin	X		
Tasdelen Arif	X		
Taubeneder Walter		X	
Tomaschko Peter		X	
Trautner Carolina		X	
Unterländer Joachim			
Dr. Vetter Karl			
Vogel Steffen		X	
Waldmann Ruth	X		
Prof. Dr. Waschler Gerhard		X	
Weidenbusch Ernst			
Weikert Angelika	X		
Dr. Wengert Paul			
Werner-Muggendorfer Johanna			
Westphal Manuel		X	
Widmann Jutta	X		
Wild Margit			
Winter Georg		X	
Winter Peter		X	
Wittmann Mechthilde		X	
Woerlein Herbert	X		
Zacharias Isabell	X		
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno	X		
Gesamtsumme	61	75	0